



Corporate Governance

Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbst- ständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2019

Inhalt

Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF).....	5
RUAG Holding AG (VBS).....	9
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD).....	12
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF).....	16
Swisscom AG (UVEK).....	19
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK).....	23
Schweizerische Post (UVEK).....	27
Skyguide AG (UVEK).....	31
Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI).....	34
Pro Helvetia (EDI).....	38
Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI).....	42
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD).....	46
Institut für Metrologie METAS (EJPD).....	50
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD).....	53
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB (WBF).....	57
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF).....	61
Identitas AG (WBF).....	65
Innosuisse – Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (WBF).....	69
Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK).....	73

Vorwort

Im Zeitraum vom 20. März bis 1. Juli 2020 hat der Bundesrat die Berichterstattung über die Erfüllung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2019 durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten zu Händen der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Mit der vorliegenden Sammlung der Kurzberichte legt er die wichtigsten Informationen zu Zielerreichung und Geschäftsgang öffentlich auf.

Gegenstand der Berichterstattung sind die verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele gesteuert und kontrolliert werden (SR [172.010](#)). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die RUAG Holding AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV, aber auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Insgesamt umfasst das Portfolio der verselbständigten und vom Bund beherrschten Einheiten 19 Unternehmen und Anstalten.

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr legt der Bundesrat Rechenschaft darüber ab, inwiefern die verselbständigten Einheiten die jeweils für vier Jahre festgelegten strategischen Ziele mit Blick auf ihren Versorgungsauftrag und ihre unternehmerischen Leistungen erfüllt haben. Im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung trägt er so dazu bei, dass die eidgenössischen Räte die parlamentarische Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern für jede verselbständigte Einheit die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Nach einer Gesamtwürdigung fassen die Berichte die Erfüllung der strategischen Zielbezusammen und halten abschliessend die wichtigsten Entscheide des Bundesrats zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2019 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

Im Juli 2020

ETH-Bereich

Internet: www.ethrat.ch

Sitz: Zürich / Bern (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes

(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa, Eawag)

ETH-Rat: F. Schiesser (Präs. bis 30.4.2019),

B. Krasna (Präs. a.i. ab 1.5.2019), J. Mesot, M.

Vetterli, K. Becker van Slooten, G.-L. Bona, M.

Bürki, B. Fasana, B. Haering, S. Gasser, C. Leister

Geschäftsführer: M. Kaeppli

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze*

Der ETH-Bereich ist bei der Umsetzung der strategischen Ziele 2017-2020 weiterhin gut auf Kurs. In ihren Kerngebieten Lehre, Forschung und Wissens- und Technologietransfer (WTT) haben die sechs Institutionen des ETH-Bereichs die festgelegten Ziele erfüllt.

In der Lehre zeugt die erneut gestiegene Anzahl an Studierenden und Doktorierenden von der Attraktivität der beiden ETH. Das Wachstum ging v.a. auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer zurück. Wie im Vorjahr war der Zuwachs im Bereich Informatik am grössten.

Die Forschungsleistung der beiden ETH verschafft ihnen Spitzenplätze in internationalen Rankings. Bei der Einwerbung von Drittmitteln konnte insbesondere bei solchen aus EU-Forschungsrahmenprogrammen ein Anstieg verzeichnet werden. Der ETH-Bereich trägt mit seiner Forschung in den Bereichen Energie und Digitalisierung zur Erreichung der Legislaturziele bei.

Im Bereich des WTT fördern die Institutionen das unternehmerische Handeln ihrer Studierenden und Mitarbeitenden in vielfältiger Weise. Mit dem Betrieb von kostenintensiven Forschungsinfrastrukturen leisten sie ausserdem einen substantiellen Beitrag zur Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz.

Die Gesellschaft erhält regelmässig Einblick in die Forschungsaktivitäten der Institutionen. Letztere fördern auch das Interesse von Schülerinnen und Schülern für MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik).

Die Institutionen sind national wie auch international gut vernetzt und pflegen Zusammenarbeiten mit Partnern aus der Wissenschaft genauso wie aus dem öffentlichen und privaten Sektor, u.a. im Bereich der Medizin.

Die Institutionen sind attraktive Arbeitgeberinnen, die sich auch auf dem internationalen Markt behaupten können. Die Bestrebungen, den Frauenanteil zu erhöhen, haben aus Sicht des Bundesrats noch zu wenig Wirkung gezeigt. Die Führungskompetenzen der Mitarbeitenden gilt es ebenfalls zu stärken.

Kennzahlen	2019	2018
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	3 676	3 714
Reingewinn (Mio. CHF)	140	50
Gewinnvortrag (Mio. CHF)	-82	-21 ¹
Reserven (Mio. CHF)	2 429	2 225
Bilanzsumme (Mio. CHF)	6 371	6 267
Eigenkapitalquote in %	15,7	16
Personalbestand (Vollzeitstellen)	19 440	19 120
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Forschungsbeiträge, -aufträge und wissenschaftliche Dienstleistungen (Mio. CHF)	799	755
Schenkungen und Legate (Mio. CHF)	92	155
Anzahl Studierende/Doktorierende ²	33 642	32 531
davon Frauen in %	31,7	31,3
ProfessorInnen (Vollzeitstellen)	831	818
Technischer Deckungsgrad PUBLICA	105,7	101,8
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA	87,2	84,7
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 373	2 357
Unterbringungsbeitrag (Mio. CHF)	244	269
Studiengebühren, Weiterbildung (Mio. CHF)	48	41

¹ Nach einem Restatement von -39 Mio. CHF per 1.1.2019.

² Inkl. Studierende in Weiterbildungsstudiengängen (MAS/MBA: 2019: 809, 2018: 827, -2,2 %).

A. Zielerreichung 2019

1. Strategische Schwerpunkte

1. Lehre: Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige, forschungsbasierte und für die Studierenden attraktive Lehre an.

Im Berichtsjahr stieg die Anzahl Studierender und Doktorierender an den ETH auf 33 642 (2018: 32 531, +3,4 %). Das Wachstum ging v.a. auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer zurück. Bei den inländischen Studierenden und Doktorierenden war an der EPFL ein leichter Rückgang zu verzeichnen (-1,7 %). Der erneute Anstieg der Studierendenzahlen hat zugleich ein leicht schlechteres Betreuungsverhältnis zur Folge.

Positiv zu bewerten ist der überdurchschnittliche Zuwachs bei der Informatik und Kommunikationstechnologie (+10,5 %) und in den Ingenieurwissenschaften (+4,4 %), da Absolventinnen und Absolventen zur Bekämpfung des ausgeprägten Fachkräftemangels in diesen Bereichen beitragen können.

Die Lehrangebote an den Institutionen des ETH-Bereichs werden kontinuierlich an neue Bedürfnisse angepasst. So startete 2019 das neue gemeinsame Masterprogramm von ETH Zürich und EPFL in Cybersecurity. Auch werden laufend neue v.a. digitale Lehr- und Lernformen entwickelt.

2. Forschung: Der ETH-Bereich wahrt seine internationale Spitzenposition in der Forschung.

Obwohl Forschungsleistung an sich nicht direkt gemessen werden kann, vermögen die Institutionen des ETH-Bereichs durch verschiedene Leistungsausweise zu überzeugen. Durch ihre Reputation ziehen sie international anerkannte Forschende an und die beiden ETH belegen Spitzenplätze in Hochschulrankings, die Indikatoren zur Forschungsleistung hoch bewerten.

Die Institutionen sind stark in der Einwerbung von kompetitiv vergebenen Drittmitteln. Insbesondere bei denjenigen aus EU-Forschungsrahmenprogrammen ist im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum von 142 auf 152 Millionen Franken zu verzeichnen (+7 %). Forschenden aus dem ETH-Bereich wurden insgesamt 46 Stipendien (2018: 40) des europäischen Forschungsrats (ERC-Grants) vergeben, welche nicht nur meist hochdotiert, sondern auch mit grosser wissenschaftlicher Anerkennung verbunden sind. Zudem wurden auch 2019 wieder mehrere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem ETH-Bereich mit nationalen und internationalen Forschungspreisen ausgezeichnet.

Die kompetitiven Forschungsbeiträge des Bundes (SNF, Innosuisse und EU-Forschungsrahmenprogramme) und die Ressortforschung deckten 2019 mit einer Summe von 543 Millionen Franken unverändert 15 Prozent des Ertrags des ETH-Bereichs (2018: 533 Mio., +1,9 %).

Auch stehen drei der sechs 2019 neu bewilligten Nationalen Forschungsschwerpunkte unter der Federführung oder der Co-Federführung einer Institution des ETH-Bereichs.

Der ETH-Bereich hat die Forschung insbesondere in den Bereichen Energie sowie Computerwissenschaften und Informatik gemäss Vorgabe der strategischen Ziele vorangerieben. Zum Beispiel wurden an den beiden ETH neue Informatiklehrstühle geschaffen und die Institutionen des ETH-Bereichs leiten sieben der acht Schweizer Kompetenzzentren für Energieforschung.

3. Forschungsinfrastrukturen: Der ETH-Bereich betreibt und entwickelt Forschungsinfrastrukturen.

Der ETH-Bereich betreibt grosse Forschungsinfrastrukturen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie, unter Verrechnung der Kosten, der Industrie zur Verfügung stehen. Obwohl diese Infrastrukturen mehr Nutzenden als im Vorjahr zur Verfügung gestellt werden konnten, übersteigt die Nachfrage nach Messzeit, die für akademische Zwecke kompetitiv vergeben wird, nach wie vor die Kapazitäten bei allen Anlagen. Neben den Grossforschungsanlagen am PSI betreibt der ETH-Bereich beispielsweise auch das zur ETH Zürich gehörende Centro Svizzero di Calcolo Scientifico (CSCS) in Lugano, das Swiss Plasma Center (SPC) an der EPFL oder das Forschungs- und Innovationsgebäude NEST, welches bereits mehrere Auszeichnungen erhalten hat.

Am Freie-Elektronen-Röntgenlaser (SwissFEL) des PSI ist der Bau der zweiten Strahllinie ATHOS auf Kurs und das Upgrade des CMS-Detektors am CERN wurde fortgesetzt.

Der ETH-Bereich beteiligt sich auch international an weiteren Forschungsanlagen, Beobachtungsnetzwerken und Forschungskonsortien.

4. Wissens- und Technologietransfer (WTT): Zur Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz fördert der ETH-Bereich die Zusammenarbeit und den Austausch mit der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Gemäss dem «Europe's Most Innovative Universities»-Ranking von Reuters befinden sich die ETH Zürich und die EPFL zum zweiten Mal in Folge unter den zehn innovativsten Hochschulen Europas. Der Wissens- und Technologietransfer wird von den Institutionen des ETH-Bereichs in vielfältiger Weise gefördert, sei es über Innovationsplattformen, Zusammenarbeiten mit der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor oder spezifischen Stipendien.

Im Berichtsjahr ging eine Rekordzahl von 59 Spin-offs (2018: 55, +7,3 %) aus dem ETH-Bereich hervor. Trotz leichten Rückgängen ist die Anzahl angemeldeter Patente, Lizenzen, Erfindungen und Software weiterhin auf einem hohen Niveau.

2019 hat der ETH-Bereich gemäss den strategischen Zielen mit dem Aufbau eines nationalen Netzwerks von regio-

nalen Technologietransfer-Zentren in Advanced Manufacturing begonnen. Zudem beteiligt er sich weiterhin an verschiedenen Standorten des Schweizerischen Innovationsparks.

5. Nationale Zusammenarbeit und Koordination: Der ETH-Bereich wirkt bei der Gestaltung des Hochschulraums Schweiz aktiv mit.

Die Institutionen des ETH-Bereichs pflegen eine enge Zusammenarbeit sowohl untereinander als auch mit kantonalen Universitäten und Fachhochschulen. Diese findet sowohl in Lehre und Forschung als auch für Weiterbildungsangebote, gemeinsam genutzte Infrastrukturen und Plattformen statt. So unterrichten z.B. Mitarbeitende der Forschungsanstalten an den beiden ETH sowie an anderen Hochschulen und betreuen wissenschaftliche Arbeiten. Ein weiteres Beispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit einer Vielzahl von Partnern ist das Forschungs- und Innovationsgebäude NEST.

Besonders engagiert sind die Institutionen des ETH-Bereichs in der Entwicklung von schweizweiten Plattformen beispielsweise dem «Swiss MOOC Service».

Die Zusammenarbeit mit medizinischen Fakultäten und Universitätsspitalern wurde u.a. im Zusammenhang mit dem strategischen Fokusbereich «Personalized Health and Related Technologies» intensiviert. Beispielsweise konnten im Berichtsjahr dank etablierten Technologieplattformen Ergebnisse im Bereich der Genomik erzielt werden. Die ETH Zürich und die Empa beteiligen sich am Grossprojekt «Zurich Heart» und die EPFL war Gründungsmitglied des «Defitech Center for Interventional Neurotherapies – NeuroRestore» am Waadtländer Universitätsspital. Der Bachelorstudiengang in Humanmedizin der ETH Zürich mit 100 Studienplätzen pro Jahr verzeichnete ein erfolgreiches drittes Jahr mit total 286 Studierenden.

6. Internationale Positionierung und Zusammenarbeit: Der ETH-Bereich baut die Zusammenarbeit und die Vernetzung mit den besten Institutionen der Welt weiter aus und stärkt seine internationale Ausstrahlung.

Die Institutionen des ETH-Bereichs unterhalten Allianzen und Partnerschaften mit Forschungsinstitutionen aus aller Welt. So ist die ETH Zürich z.B. Mitglied des UNITECH-Netzwerks. Akademische Partnerschaften wurden 2019 u.a. mit der Chinese University of Hong Kong oder dem Imperial College London geschlossen.

Neben zahlreichen internationalen Aktivitäten, an denen sich der ETH-Bereich präsentiert, unterhält der ETH-Bereich auch das zur ETH Zürich gehörende Singapore ETH Centre (SEC) und die ETH Zürich und die EPFL verfügen über Aussenstandorte in den USA (New York und West Coast), Indien (Bangalore) und den Vereinigten Arabischen Emiraten (Ras Al Khaimah). Der ETH-Bereich fungiert darüber hinaus als Leading House in der bilateralen

Forschungszusammenarbeit der Schweiz mit der Region Ost- und Südostasien.

Institutionen des ETH-Bereichs beteiligen sich an internationalen Forschungsinitiativen, die Eawag beispielsweise im Rahmen der «Sewage analysis CORE group Europe» (SCORE) an der Analyse von Drogenspuren in Abwässern.

7. Rolle in der Gesellschaft und nationale Aufgaben: Der ETH-Bereich pflegt den Dialog mit der Gesellschaft und erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse.

Die Institutionen des ETH-Bereichs konnten ihre Forschung wieder einem breiten Publikum zugänglich machen, etwa im Rahmen der Veranstaltungen «Scientifica» oder «Scientastic», die jeweils rund 20 000 Besucher anzogen.

Die EPFL führte zu ihrem 50-jährigen Jubiläum eine gut besuchte Veranstaltungsreihe durch. Hervorzuheben ist auch der eintägige Besuch von Radio SRF 3 an der WSL im Rahmen der «Mission B» für Biodiversität.

Mit Angeboten speziell für Schülerinnen und Schüler soll ihr Interesse an den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) geweckt werden. Die Institutionen des ETH-Bereichs sind auch massgeblich an der Ausbildung von Lehrpersonen für den Informatikunterricht sowie an der Konzipierung desselben beteiligt.

Schliesslich nehmen die Institutionen des ETH-Bereichs sogenannte «nationale Aufgaben» wahr, wie etwa den Betrieb des Ökotoxizitätszentrums.

2. Finanzielle Ziele

8. Finanzierungsquellen und Mittelverwendung: Der ETH-Bereich erweitert seine Finanzierungsbasis und stellt sicher, dass die Mittel strategiekonform sowie wirtschaftlich eingesetzt werden.

Der Bund ist als Eigner die wichtigste Finanzierungsquelle des ETH-Bereichs. 2019 deckte die Trägerfinanzierung 72 Prozent (+1 % gegenüber 2018) und die kompetitiven Forschungsbeiträge des Bundes und die Ressortforschung unverändert 15 Prozent des Ertrags. Bei den Drittmitteln nahmen die aus der kompetitiven Forschungsförderung und der Ressortforschung des Bundes resultierenden Erträge nach zweimaligem leichten Rückgang wieder zu (+1,9 %). Mit Ausnahme der Erträge aus Projekten der Innosuisse

(-12,5 %) konnten die Erträge in dieser Sparte überall erhöht werden. Besonders hoch fiel der Ertragszuwachs bei eingeworbenen Mitteln aus EU-Forschungsrahmenprogrammen aus (SNF: +2 %, EU-FRP: +7 %, Ressortforschung: +1,2 %). Der Ertrag aus Forschungs Kooperationen mit privaten Partnern (+5 %) sowie mit Gemeinden, Kantonen und internationalen Organisationen (+7,1 %) nahm ebenfalls zu. Stark gesunken sind allerdings die Einnahmen aus Legaten und Schenkungen (-40,6 %).

Massnahmen zur Effizienzsteigerung und zur Nutzung von Synergien wurden weiterverfolgt und im Rahmen von neuen Projektanträgen verstärkt.

9. Immobilienmanagement: Der ETH-Bereich koordiniert die Bewirtschaftung der Grundstücke und Immobilien und sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung.

Im Berichtsjahr konnte die Wert- und Funktionserhaltung der im Eigentum des Bundes befindlichen und vom ETH-Bereich genutzten Immobilien sichergestellt werden. Der ETH-Bereich achtete ferner auf eine nachhaltige und behindertengerechte Bauweise.

Im Berichtsjahr wurde das Projekt der ETH Zürich für den Neubau des Labor- und Bürogebäudes Biosystems Science and Engineering (BSS) in Basel von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) gestützt auf das Finanzkontrollgesetz geprüft. Diese stellte fest, dass der generelle Projektstand auf Kurs sei, attestierte aber Verbesserungspotential bei der Projektführung. Der Bundesrat erwartet, dass die Professionalisierung des Immobilienmanagements im ETH-Bereich weiter vorangetrieben wird.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

10. Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und wissenschaftlicher Nachwuchs: Der ETH-Bereich ist ein attraktiver und verantwortungsbewusster Arbeitgeber.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind nach wie vor attraktive Arbeitgeberinnen auch auf dem internationalen Markt. Der Anteil an ausländischen Staatsangehörigen beträgt bei der Professorenschaft und dem wissenschaftlichen Personal nach wie vor gut zwei Drittel, bei den Doktorierenden drei Viertel. In den Bereichen Technik und Administration setzen die Institutionen des ETH-Bereichs spezifische Massnahmen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials um. Insgesamt blieben die wichtigsten Kennzahlen im Personalbereich über die letzten Jahre stabil.

Der ETH-Rat und die Institutionen des ETH-Bereichs haben Anstrengungen unternommen, um den Frauenanteil in allen Bereichen und auf allen Stufen zu erhöhen. Trotzdem konnte der Frauenanteil auf sämtlichen Ebenen der akademischen Laufbahn im Berichtsjahr wiederum nur leicht verbessert werden und bewegt sich immer noch unter den Erwartungen. Positiv sticht der überdurchschnittliche Anstieg um 4 Prozentpunkte des Frauenanteils bei den Assistenzprofessuren mit Tenure Track hervor.

2019 betrug der Frauenanteil bei den Studierenden und Doktorierenden 31,7 Prozent (2018: 31,3 %), bei den wissenschaftlichen Mitarbeitenden 31,4 Prozent (2018: 30,1 %) und bei der Professorenschaft (unbefristete und befristete Anstellungen) 17,2 Prozent (2018: 15,5 %). In den ETH-Schulleitungen und den Direktionen der Forschungsanstalten waren Frauen 2019 weiterhin unterver-

treten. Der Bundesrat erachtet es als nötig, die begonnenen Initiativen konsequent weiterzuverfolgen und zu intensivieren.

Weiter ist der Bundesrat der Ansicht, dass die eingeleiteten Massnahmen zur Stärkung der Führungskompetenzen von Professorinnen und Professoren sowie von weiteren Mitarbeitenden mit Führungs- und Betreuungsaufgaben fortzuführen und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen sind.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die beiden ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen der strategischen Ziele und der Weisungen des ETH-Rats zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Nennenswert sind hierbei die beherrschten Einheiten Société du Quartier d'Innovation (SQIE) und Société du Quartier Nord de l'EPFL (SQNE), welche Gebäude im Finanzierungsleasing unterhalten, sowie die Beteiligung an der ETH Zurich Foundation.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die konsolidierte Jahresrechnung des ETH-Bereichs für das am 31.12.2019 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2019 in Übereinstimmung mit den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) erstellt wurde und den gesetzlichen Vorschriften sowie dem Rechnungslegungshandbuch für den ETH-Bereich entspricht und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der ETH-Rat hat nach Art. 35 ETH-Gesetz den revidierten Geschäftsbericht 2019 (inkl. Jahresrechnung) dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.

Er stellte auch Antrag auf Entlastung der Mitglieder des ETH-Rats und Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns.

D. Beschlüsse des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 20.3.2020 hat der Bundesrat den Anträgen des ETH-Rats zugestimmt.

RUAG Holding AG

Internet: www.ruag.com

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Dr. Remo Lütolf (Präsident),

Jürg Oleas, Dr. Marie-Pierre de Bailliencourt, Jennifer Byrne, Jürg Fedier, Rainer Schulz, Dr. Laurent Sigismondi

CEO: <Urs Breitmeier>

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Gümligen-Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Gemäss der Beurteilung des Bundesrates hat RUAG die Ziele 2019 mehrheitlich erreicht. Nicht erreicht wurden die finanziellen Ziele betreffend Rentabilität und Dividendenausschüttung. Zwar lag der Nettoumsatz mit 2'003 Millionen Franken nochmals über den Vorjahreszahlen (Vorjahr CHF 1'998 Mio.), jedoch resultierte ein Reinverlust von 25 Millionen Franken (Vorjahr: Reingewinn von 74 Mio.). Die Profitabilität lag mit einer EBIT-Marge von -0,3 Prozent deutlich unter dem vom Bundesrat definierten Zielband von 6 bis 8 Prozent. Ausschlaggebend für das schlechte finanzielle Ergebnis waren Sondereffekte, insbesondere Wertberichtigungen bei der Produktion des Flugzeugs Dornier 228 und durch die Entflechtung und Restrukturierung des Unternehmens verursachte Einmalkosten.

Die übrigen Ziele hat RUAG grossmehrheitlich erreicht; insbesondere konnte RUAG alle Unterhaltsleistungen zu Gunsten der Schweizer Armee wie vertraglich vereinbart erbringen.

Der Bundesrat hat im Jahr 2019 weitreichende Entscheide zur Ausrichtung von RUAG gefällt. Dazu zählt namentlich die Entflechtung des Konzerns in einen nationalen, auf die Bedürfnisse der Schweizer Armee ausgerichteten und einen internationalen, im Flugzeugstrukturbau und Weltmarkt tätigen Teilkonzern. Die informatikseitige und rechtliche Entflechtung wurde im Jahr 2019 mit grossem Einsatz vorangetrieben. In Umsetzung der Entscheide des Bundesrats wurden einzelne Geschäftsbereiche verkauft, die nicht zur zukünftigen Ausrichtung passen.

2019 blieben Verwaltungsrat und Divisionsleiter in unveränderter Zusammensetzung. Jedoch sind mit der neuen Konstellation ab 2020 grosse personelle Änderungen verbunden. Die neu gegründete BGRB Holding AG (Präsidentin Monica Duca Widmer) sowie die beiden Subholdings RUAG MRO Holding AG und RUAG International Holding AG haben je einen eigenen Verwaltungsrat. Der CEO Urs Breitmeier hat RUAG nach organisatorischer Umsetzung der Entflechtung per 31. Dezember 2019 verlassen.

Der Bundesrat begrüsst, dass der Verwaltungsrat der RUAG Holding AG 2019 die notwendigen Schritte zur Entflechtung unternommen hat. Er erwartet, dass die Rentabilität im Hinblick auf die Privatisierung des Teilkonzerns RUAG International in den kommenden Jahren auf ein branchenübliches Niveau erhöht wird.

Kennzahlen	2019	2018
Finanzen und Personal		
Nettoumsatz (Mio. CHF)	2 003	1 998
Reingewinn (Mio. CHF)	-25	74
Bilanzsumme (Mio. CHF)	1 865	1 996
Eigenkapitalquote in %	55,1	51,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	9 091	9 127
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
EBITDA (Mio. CHF)	86	186
EBIT (Mio. CHF)	-7	106
Free Cash Flow (Mio. CHF)	135	94
Netto-Finanzposition ¹⁾ (Mio. CHF)	237	134
Auftragseingang (Mio. CHF)	1 893	2 221
Techn. Deckungsgrad Vorsorge RUAG	106,9	101,1
Ökonomischer Deckungsgrad Vorsorge RUAG	98,6	96
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag	0	0
Gebühren	0	0

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Entflechtung und Weiterentwicklung von RUAG

Der Entflechtung und Weiterentwicklung der RUAG kam 2019 oberste Priorität zu. Der Bundesrat hat im Berichtsjahr seinen Auftrag an RUAG präzisiert. Im März wurde entschieden, dass RUAG International zu einem Aerospace-Konzern weiterentwickelt und mittelfristig privatisiert werden soll. Im August wurde dem VBS das Mandat zur Gründung einer neuen Beteiligungsgesellschaft (BGRB Holding AG) erteilt, unter deren Führung die Entflechtung

* Strategische Ziele: http://www.vbs.admin.ch/de/vbs/bundesnahe-betriebe/ruag_detail.document.html/vbs-internet/de/documents/bundesnahe-betriebe/ruag/Strategische-Ziele-RUAG-d.pdf.html

und Weiterentwicklung umgesetzt werden soll. RUAG hat in allen Geschäftseinheiten die Strukturen für die zu entflechtenden Organisationen vorbereitet und aufgebaut. Dafür wurden Rechtsträger gegründet, welche die Trennung der Finanzflüsse und Haftungsrisiken zwischen RUAG MRO Holding AG und RUAG International AG ermöglichen sowie gleichzeitig der Vorgabe gerecht werden, dass alle Beteiligungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft in einer Holdinggesellschaft gehalten werden müssen. Im Oktober hat der Bundesrat den Verwaltungsrat der BGRB Holding AG bestimmt und die strategischen Ziele 2020 - 2023 verabschiedet. Das Sicherstellen der Leistungserbringung für die Schweizer Armee, die Vorbereitung für eine Privatisierung der internationalen Aktivitäten sowie der Abschluss der Entflechtung auf spätestens Ende 2021 stehen im Mittelpunkt. Rechtlich haben die Gesellschaften im Mai 2020 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen; deren Organisation orientiert sich aber bereits heute an der zukünftigen Unternehmensstruktur.

Risikomanagement und Compliance

Für den Bund werden mit der Entflechtung Risiken abgebaut. Der Bund bleibt langfristig nur an Unternehmensteilen beteiligt, die einem öffentlichen Interesse entsprechen. Im Bereich der Wehrtechnik will sich der Bundesrat grundsätzlich nur noch an Unternehmen beteiligen, die wesentlich zur Instandhaltung der einsatzrelevanten Armeesysteme beitragen. Damit werden Reputationsrisiken für den Bund vermieden. Mit der 2017 initiierten, mehrjährigen Konzerninitiative Integrity@RUAG wurde die Compliance systematisch im ganzen Konzern verankert. Die Projektphase ist damit abgeschlossen und die Compliance-Arbeit in die normalen Geschäftsprozesse integriert worden.

Instandhaltung der Systeme

RUAG unterstützt die Armee bei der Instandhaltung ihrer Systeme und trägt damit zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Armee bei. Die Unterhaltsleistungen sind zwischen der Armee und der RUAG in Service Level Agreements (SLA) definiert. Im Jahr 2019 konnte die Verfügbarkeit der Systeme im Rahmen der in den SLAs festgelegten Werte überall sichergestellt werden. Die Optimierung und Effizienzsteigerung der bestehenden Instandhaltungsaufträge mit dem VBS war auch im Berichtsjahr ein Schwerpunkt der Aktivitäten.

Der Gesamtumsatz mit dem VBS stieg im Berichtsjahr auf CHF 641 Millionen (Vorjahr CHF 611 Mio.). Das VBS bleibt damit Schlüssel- und wichtigster Einzelkunde von RUAG.

Aufgrund der in Medienberichten erhobenen Vorwürfe um überhöhte Rechnungen der RUAG an das VBS hat die Eidg. Finanzkontrolle (EFK) 2019 eine Sonderprüfung zu den effektiven Gewinnmargen beim Unterhalt und der Reparatur von Kampffjets und Armeehelikoptern durchgeführt. Die Prüfung zeigt, dass sich die geschätzte effektive Gewinnmarge von RUAG Aviation bei Bundesaufträgen ohne öffentliche Ausschreibung bei einer verursachergerechten

anstelle der mit dem VBS vereinbarten Pauschalverteilung Verteilung der Kosten durchschnittlich in einer Bandbreite von 11,6 % bis 14,6 % bewegt. Sie ist höher als die vorgegebenen 8 %, aber deutlich tiefer als die 30 bis 35 %, von denen in den Medien zu lesen war. Neu wird die MRO Schweiz deshalb eine Kostenrechnung nach Kundengruppen vorlegen und durch die externe Revisionsstelle muss jährlich ein Bericht zur Einhaltung der Grundsätze der Kostenrechnung erstellt werden.

2. Finanzielle Ziele

Mit einem Nettoumsatz von 2'003 Mio. CHF (Vorjahr 1'998 Mio. CHF) hat die RUAG die Höchstmarke des Vorjahres nochmals leicht übertroffen. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) sank auf -7 Mio. CHF (Vorjahr 106 Mio. CHF) und es resultierte ein Reinverlust von -25 Mio. CHF (Vorjahr: Reingewinn von 74 Mio. CHF). Der Auftragsbestand per Ende 2019 liegt mit 1'634 Mio. CHF (Vorjahr 1'794 Mio. CHF) zwar tiefer als im Rekordvorjahr, im Mehrjahresvergleich jedoch weiterhin auf hohem Niveau.

Damit weist RUAG nach 2009 zum zweiten Mal einen Verlust in ihrer Firmengeschichte aus. Während 2009 der Verlust auf die Finanzkrise zurückzuführen war, kann der Verlust 2019 mit verschiedenen Sondereffekten von insgesamt 114 Millionen erklärt werden:

Die Profitabilität, gemessen anhand der EBIT-Marge, ist gegenüber dem Vorjahr von 5,3 auf -0,3 % gesunken (ohne Sondereffekte: 5,3 %). Damit liegt der Konzern deutlich unter dem vom Bundesrat definierten Zielband von 6 bis 8 %. Das schlechte Rechnungsergebnis und die potentiell erheblich negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die RUAG sprechen nach Ansicht des Bundesrats dafür, auf eine Dividende in diesem Jahr zu verzichten. Zudem hält es der Bundesrat für gerechtfertigt, Devestitionserlöse vorerst als Liquiditätsreserve im Unternehmen zu belassen.

Investitionen in Forschung und Entwicklung

RUAG hat im Berichtsjahr 8,6 % ihres Nettoumsatzes in Forschung und Entwicklung investiert (Vorjahr 9,0%). Die Aufwendungen fielen leicht auf 173 Mio. CHF (2018: 179 Mio. CHF; 2017: 181 Mio. CHF; 2016: 171 Mio. CHF).

Die eigenfinanzierten Forschungs- und Entwicklungskosten betragen 42 Mio. CHF (Vorjahr 46 Mio. CHF).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche, sozialpartnerschaftliche, transparente und ethischen Grundsätzen verpflichtete Personalpolitik gemäss nationalen Standards

Der Personalbestand betrug per Ende 2019 9'091 Mitarbeitende (Vollzeitstellen inkl. Lernende und Temporärangestellte) und lag damit 0,4 % unter dem Vorjahreswert. 4'280 Mitarbeitende wurden in der Schweiz beschäftigt (Vorjahr 4'360).

Die Reduktion des Personalbestandes im Berichtsjahr um 0,4 % war Folge von Unternehmensverkäufen (in der Schweiz Business Aviation an den Standorten Genf und Agno).

In allen Sprachregionen der Schweiz werden insgesamt 426 Lernende ausgebildet (Vorjahr 328).

Der technische Deckungsgrad der Personalvorsorgeeinrichtung VORSORGE RUAG stieg im Jahresvergleich auf 106,9 % (Vorjahr 101,1 %); der ökonomische Deckungsgrad stieg auf 98,6 % (Vorjahr 96 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Mit den Beschlüssen des Bundesrates zur Entflechtung wurde die Cyber-Strategie von RUAG hinfällig, und der Verkauf von Clearswift wurde im Berichtsjahr durchgeführt. Das amerikanische Unternehmen HelpSystems hat alle Anteile von RUAG an Clearswift gekauft und dabei alle 150 in England tätigen Mitarbeitenden übernommen. Clearswift ist seit dem Erwerb Anfang 2017 aufgrund der starken globalen Nachfrage nach Sicherheitssoftware erheblich gewachsen und die Beteiligung wies für RUAG eine positive Gesamttrendite auf.

Das französische Aerospace-Unternehmen Dassault Aviation hat alle Anteile der RUAG Business Aviation AG mitsamt den Standorten Genf und Agno sowie alle Mitarbeitenden übernommen.

RUAG Aerostructures konnte die Produktionsrate für die A320-Familie von Airbus erhöhen. Dies führte einerseits zu einer erheblichen Umsatzsteigerung, andererseits belastete der Kapazitätsausbau das Betriebsergebnis. Positiv für die Entwicklung der Division zeigten sich der abgeschlossene Hochlauf der Produktion im ungarischen Eger wie auch die Inbetriebnahme der neuen Oberflächenbehandlungsanlage in Emmen, die als Service Provider auch externe Aufträge gewinnt. Um die Profitabilität der Division wieder zu erlangen, wurden an allen drei Standorten (Oberpfaffenhofen, Emmen und Eger) umfangreiche Massnahmen in die Wege geleitet.

RUAG Space legt das Schwergewicht auf die Entwicklung und Fertigung von Baugruppen für Satelliten und Trägerraketen. Der Rückgang des Weltraumgeschäfts in Europa wurde durch einen Ausbau der Aktivitäten im US-Markt ausgeglichen. In Decatur (Alabama) lief die Produktion von Nutzlastverkleidungen zufriedenstellend.

RUAG Ammotec gelang es, den rückläufigen Weltmarkt im Segment Jagd & Sport durch ein starkes Wachstum im Segment Armee & Behörden mehr als wettzumachen. Neben erhöhten Aufträgen des VBS konnte die Division von den Steigerungen der Verteidigungsbudgets der europäischen NATO-Staaten profitieren.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die beiden Berichte der Revisionsstelle KPMG AG, Gümli-Gen-Bern, zur Konzernrechnung der RUAG-Gruppe und zur Jahresrechnung der RUAG Holding AG erfolgen ohne Einschränkungen, Hinweise oder Zusätze.

Der Bericht der Revisionsstelle Ernst & Young AG zur Jahresrechnung (Einzelabschluss) der BGRB Holding AG sowie der Bericht von Ernst & Young als Wirtschaftsprüfer zur Konzernrechnung der BGRB Holding AG erfolgen ebenfalls ohne Einschränkungen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung der BGRB Holding findet am 23. Juni 2020 statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. vom Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung Kenntnis zu nehmen sowie den Geschäftsbericht und den Jahresabschluss der BGRB Holding AG (Einzelabschluss) für das Kurzjahr 2019 zu genehmigen;
2. vom Bericht des Wirtschaftsprüfers zur Konzernrechnung, vom Geschäftsbericht und von der Konzernrechnung der BGRB Holding AG Kenntnis zu nehmen.
3. der Ergebnisverwendung inkl. dem Verzicht auf die Ausschüttung einer Dividende durch die BGRB Holding AG zuzustimmen;
4. den Mitgliedern des Verwaltungsrates der BGRB Holding AG die Entlastung zu erteilen;
5. die Verwaltungsräte der BGRB Holding AG Dr. Monica Duca Widmer, Dr. Monika Krüsi Schädle, Frau Ariane Richter Merz, Herr Remo Lütolf und Herr Nicolas Perrin für eine Amtsdauer von einem Jahr wieder zu wählen;
6. Dr. Monica Duca Widmer als Präsidentin des Verwaltungsrates für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
7. die externe Revisionsstelle Ernst & Young AG für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
8. die Obergrenze der Gesamtentschädigung des Verwaltungsrates der BGRB Holding AG 2021 (inkl. VRP) auf CHF 367'400 festzusetzen und den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung der Vorsitzenden des Verwaltungsrates auf CHF 198'000 festzusetzen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 27. Mai 2020 das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die 1. ordentliche Generalversammlung der BGRB Holding AG zuzustimmen.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: www.finma.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Bauer (Präsident), Marlene Amstad (Vizepräsidentin), Benjamin Gentsch (seit 1.7.2019), Bernard Keller, Yvan Lengwiler, Günter Pleines, Renate Schwob, Martin Suter, Franz Wipfli

Direktor: Mark Branson

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre dritte Strategieperiode (2017–2020) wurden vom Bundesrat am 16. November 2016 genehmigt. Nach drei Viertel der laufenden Strategieperiode kann die FINMA weitere wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung ihrer strategischen Ziele ausweisen.

Im kommenden Jahr stehen noch wichtige Arbeiten an. Die Entwicklung von glaubwürdigen Notfallplänen für alle systemrelevanten Banken ist für die FINMA wie auch für den Finanzplatz Schweiz von zentraler Bedeutung. Ohne glaubwürdige Notfallpläne und solide rechtliche Grundlagen für den Krisenfall ist die «Too-big-to-fail»-Problematik nicht ausreichend entschärft. Daneben müssen die Aufsicht über das Geschäftsverhalten der Beaufsichtigten sowie im Geldwäschereibereich Schwerpunkte der Aufsichtstätigkeit der FINMA bleiben. Als weitere Priorität für das nächste Jahr gilt die erfolgreiche Bewältigung der neuen Aufgaben im Zusammenhang mit FIDLEG und FINIG.

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld der von der FINMA Beaufsichtigten bleibt herausfordernd. Namentlich der Margendruck aufgrund des Niedrigzinsumfelds schlägt auf die Profitabilität der Finanzinstitute. Kleinere Institute oder solche mit besonders zinsabhängigen Geschäftsmodellen stehen unter Druck. Die Finanzbranche insgesamt sucht nach Möglichkeiten zur Kostensenkung. Die Digitalisierung bringt neue Chancen, verschärft aber auch die Konkurrenz durch neue Anbieter am Markt.

Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2019 mit einem Gewinn von 9,9 Millionen Franken ab. Haupterlös des Rechnungsjahres 2019 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 112,2 Mio.). Der grösste Aufwandposten ist der Personalaufwand in Höhe von 97,9 Millionen Franken. Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA sank im Jahr 2019 von 492 auf 489 Vollzeitstellen.

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	132,4	130,5
Reingewinn (Mio. CHF)	9,9	11,9
Bilanzsumme (Mio. CHF)	165,5	165,0
Reserven FINMAG (Mio. CHF) ¹⁾	95,7	83,8
Eigenkapitalquote in % ²⁾	29,1	28,8
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	489,0	492,0

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Betriebsaufwand (Mio. CHF)	121,7	117,9
Personalaufwand (Mio. CHF)	97,9	95,5
Technischer Deckungsgrad PK in %	108,1	101,1
Ökonomischer Deckungsgrad PK in % ⁴⁾	79,5	79,4

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	112,2	104,3
Gebühren (Mio. CHF)	19,4	25,2

¹⁾ Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

²⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA werden direkt im Eigenkapital erfasst.

³⁾ Es handelt sich sowohl um befristete als auch um unbefristete Stellen. Eingeschlossen sind Lernende sowie Hochschulpraktikantinnen und -praktikanten.

⁴⁾ Berechnung nach IAS 19.

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre dritte Strategieperiode (2017–2020) beziehen sich auf sieben Bereiche.

(1) *Finanzstabilität und prudenzielle Aufsicht:* Die FINMA sorgt für eine starke Kapitalisierung von Banken und Versicherungen.

Die Banken weisen eine starke Eigenmittelausstattung auf, oft über dem geforderten Minimum. Die beiden global systemrelevanten Banken Credit Suisse und UBS erfüllen die besonderen Eigenmittelanforderungen an systemrelevante Institute. Mit Blick auf die Liquiditätsquote erfüllen alle Banken die Anforderungen, meistens mit einer komfortablen Marge.

Die Versicherungsbranche stützt sich auf solide Solvenzquoten. Die Entwicklung und Einführung von neuen oder überarbeiteten Standardmodellen für den Schweizer Solvenzttest «SST» wurde zu Ende geführt und es wurde ein Konzept für Stresstests im Versicherungsbereich erarbeitet.

Im Übrigen intensivierte die FINMA im Berichtsjahr ihre Aufsicht in den Bereichen IT-, Cyber- und Outsourcing-Risiken sowie im Zusammenhang mit den Risiken im Immobilien- und Hypothekarmarkt. Auch bereitete sie sich auf die Wahrnehmung der neuen Aufgaben vor, die im Finanzinstituts-gesetz (FINIG) vorgesehen sind.

Im nächsten Jahr sollen im Vordergrund der Aufsichtstätigkeit der FINMA verschiedene Hauptrisiken für die Beaufsichtigten stehen, insbesondere Gefahren im Zusammenhang mit dem Zinsumfeld, strategische Risiken aus der Digitalisierung oder dem erschwerten Zugang zu ausländischen Märkten sowie klimabezogene finanzielle Risiken.

(2) Geschäftsverhalten / Enforcement: Die FINMA beeinflusst das Geschäftsverhalten der Finanzinstitute, insbesondere bei der Bekämpfung von Geldwäschereipraktiken, nachhaltig positiv.

«Conduct»-Themen wie etwa Geldwäschereibekämpfung, Marktintegrität, «Suitability» und grenzüberschreitendes Dienstleistungsgeschäft sind vollständig in die standardisierten Prozesse der laufenden Aufsicht integriert. Im Rahmen von «Enforcement»-Verfahren ahndete die FINMA namentlich gravierende Fälle von Insiderhandel, Marktmanipulationen und unkorrekten finanzmarktrechtlichen Offenlegungsmeldungen sowie im Zusammenhang mit grossen internationalen Korruptionsfällen.

Im Bereich der privaten Krankenversicherung veranlasste die FINMA zum Schutz der Versicherten unter anderem diverse Tarifsenkungen oder lehnte beantragte Tariferhöhungen ab, soweit diese keine ausreichende versicherungstechnische Grundlage aufwiesen. Zudem fokussierte sie auf unerlaubte Tätigkeiten bei «Blockchain»-basierten Geschäftsmodellen.

2020 will die FINMA ihre intensive Geldwäschereiaufsicht weiterführen und etwa Vor-Ort-Kontrollen bei Beaufsichtigten mit risikobehafteten Geschäftsaktivitäten durchführen. Im «Suitability»-Bereich ist geplant, die Umstellungen bei Finanzinstituten im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Finanzdienstleistungsgesetzes (FIDLEG) eng zu verfolgen.

(3) Resolution: Das Too-big-to-fail-Problem ist mit funktionsfähigen Notfallplänen und glaubwürdigen Resolution-Strategien entschärft.

Bei den zwei global systemrelevanten Banken wurden Anforderungen in verschiedenen Themenbereichen präzisiert, die zentral für die Erstellung genehmigungsfähiger Notfallpläne sind. Die Notfallpläne selbst wurden als umsetzbar beurteilt.

Die Notfallpläne der drei inländorientierten systemrelevanten Banken (PostFinance, Raiffeisen und ZKB) wiesen Ende 2019 verschiedene Reifegrade auf, wobei noch keiner als umsetzbar beurteilt werden konnte.

Im nächsten Jahr will die FINMA insbesondere die von der FINMA zu entwickelnden «Resolution»-Pläne für die beiden global systemrelevanten Banken aufdatieren und das Schwergewicht auf die Operationalisierung der Pläne legen. Mit Blick auf die drei inländorientierten systemrelevanten Banken erwartet die FINMA, dass bis Ende 2020 alle systemrelevanten Banken Notfallpläne eingereicht haben, die insgesamt mindestens als plausibel eingestuft werden können. Auf Seite der systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen soll weiter an der konkreten Formulierung der «Resolution»-Strategien gearbeitet werden.

(4) Begleitung des Strukturwandels: Bei der Bewältigung des Strukturwandels im Finanzmarkt trägt die FINMA positiv zur Systemstabilität und zum Gläubiger- und Versicherungerschutz bei.

Die FINMA führte bei Banken und Versicherungen, die sich in Abwicklung befinden, gezielte Prüfungen durch, um sicherzustellen, dass die Interessen der Gläubiger und Versicherten angemessen geschützt und die Abwicklungskosten adäquat sind. Infolge der Nichtverlängerung der Äquivalenzanerkennung im Börsenbereich durch die EU-Kommission intensivierte sie die Aufsicht und setzte die Eventualmassnahmen des Bundesrates im Kompetenzbereich der FINMA um.

2020 will sich die FINMA primär darauf konzentrieren, die in ihrer Verantwortung stehenden Prozesse in Bezug auf Marktaustritte von bewilligten Instituten effizient durchzuführen. Insbesondere wird eine weitere Reduktion des Bestandes an offenen Insolvenzverfahren angestrebt.

(5) Innovationsfreundliche Regulierung: Die FINMA setzt sich dafür ein, dass für innovative Geschäftsmodelle unnötige wettbewerbsbehindernde Regulierungshürden abgebaut und geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Zur Unterstützung der neu eingeführten «Fintech»-Bewilligung und der Revision der Bestimmungen zur «Sandbox» wurden zwei Rundschreiben angepasst. Zudem wurde zwei neuen «Blockchain»-Finanzdienstleistern je eine Bank- und Effektenhändlerbewilligung erteilt.

Weiter leistete die FINMA in der vom SIF eingesetzten Arbeitsgruppe «Blockchain» technische Unterstützung und es konnte das «Kleinbankenregime» definitiv umgesetzt werden.

Im nächsten Jahr wird die FINMA weiterhin mit verschiedenen Arbeiten im «Fintech»- und «Blockchain»-Bereich beschäftigt sein. Gesuche unter der neuen «Fintech»-Lizenz sowie das Projekt «Libra» sollen sorgfältig begleitet und in diesem Kontext sich stellende Grundsatzfragen geklärt werden.

(6) Regulierung allgemein: Die FINMA setzt sich für eine prinzipienbasierte Finanzmarktregulierung ein und fördert eine intelligente Äquivalenz mit den relevanten internationalen Vorschriften.

Die Arbeiten an den technischen Ausführungsbestimmungen zu FIDLEG/FINIG in der Kompetenz der FINMA wurden aufgenommen. Weiter wurden die vom SIF geleiteten Rechtsetzungsprojekte unterstützt (insbesondere VAG-Revision, Bankeninsolvenzrecht, «Basel III»).

2020 wird sich die FINMA im Rahmen des vom SIF geleiteten Rechtsetzungsprojekts zu «Basel III» weiter einsetzen. Zudem sollen die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu FIDLEG/FINIG in der Kompetenz der FINMA eingeführt und die nötige Anpassung der Selbstregulierung begleitet werden.

(7) Effizienz / Betriebliches: Grundsätzlich steigen die Kosten der Aufsicht nur, falls der Gesetzgeber neue Aufgaben erlässt. Durch eine konsequente Risikoorientierung und eine klare Priorisierung, sowohl in der eigenen Aufsichtstätigkeit als auch in der Aufsichtsprüfung, werden weitere Effizienzgewinne erzielt.

Die FINMA entwickelte die eigene digitale Erhebungsplattform technisch weiter und weitete deren Nutzungsbereich aus. Dank einer vermehrt datenbasierten Pool-Aufsicht von Banken der tiefsten Aufsichtskategorie konnten Ressourcen für andere Zwecke freigesetzt werden. Zudem wurden die Massnahmen zur Optimierung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses im Prüfwesen umgesetzt.

Im nächsten Jahr sollen weitere Effizienzsteigerungen in den Geschäftsbereichen realisiert werden. Im Bereich des Personalwesens soll die ausgewogene Vertretung der Geschlechter in Führungs- und Fachkaderstellen gezielt gefördert werden. Schliesslich will die FINMA die Transparenz über ihre Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit durch eine Neuordnung der Publikationen und zusätzliche Inhalte auf der Website verstärken.

2. Finanzielle Ziele

Die Kosten der Finanzmarktaufsicht werden vollständig durch die Beaufsichtigten finanziert. Bundesgelder werden keine beansprucht. Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2019 mit einem Gewinn von 9,9 Millionen Franken ab. Dies sind 2,0 Millionen Franken weniger als im Vorjahr (-16,5 %).

Haupterlös des Rechnungsjahres 2019 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 112,2 Mio. / 2018: CHF 104,3 Mio.; +7,5 %). Der grösste Aufwandsposten ist der Personalaufwand in Höhe von 97,9 Millionen Franken (2018: CHF 95,5 Mio.; +2,5 %). Dieser stieg trotz einer Reduktion im Personalbestand aufgrund eines höheren Vorsorgeaufwands auf Basis der Arbeitgeberbeiträge.

Für die Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit muss die FINMA gemäss Art. 16 Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG, SR 956.1) Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden. Die Reserven werden jedes Jahr grundsätzlich im Umfang von 10 Prozent der jährlichen Gesamtkosten je Aufsichtsbereich geäuft, bis sie den Umfang eines Jahresbudgets erreicht oder wieder erreicht haben. Aufgrund der Entwicklung der Kostensituation der FINMA im unmittelbaren Nachgang der Finanzkrise beträgt die Reserve Ende 2019 nicht 100 Prozent des Jahresbudgets, sondern liegt derzeit bei 86 Prozent. Die Äufnung wird somit über einen verlängerten Zeitraum vorgenommen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA sank im Jahr 2019 von 492 auf 489 Vollzeitstellen (-0,6 %). Die gemäss Lohngleichheitsinstrument des Bundes gemessenen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen betragen 1,7 Prozent (2018: 3,1 %) und liegen damit markant unter dem zulässigen methodischen Toleranzband von 5,0 Prozent.

Aufrechterhaltungs- und Aufbauziele für die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sehen namentlich zeitlich gestaffelte, konkrete Richtwerte für eine nachhaltig proportionale Geschlechterverteilung in den jeweiligen Kaderstufen vor. Die FINMA führte wie jedes zweite Jahr eine Vollbefragung des gesamten Personalbestands durch, an welcher rund 90 Prozent der Mitarbeitenden teilnahmen. Die FINMA-Mitarbeitenden zeigen generell eine hohe Arbeitszufriedenheit (78 % der Teilnehmenden; 2017: 76 %) und identifizieren sich in hohem Mass mit ihrer Arbeitgeberin (86 % der Teilnehmenden; 2017: 84 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die FINMA beteiligt sich aktiv an den Tätigkeiten verschiedener internationaler Gremien im Finanzbereich. Auch hat sie mit verschiedenen Aufsichtsbehörden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen.

Demgegenüber ist die FINMA weder an Kooperationen beteiligt, noch hält sie Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss ihrem Bericht vom 4. März 2020 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2019 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie «Cashflows» in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem FINMAG entspricht. Auch existiert für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit dem Finanzkontrollgesetz (FKG, SR 614.0) und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrats der FINMA ausgestaltetes internes Kontrollsystem. Die EFK empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

und hielten die diesbezüglichen Eckpunkte in einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch bei den internationalen Tätigkeiten und in der Regulierung fest. Zudem wurde die tripartite Vereinbarung zwischen dem EFD, der FINMA und der Schweizerischen Nationalbank (SNB) über die Wahrnehmung der Mitgliedschaft der Schweiz im Financial Stability Board sowie das Memorandum of Understanding zur tripartiten Zusammenarbeit im Bereich Finanzstabilität und Finanzmarktregulierung zwischen dem EFD, der FINMA und der SNB aktualisiert.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Nach Art. 21 Abs. 2 FINMAG finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu aktuellen Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA war am 20. November 2019.

Am 30. Januar 2019 wurde Benjamin Gentsch vom Bundesrat in den Verwaltungsrat der FINMA gewählt (Amtsantritt am 1. Juli 2019). Im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen für die neue Amtsperiode 2020–2023 bestätigte der Bundesrat am 3. Juli 2019 sieben bisherige Mitglieder des Verwaltungsrats der FINMA. Neu in den Verwaltungsrat gewählt wurden Ursula Cassani Bossy und Andreas Schlatter (Amtsantritt am 1. Januar 2020).

Am 13. Dezember 2019 verabschiedete der Bundesrat eine neue Verordnung zum FINMAG. Die Verordnung konkretisiert die Aufgaben der FINMA im internationalen Bereich und in der Regulierung, die Regulierungsgrundsätze sowie die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen der FINMA und dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD). Die Verordnung setzt die Anliegen des Parlaments (Motion 17.3317, Landolt Martin, *Klare Verantwortlichkeiten zwischen Finanzmarktpolitik und Finanzmarktaufsicht*) um.

Den Geschäftsbericht 2019 der FINMA genehmigte der Bundesrat am 20. März 2020. Zugleich verabschiedete der Bundesrat seinen Bericht zu den Postulaten 17.3566, Vogler Karl, *Transparenz über Kostenfolgen der FINMA-Rundschreiben*, sowie 17.3620, Germann Hannes, *Transparenz über Regulierungskosten durch FINMA-Rundschreiben*.

D. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Im Zuge der Arbeiten zur neuen Verordnung zum FINMAG optimierten die FINMA und das EFD ihre Zusammenarbeit

Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: www.serv-ch.com

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Daum (Präsident), Barbara Hayoz, (Vizepräsidentin), Caroline Gueissaz, Burkhard Huber, Christoph Meier, Anne-Sophie Spérisen, Reto Wyss, Urs Ziswiler

CEO: Peter Gisler

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Das Berichtsjahr 2019 ist das letzte Jahr der Strategieperiode 2016 – 2019. Das sich abschwächende Wachstum der Weltwirtschaft, wirkte sich im letzten Jahr negativ auf den konjunkturellen Verlauf der Schweizer Volks- und Exportwirtschaft aus. Insbesondere die Ausfuhr von Maschinen ging real um 7 Prozent zurück, was sich direkt im Geschäftsverlauf der SERV niederschlug. So sank die Anzahl der neu abgeschlossenen Geschäfte gegenüber dem Vorjahr deutlich von 770 auf 666 Versicherungspolice.

Der Exposurebestand (VP und GV) betrug Ende 2019 8773,2 Millionen und liegt damit um 1,1 Prozent höher als im Jahr davor. Das Neuexposure sank gegenüber dem Vorjahr von 5252,0 Millionen auf 3577,0 Millionen Franken (-32 %). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Geschäftsjahr 2018 aufgrund der aussergewöhnlich hohen Anzahl abgeschlossener Grossgeschäfte ein Ausnahmejahr darstellte. Der Verpflichtungsrahmen von 16 Milliarden Franken war am 31.12.2019 zu 72 Prozent ausgelastet.

Die SERV hält sich an das Subsidiaritätsprinzip und berücksichtigt in ihrer Geschäftstätigkeit die ausserpolitischen Grundsätze der Schweiz. Sie berücksichtigt die Anliegen externer Anspruchsgruppen, indem sie bei Versicherungsgeschäften mit wichtigen Nachhaltigkeitsaspekten mit den Organisationen der Zivilgesellschaft den Informationsaustausch sicherstellt. Auch mit den Privatversicherern pflegt sie einen regelmässigen, konsultativen Austausch.

Obwohl die SERV das dritte Jahr in Folge keine Zinserträge aus Geldanlagen beim Bund generieren konnte, erzielte sie im Jahr 2019 eine Überdeckung ihrer Eigenwirtschaftlichkeit um 23,2 Millionen. Trotz niedrigeren Prämieneträgen lag der Unternehmenserfolg von 55,4 Millionen aufgrund von tieferem Schadenaufwand und höherem Erfolg aus Umschuldungen deutlich über dem Vorjahreswert. Das Eigenkapital stieg per Ende 2019 auf 2825,7 Millionen Franken.

Die SERV setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Im Jahr 2019 stieg der Personalbestand durch Verstärkung des Underwriting Compliance, der Akquise sowie des Bereichs Nachhaltigkeit von 50,0 auf 56,5 Mitarbeitende (VZÄ).

Kennzahlen	2019	2018
Finanzen und Personal		
Prämieneträge (Mio. CHF)	69,3	94,5
Reingewinn (Mio. CHF)	55,4	2,0
Reserven (Mio. CHF) ¹	2770,3	2768,3
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	23,2	53,8
Personalbestand (Anzahl VZÄ)	56,5	50,0
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Exposurebestand (Mio. CHF)	8 773,2	8 673,8
Neuexposure (Mio. CHF)	3 577,0	5 252,0
Neuexposure (Anzahl Policen)	778	934
Schadenzahlungen (Mio. CHF)	63,7	72,8
Schadenaufwand (Mio. CHF)	54,9	104,5
Kapital (in Mio. CHF)	2 825,7	2 770,3
Technischer Deckungsgrad PK in %	114,7	108,9
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	98,4	93,3
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹ Risikotragendes Kapital, Kernkapital und Ausgleichsreserve

A. Zielerreichung 2019

1. Strategische Schwerpunkte

- *Aktive Unterstützung der schweizerischen Exporteure*

Mit der Ausstellung von 778 Grundsätzlichen Zusagen (GV) und Versicherungen und Garantien (VP), erlebte die SERV im letzten Jahr der Strategieperiode 2016 - 2019 einen Rückgang der Nachfrage um 17 Prozent. Das Neuexposure betrug 3577,0 Millionen Franken und sank im Vergleich zum Vorjahr um 32 Prozent. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass 2018 einige grosse GV aus den Vorjahren in VP umgewandelt wurden, und diesbezüglich ein ausserordentliches Jahr war. Nichtsdestotrotz

handelte es sich im Vergleich mit der gesamten Strategieperiode um ein schwaches Jahr. Dies lässt sich mit den abnehmenden Wachstumsraten der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wie den USA, dem Euroraum und Japan erklären und der schwachen Phase der deutschen Wirtschaft, dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz, welche sich insbesondere auf die konjunktursensitiven Branchen der Exportwirtschaft, wie die Metall- und Maschinenindustrie, auswirkt. Die Aufwertung des Frankens im Verlauf des zweiten Semesters 2019 bremste die Ausfuhren zusätzlich.

Über die letzten vier Jahre wurde das Underwriting verstärkt und neu strukturiert. Einerseits um dadurch den spezifischen Beratungsbedürfnissen der Kunden gerecht zu werden und um andererseits die zunehmende Anzahl komplexer Grossgeschäfte professioneller betreuen zu können. Gegen Ende der Strategieperiode startete die SERV ihr Projekt «ECA-Pathfinding», welches schweizerischen Exporteuren durch ein aktives Marketing in den Käufermärkten Zugang zu internationalen Grossprojekten, vor allem im Infrastrukturbereich ermöglichen soll. Damit einhergehend erfolgte ein Ausbau der Akquise.

- *Exportfinanzierung durch den Finanzmarkt gezielt unterstützen*

Die SERV arbeitet im Rahmen der Exportfinanzierung eng mit den Akteuren des Finanzsektors zusammen. Sie beobachtet dabei seit einigen Jahren vermehrt Schwierigkeiten bei der Exportfinanzierung, insbesondere von Kleingeschäften. Die in der Strategieperiode aufgenommene Zusammenarbeit mit Xport Finance hat zum Ziel, niedrigvolumige Kredite für Exportgeschäfte anzubieten, welche gleichzeitig einen höheren Aufwand in der Beratung, Strukturierung und Abwicklung mit sich bringen.

- *Förderung des Zugangs der KMU zu den Exportfinanzierungsinstrumenten*

Der Anteil der KMU am Gesamtkundenstamm ging 2019 leicht zurück, ist aber im langjährigen Durchschnitt mit rund zwei Drittel der insgesamt 310 aktiven Kunden noch immer bedeutend. Mit dem erwähnten ECA-Pathfinding sollen insbesondere den KMU Chancen zur Mitwirkung an internationalen Grossprojekten eröffnet werden. Mit der laufenden Überarbeitung der Prozesse und der Modernisierung der IT-Struktur sollen Versicherungsanträge rasch bearbeitet und die Kosten im KMU-Geschäft möglichst tief gehalten werden.

- *Berücksichtigung der Grundsätze der Schweizerischen Aussenpolitik*

In ihrer Geschäftstätigkeit berücksichtigt die SERV die ausserpolitischen Grundsätze sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes. Seit 2008 verwendet sie dabei ein integriertes Compliance-Prüfverfahren und hält sich an die Empfehlungen der Umwelt und Sozialleitlinien («Common Approaches») der OECD. Im letzten

Jahr hat sie das hierfür verantwortliche Team personell verstärkt.

Die SERV unterstützt das SECO bei den Verhandlungen der internationalen Standards im Bereich Exportkreditfinanzierung auf Stufe OECD und der international Working Group on Export Credits (IWG). Ausserdem ist die SERV an den Umschuldungsverhandlungen des Pariser Clubs beteiligt. Ein jährlich durchgeführter Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft stellt den Einbezug deren Anliegen in die Geschäftspolitik der SERV sicher.

- *Berücksichtigung externer Anspruchsgruppen*

Die SERV pflegt den Austausch mit den Organisationen der Zivilgesellschaft, unter anderem mit einem institutionalisierten jährlichen Treffen mit den NGOs. Die SERV hält sich an das Subsidiaritätsprinzip und versichert gemäss Art. 5 SERV-V keine marktfähigen Risiken. Bei der Abgrenzung zwischen marktfähigen und nicht-marktfähigen Risiken orientiert sie sich an der Praxis der EU. Danach sind langfristige Exportkreditversicherungen auch für Exporte in gewisse einkommensstarke Industrieländer möglich, wenn zwei Absagen von privaten Versicherern vorliegen. Die Anzahl dieser Ausnahmen ist im langjährigen Durchschnitt stabil und lag im Jahr 2019 bei 3,2 Prozent aller Geschäfte.

2. Finanzielle Ziele

Die SERV weist über die gesamte Strategieperiode eine positive Eigenwirtschaftlichkeit auf und schliesst 2019 mit einer Überdeckung von 23,2 Millionen. Gleich verhält es sich mit dem Unternehmenserfolg, welcher sich über die gesamte Strategieperiode 2016 – 2019 auf 200 Millionen kumulierte. Bislang war dieser stark von Umschuldungszinsen und Umschuldungserfolg getrieben. Je mehr die Umschuldungsguthaben abnehmen und je länger die SERV auf Erträge aus Geldanlagen verzichten muss, desto mehr wird der Unternehmenserfolg nur noch von Prämien und Schäden aus dem Versicherungsgeschäft abhängen. Für die Strategieperiode kann festgestellt werden, dass die SERV insgesamt adäquate Prämien erhebt, wobei allerdings die Bearbeitungskosten bei beratungintensiven kleineren Geschäften nicht in jedem Einzelfall gedeckt sind.

Während der Strategieperiode 2016 - 2019 leistete die SERV Nettoschadenzahlungen in der Höhe von 191,5 Millionen. Den Schadenzahlungen stehen Prämieinnahmen von 495,9 Millionen gegenüber. Diese wurden zu rund 90 Prozent mit Grossgeschäften erzielt.

Die Ausnutzung des Verpflichtungsrahmens von 16 Milliarden lag per 31.12.2019 bei 72 Prozent (2018: 71 %).

Trotz des rückläufigen Geschäfts schliesst die SERV das Jahr 2019 mit einem guten Unternehmensergebnis ab, das mit CHF 55,4 Millionen deutlich über demjenigen des letzten Jahres liegt. Nebst den verdienten Prämien, waren

vor allem der geringe Schadenaufwand von 54,9 Millionen und der hohe Umschuldungserfolg von 41,8 Millionen dafür verantwortlich. Mit einem Eigenkapital von nunmehr 2,8 Milliarden befindet sich die SERV in einer guten finanziellen Verfassung.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Im Verlauf der letzten vier Jahre stieg der Personalbestand von 42 auf 56,5 Vollzeitäquivalente an. Der erhöhte Bedarf an Personal erklärt sich einerseits durch die oben erwähnte erforderliche Professionalisierung aufgrund der steigenden Komplexität der Projekte. Dies erforderte nicht nur einen Ausbau im Underwriting, sondern auch in der Compliance, der Risikoanalyse und der Nachhaltigkeit. Andererseits wurde im Verlauf dieser Strategieperiode ein umfassendes IT-Projekt lanciert, welches zusätzliches Personal erforderte.

Weiter wurde während der letzten Strategieperiode eine Überarbeitung des Lohnsystems unter Berücksichtigung externer Benchmarks durchgeführt und Ende 2019 eine umfassende Personalstrategie vom Verwaltungsrat verabschiedet. Diese beinhaltet die Entwicklung eines strukturierten Fort- und Weiterbildungsprozesses sowie die Fortführung einer motivierenden Unternehmenskultur als strategische Schwerpunkte.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Während der ganzen Strategieperiode ist die SERV keine Beteiligungen eingegangen. Mit Verbänden und spezialisierten Finanzinstituten führt sie eine enge Kooperation.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis der SERV für das Geschäftsjahr 2019 geprüft. Nach ihrer Beurteilung entsprechen Jahresrechnung und Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis den im Geschäftsbericht veröffentlichten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen und vermitteln ein der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechendes Bild. Die Revisionsstelle bestätigt, dass gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ein internes Kontrollsystem (IKS) existiert, welches dem Risikomanagement der SERV dient.

C. Anträge an den Bundesrat

Dem Bundesrat wurden der Geschäftsbericht 2019 der SERV einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates der SERV betreffend die Erreichung der strategischen Ziele 2019 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 20. Februar 2020 zur Kenntnisnahme unterbreitet. Des Weiteren wurde

dem Bundesrat die Bestätigung der Revisionsstelle vorgelegt.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die ihm gemäss Buchstabe C. unterbreiteten Berichte am 3. April 2020 genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Swisscom

Internet: www.swisscom.ch

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX

Bundesbeteiligung: 51%

Verwaltungsrat: Hansueli Loosli (Präsident), Barbara Frei, Frank Esser, Anna Mossberg, Michael Rechsteiner, Roland Abt, Sandra Lathion-Zweifel (Personalvertreterin), Alain Carrupt (Personalvertreter), Renzo Simoni (Staatsvertreter)

CEO: Urs Schaeppi

Ext. Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers AG

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Im Geschäftsjahr 2019 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*. Im Schweizer Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk, TV) verteidigte Swisscom ihre führende Marktposition. Die Kundenzufriedenheit lag über dem Branchendurchschnitt. Im IT-Lösungsgeschäft gehörte Swisscom zu den stärksten Anbietern auf dem hart umkämpften Schweizer Markt.

Der Schweizer Telekommunikationsmarkt ist weitgehend gesättigt und wird von einem Verdrängungswettbewerb geprägt. Dies bewirkte einen Umsatzrückgang in der Schweiz um 243 Millionen Franken, der durch das Wachstum des Auslandgeschäfts (Umsatz Fastweb: +114 Millionen Euro) teilweise ausgeglichen wurde. Der Reingewinn nahm um 9,7 Prozent zu.

Swisscom investierte in der Schweiz rund 1,6 Milliarden Franken in die Modernisierung und Erweiterung der Netz- und IT-Infrastruktur. Per Ende 2019 verfügten drei Viertel aller Haushalte und Geschäfte über eine für heutige Anwendungen gut ausreichende Bandbreite von 80 Mbit/s; annähernd die Hälfte konnten bereits Bandbreiten von mehr als 200 Mbit/s nutzen. Im Berichtsjahr lancierte Swisscom als erster Anbieter in Europa kommerzielle Mobilfunkangebote auf Basis der 5G-Technologie, nachdem sie in der Frequenzauktion für 196 Millionen Franken entsprechendes Frequenzspektrum erworben hatte.

In Italien stärkte die Tochtergesellschaft Fastweb ihre Mobilfunk-Kompetenz durch eine strategische Partnerschaft mit dem landesweit präsenten Mobilfunkanbieter Wind-Tre. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln.

Gemessen an der Börsenkapitalisierung nahm der Unternehmenswert um 2,2 Milliarden Franken zu (Swisscom-Aktie +9,1 Prozent). Mit der unveränderten Dividende von 22 Franken je Aktie resultierte eine Gesamtrendite von 13,8 Prozent.

Swisscom ist ein beliebter Arbeitgeber mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist hoch. Es wird eine konstruktive Sozialpartnerschaft gepflegt. 2019 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz um 469 Vollzeitstellen (-3,2 Prozent) ab. Der Stellenabbau wurde unter engem Einbezug der Sozialpartner in vorausschauender und verantwortungsvoller Weise abgewickelt.

Der Bundesrat anerkennt die Bestrebungen von Swisscom, dem technologischen Wandel und dem anhaltenden Preisdruck mit einer Optimierung der Kosten zu begegnen. Es gilt dabei, der Sicherheit, Verlässlichkeit und Widerstandsfähigkeit der Netz- und IT-Infrastruktur die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Der Bundesrat erwartet ferner einen positiven Wertbeitrag der Aktivitäten ausserhalb des Stammgeschäfts in der Schweiz und eine enge Begleitung durch das Management.

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	11 453	11 714
Reingewinn (Mio. CHF)	1 669	1 521
Bilanzsumme (Mio. CHF)	24 247	22 586
Eigenkapitalquote in %	36,6	36,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	19 317	19 845

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Aktienkurs am 31. Dezember (CHF)	512,60	469,70
Dividende (CHF pro Aktie)	22	22
Gesamtrendite ¹⁾ (%)	13,8	-5,2
Nettoverschuldung ²⁾ (Mio. CHF)	8 785	8631
Technischer Deckungsgrad PK in %	110%	103%

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Gesamtrendite = (Dividende + Aktienkurs am 31. 12. 2019 – Aktienkurs am 31. 12. 2018) ÷ Aktienkurs am 31. 12. 2018

²⁾ Per 1. Januar 2019 trat ein neuer Rechnungslegungsstandard (IFRS 16) in Kraft. Neu werden Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen bei der Berechnung der Nettoverschuldung berücksichtigt. Gegenüber dem Stand per 1. Januar 2019 stieg die Nettoverschuldung inkl. Leasingverbindlichkeiten um 154 Millionen Franken auf 8785 Millionen Franken. Ohne Leasingverbindlichkeiten nahm sie um 251 Millionen Franken auf 6758 Millionen Franken ab.

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Swisscom ist betriebswirtschaftlich geführt, wettbewerbsfähig und kundenorientiert Errungenschaft

Swisscom hat im Geschäftsjahr 2019 ihre Stellung als führendes ICT-Unternehmen in der Schweiz erfolgreich verteidigt und eine solide Marktleistung erzielt. Der Marktanteil im

weitgehend gesättigten Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk) sowie im TV-Bereich blieb auf hohem Niveau stabil.

Swisscom ist bestrebt, sich im Markt durch das beste Netz und den besten Service zu differenzieren. Die über dem Branchendurchschnitt liegende Kundenzufriedenheit bestätigt, dass diese Qualitätsstrategie auf Resonanz stösst. Um die eher preissensitive, technologieaffine Kundschaft zu erreichen, setzt Swisscom verstärkt auf Zweit- und Drittmärkten (Wingo, Simply Mobile, M-Budget).

Fastweb schafft langfristig einen positiven Wertbeitrag

Die Tochtergesellschaft Fastweb entwickelte sich ungeachtet des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in Italien positiv. Kundenbasis, Umsatz und Ergebnis konnten gesteigert werden. Neben dem Ausbau des Breitbandnetzes stand im Berichtsjahr die Vereinbarung einer strategischen Partnerschaft mit Wind-Tre, dem zweitgrössten Mobilfunkanbieter in Italien, im Zentrum. Diese umfasst unter anderem gemeinsame Investitionen in ein landesweites 5G Mobilfunknetz und die gemeinsame Nutzung des jeweiligen Frequenzspektrums. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln und generierte darüber hinaus einen positiven Free Cash Flow von 101 Millionen Euro zugunsten des Konzerns (2018: 12 Millionen Euro). Aus dieser Perspektive schuf Fastweb einen Wertbeitrag zugunsten der Aktionäre.

Swisscom baut und betreibt eine zukunftsgerichtete Netz- und Informatikinfrastruktur unter Berücksichtigung der Marktbedürfnisse, der technologischen Entwicklung und der Sicherheit

In der Schweiz investierte Swisscom rund 1,6 Milliarden Franken in Ausbau und Modernisierung der Netz- und IT-Infrastruktur. Ein Schwerpunkt bildete Ultrabreitbandausbau. Dieser orientierte sich nicht an einer bestimmten Technologie, sondern an den Kundenbedürfnissen (Bandbreite). Per Ende 2019 verfügten drei Viertel aller Haushalte und Geschäfte über eine für heutige Anwendungen gut ausreichende Bandbreite von 80 Mbit/s; annähernd die Hälfte Haushalte und Geschäfte konnten bereits Bandbreiten von mehr als 200 Mbit/s nutzen. Im Berichtsjahr lancierte Swisscom als erster Anbieter in Europa kommerzielle Mobilfunkangebote auf Basis der 5G-Technologie, nachdem sie in der Frequenzauktion vom 29. Januar bis 7. Februar 2019 für 196 Millionen Franken entsprechendes Frequenzspektrum erworben hatte.

Swisscom wahrte das Fernmeldegeheimnis und erfüllte die Bestimmungen der Datenschutzgesetzgebung. Die Vorkehrungen zum Schutz der Infrastruktur vor physischen und logischen Angriffen sowie vor Grossereignissen (z.B. Flugzeugabstürze) entsprachen dem neuesten Stand

Swisscom stellt die Grundversorgung sicher und setzt die Zugangsregulierung im Interesse eines fairen Wettbewerbs um

Als Inhaberin der Grundversorgungskonzession im Fernmeldebereich erbrachte Swisscom den Service Public gemäss den Qualitätskriterien des Fernmelderechts und ohne finanzielle Abgeltungen.

Swisscom kam ihrer Verpflichtung nach, anderen Telekommunikationsunternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu ihrem regulierten Netz zu gewähren. Mehrere Verfahren nach Wettbewerbs- und Fernmelderecht zur Rechtmässigkeit der berechneten Preise sind hängig.

Swisscom verfügt über ein angemessenes Risikomanagement-System

Swisscom arbeitet mit einem strukturierten und integrierten Risikomanagementsystem, das einen nachhaltigen Unternehmenserfolg sicherstellen soll. Die Konzernleitung und der Verwaltungsratsausschuss Revision befassen sich regelmässig mit den wichtigsten Unternehmensrisiken.

2. Finanzielle Ziele

Swisscom steigert langfristig den Unternehmenswert und betreibt eine stetige Dividendenpolitik

Die Vorgabe des Bundesrates, den Unternehmenswert zu steigern, hat Swisscom im Berichtsjahr erfüllt. Infolge des um 9,1 Prozent gestiegenen Aktienkurses (Stichtag: 31. Dezember 2019) nahm die Börsenkapitalisierung um rund 2,2 Milliarden Franken zu. Die Dividende beträgt unverändert 22 Franken pro Aktie. Die Dividendenrendite ist mit 4,7 Prozent höher als im Durchschnitt der anderen SMI-Titel. Die Gesamtrendite (Kursgewinn plus Dividendenrendite) beträgt 13,8 Prozent.

Swisscom strebt eine Nettoverschuldung von höchstens 2,1 x EBITDA an

Per 1. Januar 2019 trat ein neuer Rechnungslegungsstandard (IFRS 16) in Kraft. Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen werden neu bei der Berechnung der Nettoverschuldung berücksichtigt. Die Nettoverschuldung (ohne Leasingverbindlichkeiten) sank gegenüber 1. Januar 2019 um 251 Millionen auf 6 758 Millionen Franken. Inklusive Leasingverbindlichkeiten stieg die Kennzahl um 154 Millionen auf 8 785 Millionen Franken. Das Verhältnis Nettoverschuldung (inkl. Leasingverbindlichkeiten) zu EBITDA nach Leasingaufwand beträgt 1,7. Das Credit Rating lag unverändert im Single-A-Bereich (Standard & Poors: A; Moody's: A2).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swisscom verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik und tritt als attraktive Arbeitgeberin auf

Swisscom ist eine attraktive Arbeitgeberin mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich. Mit den Sozialpartnern wird ein konstruktiver Dialog gepflegt. Vielfalt, Chancengleichheit, Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Integration von Mitarbeitenden mit

eingeschränkter Leistungsfähigkeit werden gezielt gefördert. Swisscom investiert viel in die permanente Weiterbildung von Mitarbeitenden und Kadern. Die Mehrzahl der ausgeschriebenen Kaderstellen wird intern besetzt.

Im Berichtsjahr nahm die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz um 469 Vollzeitstellen oder 3,2 Prozent (2018: -3,1 Prozent) ab. Dies zeugt vom Druck, die sinkenden Umsätze im Kerngeschäft mit Effizienzsteigerungen aufzufangen. Dank einer vorausschauenden Planung erfolgte der Grossteil des Stellenabbaus über die natürliche Fluktuation. 83 Prozent der vom Stellenabbau betroffenen Mitarbeitenden, die den vergleichsweise grosszügig ausgestalteten Sozialplan in Anspruch nahmen, fanden noch vor dessen Ablauf eine Anschlusslösung.

Der Frauenanteil im Management von heute 12,8 Prozent (2018: 11,7 Prozent) soll mittelfristig auf 20 Prozent erhöht werden. Ebenso wird das Ziel verfolgt, 1 Prozent der Belegschaft in speziell für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen konzipierte Arbeitsprozesse zu integrieren (2019: 0,97 Prozent, 2018; 0,9 Prozent).

Swisscom ist bei Weitem die grösste Auszubildnerin von ICT-Fachkräften in der Schweiz. Zusammen mit der Tochtergesellschaft Cablex stellt Swisscom rund 950 Lehrstellen zur Verfügung. Im Berichtsjahr begannen 257 Jugendliche ihre Lehre bei Swisscom.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Swisscom geht Kooperationen nur ein, wenn sie zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts beitragen, führungsmässig gut betreut werden können und dem Risikoaspekt genügend Rechnung tragen.

Swisscom hält ein vielfältiges Portfolio von kleineren und grösseren in- und ausländischen Beteiligungen, die einerseits das angestammte Kerngeschäft unterstützen und andererseits selektiv neue Geschäftsfelder erschliessen. Swisscom besitzt keine Beteiligungen an ausländischen Telekommunikationsgesellschaften mit Grundversorgungsauftrag.

Die wichtigste Veränderung im Beteiligungsportfolio im Berichtsjahr betraf den Verkauf der Anteile am Joint Venture «Admeira» an den Kooperationspartner Ringier. Es hatte sich abgezeichnet, dass sich zentrale Annahmen hinter dem Geschäftsmodell dieser 2016 gestarteten, multimedialen Werbevermarktungsgesellschaft nicht bewahrheiten würden. Der Erlös aus der Veräusserung deckte die Investitionskosten von Swisscom nicht. «Admeira» ist ein typisches Beispiel für den Versuch, zwecks Erschliessung potenzieller neuer Wachstumsmärkte das angestammte Geschäftsfeld in Richtung digitale Wirtschaft zu erweitern. Der Bundesrat ist bereit, als Mehrheitsaktionär die damit verbundenen Risiken mitzutragen, und ist sich bewusst, dass nicht jede Initiative von Erfolg gekrönt sein kann. Er erwartet aber, dass das Management bei einem sich abzeichnenden

Misserfolg nicht zögert, das Projekt rasch und sozial verantwortlich abzuwickeln und die nötigen Lehren daraus zu ziehen. Diese Erwartungen wurden im Fall «Admeira» erfüllt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2019 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage des Unternehmens vermittelt.

C. Anträge an Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG fand am 6. April 2020 statt. Der Verwaltungsrat hatte der Generalversammlung beantragt,

1. den Lagebericht, die Jahresrechnung der Swisscom AG und die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2019 zu genehmigen;
2. den Vergütungsbericht 2019 im Rahmen einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen;
5. Hansueli Loosli (als Präsident), Barbara Frei, Frank Esser, Roland Abt, Anna Mossberg, Alain Carrupt, Michael Rechsteiner und Sandra Lathion-Zweifel in den Verwaltungsrat wiederzuwählen;
6. Barbara Frei, Roland Abt, Frank Esser, Hansueli Loosli (ohne Stimmrecht) und Renzo Simoni (Staatsvertreter; siehe Abschnitt D.) in den Vergütungsausschuss wiederzuwählen;
7. einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen im Geschäftsjahr 2020 von 2,5 Millionen Franken für die Mitglieder des Verwaltungsrats und von 8,7 Millionen Franken für die Mitglieder der Konzernleitung zu genehmigen;
8. die Anwaltskanzlei Reber Rechtsanwälte, Zürich, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter wiederzuwählen;
9. PriceWaterhouseCoopers AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2020 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 20. März 2020 das UVEK und das EFD, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

Der Bundesrat ordnete gleichzeitig Renzo Simoni für die Amtsdauer von einem Jahr als Staatsvertreter in den Verwaltungsrat von Swisscom AG ab.

SBB

Internet: www.sbb.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Monika Ribar (Präsidentin), Pierre-Alain Urech (Vizepräsident), Fabio Pedrina (Personalvertreter), Daniel Trolliet (Personalvertreter), Alexandra Post Quillet, Gregor Kasperkovitz, Beat Schwab, Erich Ammann, Véronique Gigon

CEO: Andreas Meyer

Ext. Revisionsstelle: Ernst&Young, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Im Jahr 2019 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates *teilweise erreicht*.

SBB konnte das von ihr gewohnte Qualitätsniveau im Bahnverkehr im Berichtsjahr nicht erreichen. Es kam zu einer Häufung von Störungen und Verspätungen mit negativen Auswirkungen auf die Reisenden. Dafür gab es mehrere Ursachen: die fehlenden Fernverkehrs-Doppelstockzüge, die vielen Bau- und Unterhaltsarbeiten auf dem Netz sowie die sehr starke Nachfrage im Personenverkehr (+5,8%). Entsprechend negativ entwickelte sich die Pünktlichkeit im Personenverkehr. Vor allem im 4. Quartal des Jahres 2019 sowie in den Regionen Mitte und West lagen die Pünktlichkeitswerte auf tiefem Niveau.

Das Jahresergebnis der SBB sank auf 463 Millionen Franken (Vorjahr CHF 568 Mio.). Die SBB AG erzielte damit das zweitbeste Ergebnis seit ihrer Gründung im Jahr 1999. Der Schuldendeckungsgrad erreichte das 6,3-fache des E-BITDA. Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des E-BITDA.

Beim Güterverkehr entwickelte sich die Nachfrage rückläufig und belastete auch das Ergebnis: SBB Cargo erzielte ein Ergebnis von 3 Millionen Franken. Die nachhaltige Sanierung und Weiterentwicklung von SBB Cargo bleibt herausfordernd. Die Vorgaben des Bundesrates, das Aktionariat von SBB Cargo AG zu öffnen sowie die Eigenständigkeit der Güterverkehrstochter innerhalb des Konzerns zu erhöhen, wurden erreicht. Die beschlossene Partnerschaft mit der SwissCombi AG kann erst nach einem positiven Entscheid der WEKO umgesetzt werden.

Im Infrastrukturbereich erforderten Betrieb und Substanzerhalt der stark belasteten Infrastruktur 2019 weiterhin viele Unterhaltsarbeiten. Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien.

Die personellen Ziele wurden insgesamt erreicht. Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden blieb gegenüber der letzten Vollerhebung 2018 unverändert bei 66 Punkten.

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen.

Kennzahlen	2019	2018
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	9 864	9 645
Konzerngewinn (Mio. CHF)	464	568
Bilanzsumme (Mio. CHF)	48 918	46 565
Eigenkapitalquote in %	27,5	27,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	32 535	32 309

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Punkte, max. 100)	66	66
Beförderte Personen (Mio. pro Tag)	1,32	1,25
Kundenpünktlichkeit (%)	89,5	90,1
Ergebnis Personenverkehr (Mio. CHF)	215	241
Ergebnis Güterverkehr (Mio. CHF)	3	13
Technischer Deckungsgrad PK in %	105,4	101,1
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	90,0	88,8

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 430	2 370
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengesetz

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Personenverkehr: Entwicklung von attraktiven, sicheren, pünktlichen und qualitativ hochwertige Mobilitätslösungen; Förderung des öffentlichen Verkehrs, Erstellung eines marktorientierten Angebots.

Die Qualität der Leistungserbringung im Personenverkehr entsprach 2019 nicht den Erwartungen. Es kam zu einer Häufung von Störungen und Verspätungen mit negativen Auswirkungen auf die Reisenden. Diese Entwicklung hatte

* Strategische Ziele: <https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/bundesnahe-betriebe/sbb/strategische-ziele.html>

mehrere Gründe, dazu gehörten die fehlenden Fernverkehr-Doppelstockzüge sowie die vielen Bau- und Unterhaltsarbeiten auf dem Netz. Zudem führten Planungsfehler zu einem personellen Engpass beim Lokpersonal. Parallel dazu stieg die Verkehrsleistung im Personenverkehr (Fernverkehr, Regionalverkehr) gegenüber dem Vorjahr stark an (5,8%). Die Nachfrage in der Nebenverkehrszeit hat erstmals wieder stärker als in der Hauptverkehrszeit zugenommen. Dazu beigetragen haben auch die Sparbillette, mit welchen zum einen der motorisierte Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr und zum anderen der öffentliche Verkehr von stark auf schwach ausgelastete Züge gelenkt wird. Unbefriedigend verlief weiterhin die Inbetriebnahme der neuen Fernverkehrs-Doppelstockzüge. Die bisher ausgelieferten Züge sind nur auf wenigen nachfrageschwächeren Verbindungen im Einsatz und erreichen im Betrieb nicht die geforderte Stabilität. Im internationalen Personenverkehr nahm die Verkehrsleistung nach einem Rückgang im Vorjahr um 7 Prozent zu. Insbesondere die Verkehrsleistung nach Frankreich, Österreich und Italien stieg stark an; nach Deutschland blieb die Nachfrage stabil.

Güterverkehr Schweiz: Marktorientiertes, eigenwirtschaftliches Angebot.

2019 war für die strategische Neuausrichtung von SBB Cargo ein wichtiges Jahr. Die Swiss Combi AG – bestehend aus den Logistikdienstleistern Planzer Holding, Camion Transport, Galliker Transport und Bertschi – beteiligt sich mit 35 Prozent an SBB Cargo, sofern die Wettbewerbskommission (WEKO) der Partnerschaft zustimmt. Die Partnerschaft mit dem Konsortium soll es SBB Cargo ermöglichen, neue Kunden für die Schienentransporte zu gewinnen, die Auslastung zu verbessern und so mehr Güter von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Der Entscheid der WEKO wird im 1. Quartal 2020 erwartet. Parallel dazu wurde die Besetzung des Verwaltungsrates von SBB Cargo angegangen. Mit diesem Vorgehen erfüllt die SBB die Vorgaben des Bundesrates, die Eigenständigkeit von SBB Cargo innerhalb des SBB-Konzerns zu erhöhen. SBB Cargo erreichte 2019 mit einem Ergebnis von 3,0 Millionen Franken knapp die Gewinnzone (Vorjahr CHF 12,9 Mio.).

Immobilien: Weiterentwicklung der Bahnhöfe zu attraktiven Mobilitätsdrehscheiben; Partizipation an Wertsteigerungen.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung mit der steigenden Zahl von Bahnreisenden und entsprechend den Ansprüchen der Kundinnen und Kunden weiterentwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist auf hohem Niveau leicht gestiegen. Mit der Bewirtschaftung ihrer Immobilien erzielt SBB Immobilien einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis.

Infrastruktur: Diskriminierungsfreies Trassenmanagement, effiziente Betriebsführung, kundenfreundliche Bahnzüge; optimale Nutzung der Netzkapazitäten. Erhalt des

Netz- und Anlagezustandes langfristig auf qualitativ hohem Stand.

Im Infrastrukturbereich hat die SBB 2019 erneut viele Unterhaltsmassnahmen vorgenommen. Das negative Ergebnis von Infrastruktur Netz resultiert insbesondere aus dem Verzicht der SBB auf die Auszahlung der letzten Tranche des für 2019 in der Leistungsvereinbarung vorgesehenen Betriebsbeitrags (23 Mio.). Dieser Verlust wird gemäss gesetzlichen Vorgaben mit der Reserve gemäss Artikel 67 EBG verrechnet.

Pünktlichkeit

Die Kundenpünktlichkeit hat sich verschlechtert. Im Personenverkehr erreichten 89,5 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei Minuten Verspätung (Vorjahr 90,1 %). Unbefriedigend war die Pünktlichkeit vor allem im 4. Quartal des Jahres 2019 sowie in den Regionen Mitte und West. Hingegen hat sich die Ankunftspünktlichkeit der Güterzüge in der Schweiz mit 82,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr verbessert. Die Kundenzufriedenheit beim Personen- und Güterverkehr sowie bei Immobilien (Bahnhöfe) hat sich ebenfalls verbessert. Der Gesamtindex stieg von 75,0 auf 75,8 Punkte.

Sicherheit

Der Gesamtindex zur Bestimmung des Sicherheitsniveaus ist trotz einem Anstieg bei der Anzahl Arbeitsunfälle besser als im Vorjahr. Dieses Ergebnis wurde jedoch überschattet durch den tragischen Unfall eines Kundenbegleiters in Baden vom August 2019. Daraufhin hat die SBB das Programm «Sicuro!» lanciert, um die Sicherheit für Reisende und Mitarbeitende zu verbessern. Die SBB steht hierzu im engen Austausch mit dem Bundesamt für Verkehr. Weitere Fortschritte konnten bei den Umweltzielen (Energiesparprogramm und CO₂-Reduktion) erzielt werden.

2. Finanzielle Ziele

Langfristige Steigerung des Unternehmenswertes; branchenübliche Ergebnisse.

Das Jahresergebnis sank um 105 Millionen auf 463 Millionen Franken (Vorjahr CHF 568 Mio.). Die SBB AG erzielte damit das zweitbeste Ergebnis seit ihrer Gründung im Jahr 1999. Positiv wirkten die höhere Personenverkehrs- und Immobilienmieterträge; dämpfend wirkten der geringere Verkehrsertrag beim Güterverkehr, der Verzicht auf eine Tranche der Infrastrukturabgeltung sowie tiefere Verkaufserlöse der Sparte Immobilien. Der Bereich Immobilien leistete mit 339 Millionen Franken (vor Ausgleichszahlungen) den grössten Ergebnisbeitrag, gefolgt vom Personenverkehr mit einem Gewinn von 215 Millionen Franken. Die Division Infrastruktur verzeichnete ein Jahresergebnis von 22,5 Millionen (I-Netz -25 Mio.; I-Energie 47 Mio.), die Division SBB Cargo ein solches von 3,0 Millionen Franken. Aus dem Ergebnis von SBB Immobilien fliessen 150 Millionen Franken als Ausgleichszahlung an die Infrastruktur und 178 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 178 Mio.) wurden zur

Rückzahlung von Darlehen aus der Pensionskassensanierung im Jahr 2007 (CHF 78 Mio. inkl. Zinsen) und der Pensionskassenstabilisierung im Jahr 2016 (CHF 100 Mio. inkl. Zinsen) eingesetzt. Die Produktivität im Güterverkehr konnte weiter verbessert werden; im Personenverkehr resultierte eine leichte Verschlechterung.

Nettoverschuldung von höchstens 6,5 x EBITDA

Die Investitionen konnten nicht vollständig aus den selbsterarbeiteten Mitteln finanziert werden. Aufgrund der hohen Investitionen in das Rollmaterial des Personenverkehrs sowie in Anlageobjekte von Immobilien stieg die verzinsliche Nettoverschuldung im Vergleich zum Vorjahr um 293 Millionen auf 8,9 Milliarden Franken und erreichte das 6,3-fache des EBITDA. Damit wurde das Eignerziel erneut erreicht (Vorjahr 5,6). Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des EBITDA, wobei zeitweise Überschreitungen zulässig sind.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche, sozialverantwortliche Personalpolitik; attraktive Arbeitgeberin; zeitgemässe berufliche Grundbildung; nachhaltige Aus- und Weiterbildung.

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 226 (0,7 %) auf 32'535 Vollzeitstellen zu. Am 1. Mai 2019 traten die neuen Gesamtarbeitsverträge SBB und SBB Cargo (GAV) in Kraft. Neu beträgt die Laufzeit drei statt wie bisher vier Jahre, um den sich schnell wandelnden Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Insgesamt absolvierten 1522 Lernende (rund 5 % des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die Gesundheitskompetenz, die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Bei der SBB gilt das Prinzip, gleiche Löhne für gleichwertige Aufgaben und Leistungen zu bezahlen. Anhand des Lohngleichheitsinstruments des Bundes (Logib) untersucht die SBB periodisch die Lohnstruktur auf Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Lohndifferenz zu Ungunsten der Frauen betrug 1,7 Prozent und lag damit deutlich unterhalb der Toleranzschwelle von 5 Prozent.

Die Personalzufriedenheit blieb gegenüber der letzten Vollerhebung 2018 unverändert bei 66 Punkten. Die Rücklaufquote betrug 72 Prozent.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse SBB stieg im Berichtsjahr aufgrund der sehr guten Anlagerendite auf 105,4 Prozent (Vorjahr 101,1 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen. Die SBB konnte ihre Kooperationsstrategie weiter festigen. Die Ziele sind erreicht.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Ernst & Young) empfiehlt mit Bericht vom 20. Februar 2020 der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2019 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

C. Anträge an Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB AG findet am 22. April 2020 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung für das Jahr 2021 des Verwaltungsrates SBB von 1'066'829 CHF (inkl. VRP), der Verwaltungsratspräsidentin (VRP) SBB von 280'352 CHF sowie der Konzernleitung SBB von 5'645'355 CHF (inkl. Beiträge an die Grundversicherung PK SBB und die Kaderzusatzversicherung) zu genehmigen;
2. die Verwendung der von der Generalversammlung 2018 für das Geschäftsjahr 2019 genehmigten Höchstbeträge zur Kenntnis zu nehmen;
3. den Lagebericht, die Konzernrechnung SBB 2019 mit einem Gewinn von 463.5 MCHF und einer konsolidierten Bilanzsumme von 48'918.0 MCHF und die Jahresrechnung SBB AG 2019 mit einem Jahresgewinn von 424.1 MCHF und einer Bilanzsumme von 48'124.2 MCHF zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen. Weiter beantragt der Verwaltungsrat, die Zuweisung von 10,9 MCHF Reserve gemäss Art. 36 PBG (Nachkalkulation Regionalverkehr), die Zuweisung an die freiwillige Gewinnreserve von 400.0 MCHF und einen Vortrag des verbleibenden Bilanzgewinns von 147.3 MCHF auf die neue Rechnung;
4. den Bilanzgewinn per 31. Dezember 2019 von 147,3 Millionen Franken auf die neue Rechnung vorzutragen (Jahresgewinn 2019: 424,1 Mio.; Gewinnvortrag Vorjahr 110,2 Mio.; Reserveentnahme gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur 23,9 Mio.; Reservezuweisung gemäss Art. 36 PBG für Regionaler Personenverkehr -10,9 Mio.);
5. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2019, abgeschlossen per 31. Dezember 2019, Entlastung zu erteilen;

6. Monika Ribar, Alexandra Post Quillet, Gregor Kasperkowitz, Beat Schwab, Erich Ammann und Véronique Gigon werden für eine weitere Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2022 gewählt, Monika Ribar in ihrem Amt als Verwaltungsratspräsidentin bis zur ordentlichen Generalversammlung 2022 bestätigt. Die Amtsdauer von Pierre-Alain Urech, Daniel Troillet und Fabio Pedrina läuft noch bis zur ordentlichen Generalversammlung 2021;

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 20. März 2020 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG vom 22. April 2020 zuzustimmen.

Die Schweizerische Post AG

Internet: www.post.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Urs Schwaller (Präsident), Thomas Bucher, Michel Gobet (Personalvertreter, verstorben 2020), Peter Hug, Ronny Kaufmann (Personalvertreter), Bernadette Koch, Denise Koopmans, Nadja Lang, Philippe Milliet

CEO: Roberto Cirillo (seit 1.4.2019)

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Im Jahr 2019 hat die Schweizerische Post AG die Ziele des Bundesrates insgesamt erreicht.

Die operative Leistungserbringung der Post war gut, die Grundversorgung mit Postdiensten und mit Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs wurde in guter Qualität und zu angemessenen Preisen erbracht. Die Laufzeitvorgaben für Briefe und Pakete wie auch die seit 2019 verschärften Vorgaben zur Erreichbarkeit der Grundversorgungsleistungen wurden übertroffen. Die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden nahm gegenüber dem Vorjahr um 2 Punkte ab. Die Marktanteile im Kerngeschäft (Briefe, Pakete, Zahlungsverkehr, Personenverkehr) wurden weitgehend gehalten.

Der Betriebsertrag lag mit 7'164 Millionen Franken 90 Millionen Franken unter dem Vorjahreswert. Das Betriebsergebnis fiel mit 450 Millionen Franken 55 Millionen Franken tiefer aus. Der Konzerngewinn sank um 149 Millionen Franken auf 255 Millionen Franken. Der Ergebnismrückgang gründete hauptsächlich auf den Mengenrückgängen (Briefe, Zeitungen, Schaltergeschäft) und dem Niedrigzinsumfeld. Während PostFinance und Swiss Post Solutions ihr Betriebsergebnis steigerten, verschlechterte sich dasjenige von PostMail und PostLogistics. PostNetz und PostAuto wiesen ein negatives Ergebnis aus. Der Unternehmensmehrwert fiel mit -17 Millionen Franken erneut negativ aus, womit das Ziel des Bundesrates nach einer nachhaltigen Sicherung und Steigerung des Unternehmenswertes nicht erreicht werden konnte. Die Dividendenausschüttung an den Bund wird auf 50 Millionen reduziert.

Gestützt auf den externen Auditbericht 2019 kommt der Bundesrat zum Schluss, dass die Post die Vorgaben für ein Konzern-Risikomanagement nach ISO31000 in der Strategieperiode 2017-2020 erreicht hat. Er erwartet, dass System und Betrieb auch mit Blick auf die Herausforderungen in der kommenden Periode stetig weiterentwickelt werden.

Die Personalzufriedenheit im Konzern lag mit 74 Punkten einen Punkt über dem Vorjahresniveau. Die Post als sozialverantwortliche Arbeitgeberin engagiert sich mit verschiedenen Arbeitszeitmodellen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unterstützt die berufliche Weiterentwicklung und bietet rund 1900 Ausbildungsplätze.

Das Kerngeschäft der Post verändert sich: Die Briefmengen und Erträge gehen deutlich zurück, die Paketmengen wachsen dank E-Commerce, bedingen aber umfangreiche Investitionen. Auch der von PostFinance erwirtschaftete Zinsertrag sinkt. Die Post ist gefordert, auch unter diesen Umständen ihre Marktposition zu halten und die Grundversorgung eigenwirtschaftlich und in guter Qualität zu erbringen. PostFinance muss die regulatorisch notwendigen Eigenmittel sicherstellen.

Kennzahlen	2019	2018 ¹⁾
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	7'164	7'254
Konzerngewinn (Mio. CHF)	255	404
Bilanzsumme (Mio. CHF)	132'544	124'196
Eigenkapitalquote in %	5,2	5,4
Personalbestand (Vollzeitstellen)	39'670	39'932
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Personalzufriedenheit (Skala 0-100)	74	73
Dividende an Bund	50	200
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	1'807	1'898
Pakete Inland (Mio. Sendungen)	140	131
Veränderter Durchschnittsbestand Kundengelder (Mrd. CHF)	-4,2	2,0
Technischer Deckungsgrad PK in % ²⁾	108,0	102,0
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	87,5	89
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF) ³⁾	228	236
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

- 1) Die finanziellen Kennzahlen inkl. Personalbestand 2018 wurden rückwirkend angepasst
- 2) Provisorischer Wert
- 3) Abgeltungen Bund an PostAuto und für indirekte Presseförderung (Subventionsempfänger dieser CHF 50 Mio. pro Jahr sind jedoch die Verleger)

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Post gewährleistete die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs auch im vergangenen Jahr in guter Qualität und zu angemessenen Preisen.

Die Post vermochte die Zielwerte der Postgesetzgebung zu erfüllen. So erreichten 98 Prozent aller A-Post-Briefe und

99,3 Prozent aller B-Post-Briefe rechtzeitig den Empfänger. Bei den Paketen wies die Post im Bereich «Priority» eine Zustellpünktlichkeit von 95,3 Prozent aus, im Bereich «Economy» von 95,9 Prozent.

Per 1.1.2019 wurden mit der Teilrevision der Postverordnung (VPG) die Vorgaben zur Erreichbarkeit der Grundversorgungsdienstleistungen verschärft. So müssen neu 90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung eines Kantons (bisher ganze Schweiz) zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine Poststelle oder Postagentur innerhalb von 20 Minuten erreichen können. In Gebieten mit einem Hausservice gilt für die betroffenen Haushalte weiterhin eine Dauer von 30 Minuten. Neu müssen auch die Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs innerhalb von 20 Minuten erreicht werden können (bisher 30 Min.). Im Jahr 2019 hat die Post diese neuen Vorgaben in allen Kantonen für die Erreichbarkeit von Poststellen und Agenturen wie auch für den Zugang zu den Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs gewährleistet¹.

Die Gesamtzufriedenheit der Kundinnen und Kunden der Post lag bei 81 Punkten (Skala 1-100), was einen Rückgang um 2 Punkte gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Der grösste Rückgang verzeichnete PostFinance bei den Geschäftskunden (-4 Punkte), was nach Angaben der Post primär auf Preismassnahmen zurückzuführen ist. PostMail und PostLogistics vermochten die Werte zu halten.

Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich günstig. Unter Berücksichtigung von 15 Vergleichsländern belegte die Post bei den Briefen den 4. und Paketen den 5. Platz. Kaufkraftbereinigt belegte die Post bei den Briefen den 1. und bei den Paketen den 3. Rang.

Im Kommunikations- und Logistikmarkt setzten sich die Trends der vergangenen Jahre weiter fort: Bei den von der Post im Inland zugestellten adressierten Briefen betrug der Mengenrückgang 4,8 Prozent, und bei den Zeitungen 6,1 Prozent, wohingegen die Sendungen ohne Adresse um 0,5 Prozent zunahmen. Der boomende Onlinehandel führte zu einer Steigerung der von der Post im Inland zugestellten Pakete von 6,9 Prozent. Zur Verarbeitung dieser riesigen Paketmengen hat die Post im vergangenen Jahr ein neues regionales Paketzentrum in Cadenazzo in Betrieb genommen. Die Post vermochte ihre Marktanteile in den Geschäftsfeldern Kommunikation und Logistik, Finanzdienstleistungen und Personenverkehr weitgehend zu halten.

Die Post verfügt über ein angemessenes Risikomanagementsystem

Der Bundesrat beurteilt die Erfüllung des strategischen Ziels zum Risikomanagement des Postkonzerns einmal pro Strategieperiode vertieft, d.h. alle vier Jahre. Der Audit-Bericht vom Dezember 2019 stellt fest, dass das Risikomanagement die Anforderungen der ISO 31000:2018 erfüllt und der Komplexität der Organisation angemessen ist. Der Bundesrat ist daher der Ansicht, dass die Post das Ziel zum Risikomanagement in der Strategieperiode 2017-2020 erreicht hat. Er erwartet, dass die Post ihren Weg zur stetigen Verbesserung des Konzern-Risikomanagements weiterverfolgt.

2. **Finanzielle Ziele**

2. Finanzielle Ziele

Im Geschäftsjahr 2019 lag der Betriebsertrag um 90 Millionen unter dem Vorjahr. Das Betriebsergebnis (EBIT) betrug 450 Millionen (2018: 505 Mio.) und der Gewinn lag mit 255 Millionen 149 Millionen unter dem Vorjahreswert. Der Ergebnismrückgang widerspiegelt die Herausforderungen der Post wie die Mengenrückgänge und das Niedrigzinsumfeld, daneben wurden Wertminderungen und Rückstellungen bei PostNetz und PostAuto vorgenommen. Zum Gewinnrückgang führte zudem auch die reduzierte Beteiligung an assoziierten Unternehmen (TNT, Asendia), der Verkauf von CarPostal France und die handelsrechtliche Abschreibung des Goodwill bei PostFinance. Der Unternehmensmehrwert (bereinigtes Betriebsergebnis abzgl. Kapitalkosten) betrug im vergangenen Jahr -17 Millionen, womit das Ziel des Bundesrates nach einer nachhaltigen Sicherung und Steigerung des Unternehmenswertes nach 2018 auch im vergangenen Geschäftsjahr nicht erreicht werden konnte.

Das Betriebsergebnis wird nach wie vor hauptsächlich von PostMail (370 Mio.), PostLogistics (128 Mio.) und PostFinance (240 Mio.) getragen. Zu einer Verbesserung des Betriebsergebnisses kam es 2019 nur bei PostFinance, Swiss Post Solutions und PostAuto. PostNetz wies ein Ergebnis von -132 Millionen aus (-38 Mio. gegenüber dem Vorjahr). Dieser deutliche Rückgang gründete auf einer neuen Restrukturierungsrückstellung im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Vertriebsorganisation (Anpassung der Führungsstrukturen). Die Einbussen bei den Briefen und Einzahlungen konnten durch die Netzentwicklung, Ressourcenanpassungen sowie Effizienzsteigerungen kompensiert werden. Der Rückgang des Ergebnisses von PostLogistics (-17 Mio. gegenüber dem Vorjahr) stand im Zusammenhang mit dem Überfall auf einen Geldtransport und dem Verkauf einer Gesellschaft, was mit dem Anstieg der Paketmengen nur teilweise kompensiert werden konnte. Bei PostMail ging das Betriebsergebnis aufgrund der rückläufigen Brief- und Zeitungsmengen zurück. Das Ergebnis von PostFinance nahm zu, da die deutlich reduzierten Zinserträge über andere Mehrerträge (Marktwertschwankungen, Kommissions- und Dienstleistungsertrag) und Minderaufwände (Personal) kompensiert werden konnten. Wegen den 2019 umgesetzten Gebührenerhöhungen kam es zu einer Abnahme der Kundengelder. Die Anzahl Transaktionen wie auch die Anzahl E-Finance-Teilnehmer erhöhten sich

¹ Die beiden Aufsichtsbehörden PostCom und BAKOM werden diese Werte noch prüfen.

demgegenüber. PostAuto wies aufgrund von Wertminderungen und Rückstellungen in Zusammenhang mit PubliBike erneut ein negatives Betriebsergebnis aus. Auf der operativen Ebene vermochte PostAuto die Leistungen im Personenverkehr auch im vergangenen Jahr weiter auszubauen. So wurden in der Schweiz 167 Millionen Reisende transportiert und 1009 Millionen Personenkilometer gefahren. Die Marktanteile beim Regionalverkehr und beim Ortsverkehr konnten gehalten werden.

Die Rentabilität der Post war verglichen mit den grössten europäischen Postgesellschaften nach wie vor hoch. Das Nettovermögen der Post ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen (negative Nettoverschuldung). PostFinance übererfüllte zwar die regulatorischen Eigenmittelanforderungen für systemrelevante Banken; die FINMA hat indessen den per Mitte 2019 eingereichten Notfallplan insbesondere mangels glaubwürdiger Rekapitalisierung als «nicht umsetzbar» beurteilt und Frist zur Überarbeitung bis Herbst 2020 gesetzt.

Der Verwaltungsrat der Post beantragt eine Gewinnausschüttung von 50 Millionen, was einer Dividende von 35,71 Franken pro Aktie entspricht. Die Dividende ist damit 150 Millionen tiefer als in den vergangenen Jahren. Dies berücksichtigt die grossen wirtschaftlichen Herausforderungen (Mengenrückgänge, Niedrigzinsumfeld) und die anstehende strategische Weiterentwicklung und Transformation mit höherem Investitionsbedarf. Dies umfasst auch die Erfüllung der höheren Eigenmittelvorgaben durch PostFinance.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Post verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, bietet attraktive Anstellungsbedingungen, die ihre Konkurrenzfähigkeit sicherstellen, und engagiert sich mit geeigneten Massnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Personalbestand des Konzerns hat sich 2019 gegenüber dem Vorjahr um 262 Vollzeitstellen verringert. In der Schweiz kam es zu einer Abnahme von 411 Vollzeitstellen. Der Rückgang erfolgte wie schon in den vergangenen Jahren primär bei PostMail aufgrund der rückläufigen Sendungsmengen und Optimierungsmassnahmen bei den Sortier- und Zustellprozessen sowie bei PostNetz aufgrund der Netzentwicklung. Swiss Post Solutions, PostLogistics und PostAuto vermochten dank Geschäftswachstum ihren Personalbestand auszubauen. Rund 84 Prozent des gesamten Post-Personals ist in der Schweiz beschäftigt.

Die Personalzufriedenheit im Konzern konnte gegenüber dem Vorjahr um einen Punkt auf 74 Punkte erhöht werden. 2019 absolvierten insgesamt 1894 (2018: 2001) Lernende eine berufliche Grundbildung bei der Post. Der Anteil Lernender gemessen am gesamten Personalbestand in der Schweiz beträgt damit 5,7 Prozent.

Die Post engagiert sich mit verschiedenen Arbeitsmodellen und finanziellen Beiträgen an die familienexterne Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ebenso werden Aus- und Weiterbildungen finanziell und mit Arbeitszeiterleichterungen unterstützt. In der Schweiz arbeiten fast 50 Prozent aller Konzernmitarbeitenden Teilzeit (d.h. mit einem Beschäftigungsgrad unter 90%).

Die Post führt für die Post und die Postkonzerngesellschaften in der Schweiz Verhandlungen über den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags.

Rund 86 Prozent aller Mitarbeitenden der Post befindet sich in einem Arbeitsverhältnis auf der Grundlage der insgesamt 9 mit den Sozialpartnern (Syndicom und transfair) verhandelten Gesamtarbeitsverträge. Die Gesamtarbeitsverträge für Post CH AG, PostAuto AG und PostFinance AG gelten (gestützt auf eine vereinbarte Verlängerung) noch bis zum 31.12.2020. Die Verhandlungen für die neuen Gesamtarbeitsverträge ab 2021 wurden 2019 in Angriff genommen.

Die Post setzt sich im Gegenzug zu allfälligen ausserordentlichen Beiträgen an die Pensionskasse für einen massgeblichen Beitrag der Versicherten an die Finanzierung der Pensionskasse ein.

Die Pensionskasse der Post weist per Ende 2019 einen Deckungsgrad von 108 Prozent aus. Damit wird die Rückführung von Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht in Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht vorgesehen (550 Mio.), was den Deckungsgrad per 2020 auf 104,5 Prozent reduziert. Eine Arbeitgeberbeitragsreserve ohne Verwendungsverzicht kann freier verwendet werden, die Mittel verbleiben laut Post aber im «Vorsorgekreis».

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Post kann im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten im In- und Ausland Kooperationen eingehen, wenn diese das Kerngeschäft im Inland unterstützen oder eine andere strategisch-industrielle Logik aufweisen, zur Erreichung der strategischen Ziele und zur nachhaltigen Sicherung des Unternehmenswerts beitragen. Die Kooperationen müssenführungsmässig eng betreut werden und dem Risikoaspekt ist genügend Rechnung zu tragen. Im Ausland dürfen keine Beteiligungen an Gesellschaften mit Grundversorgungsverpflichtung eingegangen werden.

Die Post erzielte 2019 im Ausland einen Betriebsertrag von 1039 Millionen (davon 89 % in Europa), was 15,0 Prozent des Betriebsertrages des Konzerns entspricht. Das im Ausland erzielte Betriebsergebnis beträgt 67 Millionen bzw. 14,9 Prozent des Betriebsergebnisses des Konzerns. Die Rentabilität (EBIT-Marge) im Ausland liegt mit 6,4 Prozent knapp über derjenigen des Konzerns mit 6,3 Prozent. Der Bundesrat verfolgt die Entwicklung des Auslandsgeschäftes aufmerksam.

Das Joint Venture ASENDIA mit der französischen Post entwickelte sich in den vergangenen Jahren vom Brief- zum Kleinwarenversand (E-Commerce) und vermochte 2019 den Betriebsertrag und das Betriebsergebnis zu steigern.

6. zur Kenntnis zu nehmen, dass die Obergrenzen der Gesamtbeträge gemäss Art. 14 der Statuten «Die Schweizerische Post AG» im Jahr 2019 eingehalten wurden.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt mit Bericht vom 9. März 2020, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2019 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht. Sie empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung 2019 zu genehmigen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Post AG findet am 28. April 2020 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung,

1. den Lagebericht und die Jahresrechnung sowie die Konzernrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2019 zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 9. März 2020 zur Kenntnis zu nehmen.

2. den verfügbaren Gewinn folgendermassen zu verwenden:

Gewinnvortrag	CHF 450'763'918
Jahresgewinn 2019	CHF -377'239'268
Entnahme aus freien Reserven	<u>CHF 0</u>
Verfügbarer Bilanzgewinn	CHF 73'524'649
Brutto Dividende	<u>CHF 50'000'000</u>
Vortrag auf neue Rechnung	<u>CHF 23'524'649</u>

3. den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen. Die beantragte Entlastung bezieht sich ausdrücklich auf Handlungen im Geschäftsjahr 2019, die eingeschränkte Entlastung für die Jahre 2017 und 2018 bleibt bestehen.

4. die Ernst & Young AG in Bern für das Geschäftsjahr 2020 als Revisionsstelle zu wählen.

5. die Obergrenzen für den Gesamtbetrag der Honorare des Verwaltungsrates (inkl. VRP) von 1'082'200, des Verwaltungsratspräsidenten von 253'500 und der Entlohnung der Konzernleitung (inkl. Konzernleiter) von 5'970'204 für das Geschäftsjahr 2021 zu genehmigen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 20. März 2020 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Schweizerischen Post AG zuzustimmen.

Skyguide

Internet: www.skyguide.ch

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99,97 %

Verwaltungsrat: Walter T. Vogel (Präsident), Bernhard Müller, Anne Bobillier, Jean-Yves Bonvin, Andreas Schmid, Cristina Feistmann, Dominik Hänggi (Personalvertreter)

CEO: Alex Bristol

Ext. Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers, Pully

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Im Jahr 2019 hat Skyguide die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Skyguide besorgt im Auftrag des Bundes die zivile und militärische Flugsicherung in der Schweiz und in angrenzenden Gebieten. Neben zwei Kontrollzentren in Genf und Dübendorf betreibt Skyguide zwölf weitere Unternehmensstandorte (Regional- und Militärflugplätze).

Skyguide hat im Berichtsjahr den hoheitlichen Auftrag erfüllt. Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Die von Skyguide verursachten Verspätungen im zivilen Luftverkehr fielen im internationalen Vergleich gering aus. Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe entsprach den Anforderungen.

Die Wirtschaftlichkeit des Betriebs war, gemessen an den Voraussetzungen, zufriedenstellend. Die Gebühren für Transitflüge und für An- und Abflüge auf den Landesflughäfen wurden gesenkt, blieben im europäischen Vergleich aber sehr hoch. Die Kosten konnten weiter reduziert werden. Die von Skyguide gesetzten Ziele bezüglich Kosten pro Überflug und Anflug auf die Landesflughäfen wurden jedoch verfehlt. Die Jahresrechnung schloss mit einem Defizit von 4,4 Millionen Franken ab. Das Ergebnis der Geschäftstätigkeiten ausserhalb des hoheitlichen Auftrags (Drittgeschäfte) konnte dank Restrukturierungen wesentlich verbessert werden. Das Defizit betrug noch 77'000 Franken.

Der neue Gesamtarbeitsvertrag mit dem Lotsenpersonal trat gegen Ende des letzten Berichtsjahres in Kraft. Skyguide hat im Berichtsjahr den Dialog unter den Sozialpartnern gepflegt, um einerseits die „Just Culture“ zu festigen und andererseits die Herausforderungen des Rentenalters mittels Karrieremodellen für Flugverkehrslotsinnen und -lotsen zu adressieren.

Der Aufbau von ausreichenden Personalressourcen zur Sicherstellung des permanenten Bereitschaftsdienstes der Luftwaffe ab 2020 («LP24») schritt planmässig voran, wenn auch ohne Personalreserven. Der Aufbau der Ressourcen und die bessere Integration von ziviler und militärischer Flugsicherung bleiben aber eine Herausforderung.

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen¹⁾ und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	472,1	484,4
Nettoergebnis (Mio. CHF)	-4,4	-7,9
Bilanzsumme (Mio. CHF)	677,5	665,1
Eigenkapitalquote in %	47,4	49,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	1 368	1 407

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Anzahl kontrollierte Flüge (Mio.)	1,305	1,299
Pünktlichkeit (% der Flüge)	96,7	96,5
Ø Verspätung pro Flug ²⁾ (Sek.)		
Überflug	6.8	9.9
Anflug Zürich	8.9	8.6
Anflug Genf	4.7	8.2
Militärische Flugbewegungen	94°519	88 205
Ø Streckenfluggebühr (EUR)	95,6	97,9
Technischer Deckungsgrad PK in %	105,4³⁾	99,0

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ⁴⁾	44,3	43,2
Gebühren (Mio. CHF) ⁵⁾	410,8	425,3

¹⁾ Gemäss konsolidiertem Abschluss

²⁾ Von Skyguide verursachte Verzögerung pro Überflug/Flughafenbewegung

³⁾ Provisorischer Wert

⁴⁾ Für nicht kostendeckende Leistungen in ausländischen Lufträumen und gebührenbefreite Flüge, gemäss Bundesrechnung.

⁵⁾ Flugsicherungsgebühren, einschliesslich Entschädigung der Luftwaffe

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Skyguide erfüllte im Berichtsjahr ihren hoheitlichen Auftrag.

Überdurchschnittlicher Sicherheitsstandard im europäischen Quervergleich; hoch entwickelte Sicherheitskultur

Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Die Anzahl Verletzungen der Sicherheitsabstände ist weiter zurückgegangen auf weniger als 8 Vorfälle pro 100'000 Flüge. Es waren keine gravierenden Vorkommnisse zu verzeichnen. Nach den Kriterien der EASA erreichte die Sicherheitskultur von Skyguide einen im internationalen Vergleich hohen Reifegrad.

Beitrag zu einem sicheren, pünktlichen Luftverkehr; Wirtschaftlichkeitsziele jedoch knapp verfehlt

Die Pünktlichkeitswerte in der Zivilluftfahrt konnten bei nahezu konstantem Verkehrsaufkommen leicht verbessert werden. Sie sind im internationalen Vergleich weiterhin auf einem hohen Niveau. Verfehlt wurden die gesetzten Ziele bezüglich Kosten pro Überflug und pro Anflug.

Termingerechte Schaffung der Voraussetzungen des 24-Stunden-Betriebes des Luftpolizeidienstes

Die von der Luftwaffe geforderte Einsatzbereitschaft wurde gewährleistet. Die Rekrutierung und Ausbildung von zusätzlichen militärischen Flugverkehrs- und Einsatzleitenden im Hinblick auf die Einführung des permanenten Luftpolizeidienstes per 2020 schritt planmässig voran. Personalreserven gibt es jedoch keine. Der Aufbau der Ressourcen und die Integration von ziviler und militärischer Flugsicherung, bleibt eine Herausforderung. Falls die rechtzeitige Rekrutierung und erfolgreiche Ausbildung von taktischen Flugverkehrsleitern von Skyguide nicht sichergestellt werden kann, sind Einschränkungen im operationellen Training nicht zu verhindern.

Umfassende und vorausschauende Vorbereitung auf den absehbaren Strukturwandel, jedoch offene Fragen zur Finanzierung

Skyguide wirkte an verschiedenen Projekten und Programmen der EU-Initiative «Single European Sky» mit, deren Ziel es war, die Effizienz des europäischen Flugsicherungssystems zu verbessern. Mit einem Fokus auf innovative technische und operative Lösungen – u.a. «Virtual Center Switzerland» (Vernetzung der Kontrollzentren Genf und Dübendorf) und «U-Space» (Registrierung und Kontrolle von Drohnen) rüstete sich Skyguide für den absehbaren Strukturwandel im Flugsicherungswesen. Die Finanzierung von allfälligen neuen hoheitlichen Aufgaben im Zusammenhang mit Flugbewegungen von Drohnen ist jedoch noch zu klären.

2. Finanzielle Ziele

Ausgeglichenes Ergebnis, Steigerung der Effizienz, nachhaltige Gebührenpolitik

Skyguide ist gemäss Luftfahrtgesetz eine nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft. Der Bundesrat erwartet ein ausgeglichenes Ergebnis. Mit einem Resultat von -4,4 Millionen Franken (Vorjahr: -7,9 Mio. CHF, - 44%) verfehlte Skyguide dieses Ziel. Grund dafür war die Reduktion der

Abgeltungen des Bundes für nicht bezahlte Flugsicherungsdienstleistungen in delegierten angrenzenden Lufträumen um 8,3 Millionen Franken. Ohne diesen von Skyguide nicht beeinflussbaren Effekt hätte das Ergebnis +3,9 Millionen Franken betragen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände bewegte sich der Jahresabschluss im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der strategischen Ziele des Bundesrates.

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeiten ausserhalb des hoheitlichen Auftrags von Skyguide (z.B. Ausbildung ausländischer Fluglotsinnen und Fluglotsen) konnte dank den eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen deutlich verbessert werden. Der Verlust betrug noch 77'000 Franken (Vorjahr: -8,3 Mio. CHF). Ziel ist, dass Drittgeschäfte entweder einen positiven Beitrag zum Unternehmensergebnis liefern oder aufgegeben werden.

Die Flugsicherungsgebühren wurden im Transitverkehr um 2,3 Prozent und für den An- und Abflug auf den Landesflughäfen um 1,5 Prozent gesenkt. Trotzdem blieben sie die mit Abstand höchsten in Europa.

Die Abgeltungen des Bundes an Skyguide stiegen um 1,1 Millionen Franken auf 44.3 Millionen Franken. Sie machten rund 9,6 Prozent (Vorjahr: 9,1 %) der Erträge von Skyguide aus.

Erhöhung des Kostendeckungsgrades der An- und Abflugsicherungsdienste auf den Regionallflugplätzen

Das zusammen mit dem BAZL und dem Verband der Schweizer Flugplätze vereinbarte Massnahmenpaket mit dem Ziel, den Kostendeckungsgrad der Flugsicherung auf Regionallflugplätzen zu erhöhen, konnte nicht wie geplant umgesetzt werden. Unter Federführung des BAZL wird weiterhin nach einer nachhaltigen Finanzierungslösung für die Flugsicherung auf Regionallflugplätzen gesucht. Skyguide beteiligte sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an diesem Prozess. Ihr Kostensenkungsziel hat Skyguide um rund 3.4 % (rund 900'000 CHF) verfehlt, weil die Ausbildung intensiviert wurde, um genügend Personal zur Verfügung stellen zu können.

Nettoverschuldung von weniger als 2x EBITDA

Die Nettoverschuldung betrug 53,2 Millionen Franken, was einer Verschuldungsquote von 0,5 x EBITDA entsprach. Gegenüber dem Vorjahr (108,8 Mio. CHF) hat sich die Nettoverschuldung halbiert.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik; zukunftsgerichtete Weiterentwicklung mit Sozialpartnern; zeitgemässe Grundbildung, nachhaltige Aus- und Weiterbildung

Skyguide ist eine verantwortungsbewusste Arbeitgeberin mit einer modernen Personalpolitik. Die Transformationsdynamik im Unternehmen und im Berufsbild war eine Herausforderung. Skyguide legte daher im Jahr 2019 einen

Schwerpunkt auf die Kommunikation gegenüber den Mitarbeitenden und die Begleitung des Transformationsprozesses. Darüber hinaus wurden verschiedene Anstrengungen unternommen, um die Gesundheit am Arbeitsplatz zu erhöhen und die Wiedereingliederung zu verbessern.

Die Ausbildung hat im Unternehmen einen hohen Stellenwert. Daher bietet das Unternehmen insgesamt 14 Lehrstellen mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis-Abschluss (EFZ) als Kaufmann/Kauffrau und Informatiker/Informatikerin an. Um den zukünftigen Bedarf an zivilen und militärischen Fluglotsinnen und Fluglotsen zu decken wurden 2019 insgesamt 88 Personen ausgebildet. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch vor zwei Jahren.

Die anerkannten Sozialpartner von Skyguide umfassten fünf Personalverbände bzw. Gewerkschaften. Die Sozialpartnerschaft wurde durch regelmässige Treffen gepflegt. Der konstruktive Dialog war wichtig. Die anstehenden Herausforderungen lassen sich aus Sicht des Bundesrats am besten gemeinsam und im Dialog lösen.

Der Personalbestand nahm im Berichtsjahr um 2,8 Prozent auf 1'368 Vollzeitstellen ab. Es absolvierten 64 Fluglotsinnen und Fluglotsen und 16 Lernende in technischen und kaufmännischen Berufen eine Ausbildung bei Skyguide.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Kooperationen sind zulässig nach Luftfahrtgesetz, unterstützen den gesetzlichen Auftrag/weisen eine unternehmerische Logik auf, tragen zur Erreichung der strategischen Ziele bei, können führungsmässig eng betreut werden und tragen dem Risikoaspekt genügend Rechnung

Zum Konsolidierungskreis von Skyguide gehören die Tochtergesellschaften Skysoft AG, Skynav AG und Swisscontrol AG. Zudem besteht seit 2008 eine 8,33 Prozent-Beteiligung am «European Satellite Services Provider» (ESSP) mit Sitz in Portugal. Im Berichtsjahr ging Skyguide keine neuen Kooperationen mit in- und ausländischen Partnern ein.

Die internationale (Forschungs- und Entwicklungs-) Zusammenarbeit im Rahmen von SES, SESAR und FABEC wurde fortgeführt.

Alle Beteiligungen und Kooperationen von Skyguide standen im Einklang mit dem Luftfahrtrecht und mit den strategischen Zielen des Bundesrates.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Jahresrechnung 2019 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsinteressen der Eigenossenschaft gegenüber Skyguide werden gemeinsam durch das UVEK und das VBS wahrgenommen.

Für die ordentliche Generalversammlung von Skyguide beantragt der Verwaltungsrat der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die statutarische Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2019 zu genehmigen;
2. das Bilanzergebnis wie folgt zu verwenden:
 - Zuweisung an die allgemeine Reserve: 0 Millionen Franken
 - Auflösung der übrigen Reserven: -5,548 Millionen Franken
 - Vortrag auf neue Rechnung: 1,130 Millionen Franken;
3. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen;
4. Doris Barnert, CFO Swissgrid, für eine Amtsperiode (d.h. bis zu den Gesamterneuerungswahlen an der GV 2021) in den Verwaltungsrat zu wählen;
5. die Firma PricewaterhouseCoopers AG (PwC) in Zürich, Niederlassung Pully, für die Dauer von einem Jahr in ihrem Amt als statutarische Revisionsstelle von Skyguide zu bestätigen
6. folgende maximalen Obergrenzen für die Gesamtvergütungen im Geschäftsjahr 2021 zu genehmigen:
 - a) 310'000 Franken für die Mitglieder des Verwaltungsrates (ohne Vorsitz);
 - b) 140'000 Franken für den Präsidenten des Verwaltungsrates;
 - c) 3'950'000 Franken für die Mitglieder der Geschäftsleitung.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 20. März 2020 das UVEK und das VBS, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung von Skyguide zuzustimmen.

Schweizerisches Nationalmuseum (SNM)

Internet: www.nationalmuseum.ch

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Museumsrat: Tim Guldemann (Präsident), Ladina Heimgartner (Vizepräsidentin), Sonia Abun-Nasr (seit 15.03.2019), Sandrine Giroud, André Holenstein, Marie-France Meylan Krause, Fulvio Pelli, Stefano Stoll

Direktor: Andreas Spillmann

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Mit dem Abschluss der Sanierungsarbeiten im Ostflügel des Landesmuseums im Sommer 2020 wird die 15-jährige Bauphase, die insbesondere noch einmal das 2019 geprägt hat, abgeschlossen. Das SNM hat die Ziele des Bundesrats 2019 erfüllt. Im Allgemeinen ging es dabei um die Darstellung der Geschichte und die Auseinandersetzung mit der vielfältigen Identität der Schweiz. Zudem ist das SNM ein museologisches Kompetenzzentrum und sammelt kulturhistorische Objekte.

Mit insgesamt 369'873 Eintritten blieb das Zuschaueraufkommen stabil (2018: 369'324). Die Ausstellungen des SNM zeichnen sich durch ihre Vielfalt an den drei Standorten aus. In Zürich wurde die Dauerausstellung «Geschichte Schweiz» eröffnet, welche den Aufbau der demokratischen Institutionen bis zur Gegenwart thematisiert. In der Ausstellung «Sündenbock» wurde Gewalt von Gruppen gegen Einzelnen untersucht und mit der Ausstellung «Indiennes – Stoff für tausend Geschichten» die Verflechtungsgeschichte der indischen und europäischen Baumwolltextilien erzählt. Im Forum Schweizer Geschichte wurde eine Ausstellung den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern gewidmet. Im Chateau de Prangins war die Ausstellung «A table! Que mange la Suisse?» zu sehen.

Bei den Leihgaben erhöhte sich die Zahl der Ausleihen um 45 Prozent. Auch 2019 führte das SNM Nachforschungen auf dem Gebiet der Raubkunst weiter. Die zwei verbleibenden, als verdächtig eingestuft Objekte, wurden in der Lost-Art Datenbank aufgenommen.

Das Berichtsjahr schloss mit einem Aufwandüberschuss von rund 3,2 Millionen Franken ab, hauptsächlich bedingt durch die Inbetriebnahme des sanierten Westflügels und den damit zusammenhängenden Eröffnungen von Dauerausstellungen. Der Bundesrat stellt fest, dass das SNM diesen zusätzlichen Aufwand mit Ertragsüberschüssen aus den Vorperioden finanzieren konnte.

Der Personalbestand wurde aufgrund der durch den Neubau vergrösserten Ausstellungsfläche mit zusätzlichen Aufseherinnen und Aufsehern erhöht (194 FTE gegenüber 185 im 2018).

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	58.6	58.9
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	-3.2	-1.1
Bilanzsumme (Mio. CHF)	14.7	16.7
Eigenkapitalquote in %	34.5	49.4
Personalbestand (Vollzeitstellen)	194	185

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Museumsbesuchende Zürich	302 304	296 657
Museumsbesuchende Prangins	40 607	47 327
Museumsbesuchende Schwyz	26 962	25 340
Anzahl Neuinventarisierungen	9 517	22 134
Anzahl Leihgaben	1 142	790
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen (Mio. CHF) ¹	6.4	6.1
Erhaltene Zuwendungen (Mio. CHF)	1.12	1.43
Techn. Deckungsgrad PUBLICA ² in %	107.4	103.7
Ökonom. Deckungsgrad PUBLICA ² in %	90.6	89.0

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	30.6	30.3
Gebühren (Mio. CHF)	20.3	20.9

¹ Neue Kennzahl mit besserer Vergleichbarkeit

² für 2019 provisorische Werte

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Das Schweizerische Nationalmuseum (SNM) sorgt dafür, dass das Verständnis für die schweizerische Geschichte und die vielfältige kulturelle Identität der Schweiz vertieft und verbreitet wird. Hierzu pflegt das SNM eine einzigartige Sammlung schweizerischen Kulturguts. Für das

SNM gilt es, mit qualitativ hochstehenden und originellen Museumsangeboten die heutige Schweiz verstehbar und fassbar zu machen. Die Herausforderung besteht darin, dieses Ziel für unterschiedliche Publikumssegmente zu erreichen.

Insgesamt konnten die Museen des SNM das Besucherniveau des Vorjahrs knapp übertreffen. Im vergangenen Jahr besuchten erstmals über 300'000 Personen das Landesmuseum Zürich (+2 %). Auch das Forum Schweizer Geschichte Schwyz übertraf den Vorjahreswert (+6 %). Die Besucherzahlen im Château de Prangins lagen zwar unter dem Vorjahreswert (-14 %), jedoch deutlich über dem Durchschnitt der letzten 4 Jahre. Das Jahr 2018 verzeichnete aufgrund der Feierlichkeiten des 20-jährigen Jubiläum des Château de Prangins eine überdurchschnittliche Anzahl Eintritte.

Vielfältige Ausstellungsprogrammierung

Nach 10-jähriger Laufzeit wurde die Dauerausstellung «Geschichte Schweiz» im Landesmuseum Zürich komplett überarbeitet und neu eröffnet. Auf 1000 m² beschreibt die Ausstellung das Werden der Schweiz über einen Zeitraum von 550 Jahren. Der Gang durch die Jahrhunderte beginnt am Ende des Mittelalters und endet mit den globalen Herausforderungen für die demokratischen Institutionen der Gegenwart. Ebenfalls nach 10-jähriger Laufzeit konnte die Ausstellung zu den Sammlungen neu eröffnet werden. «Sammlung im Westflügel» zeigt im sanierten Gebäudetrakt über 7'000 Exponate aus den eigenen Beständen. Der Westflügel wurde in den Zustand von 1898 zurückgeführt, aber mit zeitgenössischer Technik ausgerüstet.

Im Neubau des Landesmuseums Zürich wurde einerseits die Ausstellung «Sündenbock» gezeigt, welche die kollektive Gewalt von Gruppen gegen Einzelne von der Vorzeit bis in die Gegenwart untersuchte, und andererseits die Ausstellung «Indiennes – Stoff für tausend Geschichten», welche die Verflechtungsgeschichte der indischen und europäischen Baumwolltextilien erzählte: der Kern der erfolgreichen Ausstellung im Château de Prangins wurde übernommen und mit diversen Themen erweitert.

Das Forum Schweizer Geschichte Schwyz widmete die Ausstellung «Die Schweiz anderswo» den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern und thematisierte gleichzeitig die Gründung der Auslandschweizer-Organisation um 1916. Anhand von Exponaten, historischen Fotografien und Filmen beleuchtete die Ausstellung eine breite Palette von Emigrations-Geschichten.

Im Château de Prangins wurde die Ausstellung « A table ! Que mange la Suisse ? » gezeigt. Die Ausstellungsthemen sprachen Trends und Tabus, Herkunft und Produktion, Tafelkultur und Tischsitten, Hunger und Überfluss, Fleischkonsum und die Zukunft des Essens an. In Prangins wurde die bereits im Forum Schweizer Geschichte Schwyz und Landesmuseum Zürich gezeigte Ausstellung um einen Westschweizer Teil mit den Schwerpunkten Fischerei im Wandel der Zeit und Slow Food erweitert.

Alle Ausstellungshäuser konnten aufgrund der Themenvielfalt und der begleitenden Angebote ein breites Publikum sowie zahlreiche Schulklassen aller Altersstufen ansprechen.

Wissenschaftliche Arbeit an der Sammlung

Schwerpunkte der Erforschung der Sammlungsbestände waren im 2019 umfangreiche Konservierungsarbeiten, die Aufarbeitung einzelner Sammlungsbestände sowie die Provenienzforschung. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der über 2000 Fingerringe umfassenden Sammlung der Alice und Louis Koch-Stiftung konnte abgeschlossen werden. Bei der Provenienzforschung lag der abschliessende Schwerpunkt bei der vertieften Prüfung der Objekte aus den sensiblen Bereichen, d.h. der mittelalterlichen Flachtextilien, der Edelmetalle und der Skulpturen.

Leistungen für Dritte

Die Aufträge von kantonalen und städtischen Fachstellen nahmen leicht ab (2019: Aufträge im Wert von 339'000 CHF, 2018: Aufträge im Wert von 522'000 CHF). Für die Kantone Bern, Solothurn, Tessin, Zug und Zürich wie auch für das Musée Avenches, die Abegg-Stiftung und die Universität Zürich führte das SNM umfangreiche Aufträge in den Bereichen Konservierung-Restaurierung wie auch Konservierungsforschung aus. Dazu gehörten Materialanalysen, Schadstofftests an Ausstellungsmaterialien sowie die Konservierung und Restaurierung von umfangreichen Konvoluten für Objekte aus neolithischen, eisenzeitlichen und frühmittelalterlichen Unterwasser-, Grab- und Siedlungsfunden.

Weitere Erträge des SNM aus gewerblichen Leistungen für Dritte stammen aus der Verpachtung der Gastronomieinfrastruktur in Zürich und Prangins, aus Verkäufen der Museumsshops und aus den Raumvermietungen; etwa des Innenhofs des Landesmuseums Zürich oder des eigenen Auditoriums Willy G.S. Hirzel.

Leihwesen

Im Vergleich zum Vorjahr ersuchten mehr Museen nach mehr Objekten aus der Sammlung des SNM, darunter renommierte Häuser wie die Royal Academy of Arts in London, das House of European History in Brüssel oder die Fondation Vincent van Gogh in Arles. Im Berichtsjahr wurden 1142 Objekte für 82 Ausstellungen ausgeliehen (2018: 790 Objekte für 78 Ausstellungen).

Sicherung eines repräsentativen Kulturerbes

Entsprechend dem aktualisierten Sammlungskonzept fanden u.a. die folgenden Objekte Eingang in die 14 Sammlungsbestände des SNM:

- Es wurde eine seltene Allianzwappenscheibe von 1838 angekauft. Beim Glasgemälde handelt es sich um eine Hochzeitsscheibe für Bernhard Friedrich von Wattenwyl und Elisabetha Magdalena Luisa de Portes.

- Die Erben der international bekannten Schweizer Keramikkünstlerin Margrit Linck (1897-1983) schenkten dem SNM mehrere Gefässe aus dem Nachlass.
- Für das zeitgenössische Schaffen konnten im Bereich Möbel Ankäufe vom Westschweizer Möbeldesigner Yves Boucard (*1953) und vom Tessiner Architekten Rino Tami (1908-1994) getätigt werden.
- Das SNM ergänzte die Indiennes-Sammlung mit einem vollständig erhaltenen Baldachinbett aus der Manufaktur Jouy.
- Als Geschenk erhielt das SNM eine repräsentative Auswahl der wichtigsten Arbeiten der international bekannten Schweizer Grafiker Roger Pfund (*1943), Pierre Keller (1945-2019) und Tino Steinemann (*1945).
- Als Geschenk durfte das SNM von Alt-Bundesrätin Doris Leuthard ihren an der Eröffnung des Gotthard-Basis Tunnels im Juni 2016 getragenen Mantel entgegennehmen.

Bauprojekte

Die Sanierungsarbeiten im Westflügel des Landesmuseums Zürich konnten abgeschlossen werden. Die Bauarbeiten der letzten Sanierungsetappe schreiten planmässig voran. Die Sanierungsarbeiten des Landesmuseums Zürich sollen nach einer 15-jährigen Planungs-, Bau- und Renovierungsphase im Sommer 2020 zum Abschluss kommen.

2. Finanzielle Ziele

Das SNM zeichnet sich in seiner Leistungserbringung durch wirtschaftliches Handeln aus. Dazu werden geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse eingesetzt.

Das Berichtsjahr schloss infolge der periodischen Erneuerung der Dauerausstellungen in Zürich und Prangins wie budgetiert mit einem Aufwandüberschuss von 3,2 Millionen Franken ab. Der Umsatz war mit 58,6 Millionen rund 0,3 Millionen tiefer als 2018. Der Bundesbeitrag an das SNM stieg zwar gegenüber 2018 von 30,3 Millionen auf 30,6 Millionen an, lag aber im Jahr 2017 auf 30,9 Millionen. Die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen stiegen um rund 0,3 Millionen auf 6,4 Millionen an. Diese Erhöhung wurde hauptsächlich durch erstmalige Einnahmen aus dem Ausstellungsbetrieb «Einfach Zürich» erwirtschaftet.

Das Total der Aufwendungen resultiert rund 1,6 Millionen Franken über dem Vorjahr. Der Personalaufwand hat um 0,8 Millionen abgenommen. Die Abnahme begründet sich mit der letztjährigen a. o. Auflösung der Arbeitgeberbeitragsreserven (-1,6 Mio.); dem gegenüber stehen die Erhöhung des Stellenetats (+9 FTE bzw. + 4.9 % in Folge der Eröffnung des Westflügels im Landesmuseum Zürich), die ordentlichen PEG-Massnahmen, die Teuerung sowie einer Erhöhung der Rückstellungen für Ferien- und Überzeit.

Der Anstieg der Sachaufwendungen ist die Folge der Einrichtung neuer Dauerausstellungen in Zürich und in

Prangins. Die effektiv getätigten Objektankäufe übertrafen das hierfür vorgesehene Ankaufsbudget; die Differenz von 0,014 Millionen wurde dem Fonds «Ankäufe» im Organisationskapital entnommen.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen Franken reduziert: Zwar erhöhten sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten um 1,3 Millionen, andererseits wurde der Aufwandüberschuss von 3,2 Millionen Franken mit Mitteln des Fonds «Ausstellungen» im Organisationskapital gedeckt. Entsprechend sank die Eigenkapitalquote von 49,4 auf 34,5 Prozent.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das SNM verfolgt eine verantwortungsbewusste, transparente und verlässliche Personalpolitik, die sich an der Personalpolitik des Bundes orientiert.

Der Personalbestand beträgt per Ende 2019 194 FTE (2018: 185), verteilt auf 337 Mitarbeitende (2018: 319), davon 34,4 Prozent Männer und 65,6 Prozent Frauen. Der zusätzliche Personalbedarf stand im Zusammenhang mit der Eröffnung des Westflügels im Landesmuseum und betrifft Personal für den Besucherdienst. Ohne Mitarbeitende im Stundenlohn, welche vorwiegend während dem Studium im Besucherdienst oder als Fachreferent/innen arbeiten, und ohne befristete Arbeitsverträge von Mitarbeitenden, die an den neuen Dauerausstellungen mitgearbeitet haben, beträgt die Fluktuationsrate 5,3 Prozent (2018: 4,1 %). 43 Mitarbeitende mit Führungsverantwortung waren im SNM tätig, dies bei einem Frauenanteil von 48,8 Prozent.

Fachkompetenzen werden durch individuelle Weiterbildung gefördert. Die transparente und zeitnahe Information wird mittels Intranet, vierteljährlicher Informationsveranstaltungen und durchgängiger Information seitens der Führungsverantwortlichen sichergestellt. Jährlich findet ein Austausch mit den Sozialpartnern und dem Personalausschuss statt.

Die Verteilung der Muttersprachen ergab per Ende 2019 einen Anteil von 70,9 Prozent mit deutscher (2018: 70,2 %), 9,8 Prozent mit französischer (2018: 11,0 %), 6,5 Prozent mit italienischer (2018: 7,2 %) und 0,3 Prozent mit rätoromanischer Muttersprache (2018: 0,6 %). 12,5 Prozent der Mitarbeitenden haben eine andere Muttersprache als eine der Landessprachen angegeben (im Vorjahr 11,0 %). Die Vorgaben des Bundes zur Mehrsprachigkeit wurden nur teilweise erreicht, da mit der Eröffnung des Erweiterungsbaus und den Eröffnungen der Dauerausstellungen im Landesmuseum Zürich der Personalbestand im Bereich Besucherdienste und Besucherbetreuung an einem deutschsprachigen Standort erhöht wurde.

2019 waren 19 Praktikant/innen während oder direkt nach einem Fachhochschul- oder Hochschulstudium im SNM tätig. Zudem sind sechs Lernende in den Berufen kaufmännische/r Angestellte/r, Gebäudereiniger/in, Detailhandelsangestellte/r, Informatiker/in EFZ und Polydesigner/in 3D beschäftigt.

Die Beschäftigung und Integration von Menschen mit Behinderungen bleibt ein wichtiges Anliegen: Im SNM sind sechs Mitarbeitende mit einer Behinderung beschäftigt. Zudem nahmen 12 Personen an einer Arbeitsintegrationsmassnahme teil.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Nachfrage nach Zusammenarbeit mit dem SNM seitens Ausbildungsinstitutionen ist konstant hoch. Im Berichtsjahr konnten zwei neue Forschungsk Kooperationen gestartet werden.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Ausbildungsinstitutionen absolvierten Studierende im Bereich Konservierung und im Bereich Sammlungs- und Ausstellungsarbeit Praktika im SNM. Ausserdem wurden für (Fach-)Hochschulen in der ganzen Schweiz diverse Ausbildungsmodule im Bereich Kulturgütererhaltung, Materialanalytik und Museologie durchgeführt. Mitarbeitende des SNM engagierten sich weiter als Experten in Kommissionen von Hochschulen, kantonalen Institutionen, nationalen Expertengremien und Museen und referierten an Tagungen im In- und Ausland.

Das Projekt MICMAC (Microbes for the Archaeological wood Conservation) sowie das Projekt zur Erforschung und Entwicklung eines konservatorisch-restauratorischen Massnahmenkonzepts der zu Beginn des 20. Jahrhunderts abgenommenen Wandmalereifragmente aus der Klosterkirche St. Johann in Münstair starteten.

Im Rahmen der Vorbereitungen für die neue Dauerausstellung zu den Indiennes-Stoffen im Château de Prangins fand ein wissenschaftlicher Austausch zwischen der Schweiz und Senegal statt. Ein Experte aus dem Musée Théodore-Monod d'art africain IFAN-CAD in Dakar weilte diesbezüglich für 14 Tage im Château de Prangins.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) hat die Jahresrechnung 2019 bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals, Geldflussrechnung und Anhang für das Berichtsjahr geprüft. Nach Beurteilung der KPMG AG wurde diese in Einklang mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER und dem schweizerischen Gesetz erstellt. Die KPMG AG erachtet die Jahresrechnung als ordnungsgemäss und empfiehlt, diese zu genehmigen, und bestätigt zudem, dass ein gemäss den Vorgaben des Museumsrates ausgestaltetes IKS für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Museumsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2019 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung zu genehmigen und den vertieften Bericht über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2018 – 2019 gutzuheissen, sowie den Museumsrat für das Geschäftsjahr 2019 zu entlasten und den Revisionsbericht der KPMG AG zur Kenntnis zu nehmen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 24. April 2020 den Geschäftsbericht 2019 inklusive des eigenständigen Anhangs zur Jahresrechnung genehmigt, den Bericht des Museumsrates des SNM über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2019 sowie den vertieften Bericht des Museumsrates des SNM über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2018–2019 gutgeheissen und den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Museumsrates für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Der Bundesrat hat am 15. März 2019 Sonia Abun-Nasr als Nachfolgerin von Pio Pellizzari, der per Ende 2018 aus dem Museumsrat des SNM ausgeschieden ist, in den Museumsrat gewählt.

Der Museumsrat hat auf Empfehlung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) beschlossen, die Anwendung von Benchmarks zu erweitern. Der Bundesrat erwartet, dass die diesbezüglichen Arbeiten weitergeführt und auf Beginn der neuen Periode 2021 abgeschlossen sind. Dies betrifft auch die Festlegung von Indikatoren und Zielwerten.

Pro Helvetia

Internet: www.prohelvetia.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: öffentlich-rechtliche Stiftung

Stiftungsrat: Charles Beer (Präsident), Marie-Thérèse Bonadonna, Susanna Fanzun, Marco Francioli, Hannes Gassert, Françoise König Gerny, Johannes Schmid-Kunz, Karl Schwaar (ab 23.4.2019), Nicole Seiler, Peter Siegenthaler (bis 31.3.2019)

Direktion: Philippe Bischof

Ext. Revisionsstelle: OBT AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Neben den regulären Aktivitäten in der Kulturförderung war das Berichtsjahr 2019 auch geprägt durch die Sanierungsarbeiten der denkmalgeschützten Liegenschaft durch die Stadt Zürich. Die vom Bundesrat gesetzten strategischen Ziele 2016 – 2020 konnten durch die Stiftung Pro Helvetia umgesetzt werden. Sie trägt zur Förderung von Schweizer Kunst und Kultur im Inland wie im Ausland bei.

In der Schweiz unterstützte Pro Helvetia 2019 1611 Kunst- und Kulturvorhaben (2018: 1644). Die Stiftung hat gegenüber dem Vorjahr die Anzahl an unterstützten Projekten von Schweizer Kunst- und Kulturereignissen in 120 Ländern nochmals gesteigert (2019: 4576; 2018: 4477). Hervorzuheben ist der Gastlandauftritt an der grössten internationalen Kinder- und Jugendbuchmesse in Bologna sowie die Teilnahme am weltweit grössten Theaterfestival Fringe in Edinburgh mit einer «Swiss Selection».

Pro Helvetia war an der Ausarbeitung der Kulturbotschaft 2021–2024 beteiligt und ist regelmässig mit den institutionellen Partnern in Kontakt (Bundesamt für Kultur, Schweizerisches National Museum, Präsenz Schweiz, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Städtekonferenz Kultur sowie Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten). Damit trägt die Stiftung zur Entwicklung einer wirkungsvollen, koordinierten Kulturpolitik bei.

Die Jahresrechnung schliesst mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Der Anteil der Administrationskosten lag mit 12,8 Prozent unter der strategischen Vorgabe des Bundes von 15 Prozent (2018: 11,8 %). Der leichte Rückgang der Gesuchszahlen (-144 Gesuche, bzw. 2,6 %) ist u.a. auf eine verbesserte Informationspolitik im Vorfeld der Gesuchstellung zurückzuführen.

Bezüglich Diversität der Mitarbeitenden hat Pro Helvetia die Vorgaben des Bundes bezüglich Mehrsprachigkeit und Geschlechterverteilung erfüllt und kann nach Überprüfung der Löhne auch nachweisen, dass es keine Geschlechterdiskriminierung gibt.

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	41	40
Reingewinn (Mio. CHF)	0	0
Freies Kapital (CHF)	592	363
Bilanzsumme (Mio. CHF)	22	23
Eigenkapitalquote in %	24.8	27.9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	78.9	77.2

Stiftungsspezifische Kennzahlen

Bearbeitete Gesuche	5 348	5 492
Zustimmungsquote in %	48.4	47.3
Administrativkosten nach ZEWO	12.8	11.8
Anteil Mittel Auslandaaustausch in %	58.8	58.8
Beitrag pro Projekt (Ø in CHF)	11 900	11 700
Techn. Deckungsgrad PUBLICA ¹⁾	109	100
Ökonom. Deckungsgrad PUBLICA ¹⁾	-	83.3

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	41	40
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

1) Der technische und der ökonomische Deckungsgrad für das Jahr 2019 sind zum Zeitpunkt des Bundesbeschlusses über die Kurzberichterstattung noch nicht verfügbar, für den technischen Deckungsgrades liegt eine Schätzung vor. Die aktuellen Zahlen können nach der Publikation dem Geschäftsbericht 2020 der PUBLICA entnommen werden.

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Pro Helvetia unterstützt und verbreitet Schweizer Kunst und Kultur. Sie fördert den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen sowie mit anderen Ländern und öffnet für Schweizer Kunstschaffende Türen zu neuen Weltgegenden und Märkten. Sie stärkt die kulturelle Teilhabe und setzt mit ihren Initiativen kulturelle Impulse, 2016–2020 insbesondere mit ihrem strategischen Schwerpunkt «Kultur und Wirtschaft».

Künstlerisches Schaffen in der Schweiz

Pro Helvetia unterstützte 2019 das künstlerische Schaffen in der Schweiz mittels Werk- und Produktionsbeiträgen. Die im Rahmen der Kulturbotschaft 2016-2020 eingeführten Werkbeiträge in den Bereichen Musiktheater und visuelle Künste sind mittlerweile konsolidiert. Somit deckt die Stiftung in der Werkförderung alle von ihr betreuten Sparten ab. Die Nachwuchsförderung beinhaltet spezifische Angebote wie Coachings, Mentorings, Workshops, Residenzprogramme sowie Vernetzungs- und Promotionsaktivitäten und ist auf die Bedürfnisse junger Kunstschaffender zugeschnitten. Sie wurde im Berichtsjahr weiter konsolidiert und wo sinnvoll mit zusätzlichen Förderangeboten ergänzt. So wurden wiederum Messeauftritte ermöglicht, für einige Nachwuchsresidenzprogramme an international renommierten Institutionen konnten neue Kooperationspartner gewonnen werden, wie beispielsweise Tanz im August – Internationales Festival Berlin.

Koordinierte Förderung von Design und interaktiven digitalen Medien («Kultur und Wirtschaft»)

Im Rahmen des Schwerpunktes «Kultur und Wirtschaft» führte Pro Helvetia 2019 je zwei Ausschreibungen für die Förderung von Projekten in den Disziplinen Design und Interaktive Medien (Games) durch. Die Stiftung unterstützt damit die Umsetzung von Projekten, welche neben der künstlerischen Qualität das Innovations- und Marktpotenzial berücksichtigen. Die Anzahl eingegangener Projekte (150 [2018: 168] im Bereich Design, 98 [2018: 139] im Bereich Interaktive Medien) zeigt, dass sich das Fördermodell bereits erfolgreich etabliert hat. 30 Projekte (2018: 34) im Bereich Design und 20 Projekte (2018: 27) im Bereich Interaktive Medien (Games) wurden unterstützt. Wichtig in der koordinierten Förderung der beiden Bereiche war wiederum die Präsentation und Promotion der unterstützten Schweizer Projekte an Fachanlässen im In- und Ausland. Bestehende und neue Kooperationen mit Vertretern der Design-Industrie, Swiss Business Hubs und Schweizer Botschaften wurden weiterentwickelt und initiiert. Die starke Präsenz von jungen Entwicklerinnen und Designern an den wichtigsten Messen trug Früchte: Mehreren Teilnehmenden gelang es, für die Entwicklung ihrer Produkte Partner im internationalen Markt zu finden. So wurden etwa drei Schweizer Game Studios für den Launch der neuen Plattform Apple Arcade ausgewählt.

Internationale Präsenz

Im Ausland trug die Stiftung dazu bei, dass 4576 (2018: 4477) Schweizer Kunst- und Kulturereignisse in 120 (2018: 108) Ländern stattfinden konnten. Eine Schlüsselrolle bei der aktiven Verbreitung des Schweizer Kunstschaffens spielten die Aussenstellen, welche die Stiftung selbst führt (Johannesburg, Kairo, Moskau, New Delhi, Paris und Shanghai) oder deren Kulturprogramme sie mittels Leistungsvereinbarung mitfinanziert (New York, Rom und San Francisco).

Im Rahmen des 2017 zur Erschliessung der Region Südamerika und ihrer Märkte lancierten Austauschprogramms «Coincidencia» hat Pro Helvetia 2019 rund 100 Projekte (2018: über 120) in acht Ländern Südamerikas und in der Schweiz unterstützt, darunter Tourneen, Ausstellungen, Konzerte sowie Rechercheprogramme und Residenzen, dank denen Kunstschaffende künftige Partnerschaften entwickeln können.

Um die Sichtbarkeit und Verbreitung des Schweizer Kunstschaffens insbesondere in Europa weiter zu steigern, hat die Stiftung flexible Promotionsmodelle in europäischen Kulturmetropolen mit einem Schwerpunkt in London aufgebaut. Dadurch konnten verschiedene spartenspezifische Projekte in den Bereichen Tanz, Theater, Literatur, Musik und Visueller Kunst realisiert werden.

Ein besonderes Augenmerk richtet Pro Helvetia in der aktuellen Finanzierungsperiode auf Massnahmen, welche die Präsenz von Schweizer Kunstschaffenden an grossen internationalen Anlässen wie Festivals und Messen stärken. Diese von der Stiftung selbst initiierten oder unterstützten Promotionsaktivitäten – z.B. am «Fierce Festival» in Birmingham, an den «Rencontres de la photographie d'Arles» und am «Fringe Festival» in Edinburgh – wurden 2019 intensiviert und führten zu zahlreichen Folgeeinladungen an die Künstlerinnen und Künstler und deren Produktionen. Hervorzuheben ist auch der Gastlandauftritt an der grössten internationalen Kinder- und Jugendbuchmesse in Bologna mit der Ausstellung «Ein ABC der Schweiz», an der 26 Schweizer Illustratorinnen und Illustratoren mitwirkten. Schliesslich hat an der 58. Kunstbiennale von Venedig das Künstlerinnen-duo Pauline Boudry/Renate Lorenz den Schweizer Pavillon mit einer filmischen Installation bespielt. Einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Promotion leistete die Stiftung auch mit ihren Einladungen von ausländischen Veranstalterinnen und Kuratoren zu Visionierungsprogrammen und Recherchereisen in die Schweiz, wie z.B. anlässlich der «Swiss Dance Days» in Lausanne. Dank solcher Promotionsaktivitäten konnte die Verbreitung von Schweizer Bühnenstücken im Ausland trotz der ökonomisch teilweise schwierigen internationalen Rahmenbedingungen auf hohem Niveau konsolidiert werden.

Gesellschaftliche Kohäsion

Ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung der gesellschaftlichen Kohäsion und des kulturellen Austauschs zwischen den verschiedenen Sprachregionen stellten erneut zahlreiche Projektbeiträge (z.B. für Konzertreihen, Ausstellungen, Tourneen, Übersetzungen, Lesereisen) dar. Einen wesentlichen Beitrag leistete die Stiftung ebenfalls durch mehrjährige Vereinbarungen, beispielsweise mit der Interessengemeinschaft Volkskultur (IGV) für den «VolksKulturFonds Pro Helvetia». Zur Kohäsion im Inland trägt die Stiftung seit 2016 zudem durch eine verstärkte Unterstützung von Festivals und Veranstaltungen aller Sparten bei, welche überregionales Schweizer Kulturschaffen in peripheren Regionen präsentieren und in ihrem Kontext eine Referenzfunktion haben. Von den

29 (2018: 28) geförderten Anlässen fanden rund 80 Prozent ausserhalb der städtischen Zentren statt.

Zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen, sprachlichen und kulturellen Gruppen in der Schweiz hat Pro Helvetia eine entsprechende Strategie zum Thema «Interkulturelle Gesellschaft» entwickelt. Die Fördermassnahmen wurden 2019 mit der Ausschreibung «Tandem Interkultur» gestartet, dank der sieben Projekte unterstützt werden konnten.

Ausserdem hat Pro Helvetia 2019 die Übersetzungs- und Übersetzerförderung konsolidiert und intensiviert. In Zusammenarbeit mit renommierten Partnern wurden Qualifikations- und Vernetzungsangebote angeboten, wie etwa Übersetzerresidenzen, Symposien und Workshops. Zur Stimulierung von internationalen Übersetzungen und Lizenzverkäufen wurden 2019 gezielte Besuchsprogramme und Einladungen von internationalen Verlagsakteuren an bedeutende Literaturanlässe durchgeführt. An Festivals und Messen organisierte Pro Helvetia zudem zahlreiche Promotionstreffen von Schweizer Verlagen mit interessierten Übersetzungspartnern.

Die Wegleitungen für die Gesuchsteller/innen waren in den Landessprachen D, F, I und in E auf www.prohelvetia.ch verfügbar. Ergänzend wurden wichtige Informationen für die Gesuchstellenden auch über Social Media in D, F, I und E verbreitet.

Kulturelle Teilhabe

Pro Helvetia fördert die Kulturvermittlung, indem sie Projekte unterstützt, welche dem Publikum künstlerische Werke und Darbietungen näherbringen. Durch die Förderung von Vermittlungsprojekten ausserhalb der traditionellen Kulturinstitutionen leistet Pro Helvetia einen Beitrag an den Abbau von Zugangsbarrieren.

Risikomanagement

Pro Helvetia überarbeitete im Berichtsjahr ihr internes Kontrollsystem IKS und aktualisierte insgesamt das Risikomanagement (u.a. Vertragswesen, Beschaffungswesen). Die 2015 definierten grundsätzlichen Risiken behalten dabei weiterhin ihre Gültigkeit und werden stetig überwacht. Die Eintrittswahrscheinlichkeit der Kernrisiken wird insgesamt als sehr gering eingeschätzt.

Evaluationen

Um die Wirksamkeit und Angemessenheit ihrer Fördermassnahmen zu überprüfen, führt Pro Helvetia regelmässig Evaluationen ihrer wichtigsten Programme und Massnahmen durch. 2019 wurden u.a. der Schwerpunkt Kultur und Wirtschaft, das Programm COINCIDENCIA und die Plattform Sélection Suisse en Avignon evaluiert.

Strategische Handlungssachsen der Kulturpolitik des Bundes

Durch ihre vielseitige Unterstützung des künstlerischen Schaffens und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch ihre Förderaktivitäten im Rahmen von «Kultur und Wirtschaft» leistete die Stiftung einen massgeblichen Beitrag zur Zielerreichung der in der Kulturbotschaft 2016–2020 definierten Handlungssache «Kreation und

Innovation». Zur Zielerreichung dieser Handlungssache trug sie überdies mit der Stärkung der internationalen Präsenz von Schweizer Kunst und Kultur bei. Einen wesentlichen Beitrag an die Zielerreichung der Handlungssachsen «Gesellschaftlicher Zusammenhalt» sowie «Kulturelle Teilhabe» leistete Pro Helvetia wie zuvor beschrieben durch ihre Fördertätigkeit in den beiden Feldern.

2. Finanzielle Ziele

Instrumente, Kontroll- und Steuerungsprozesse

Die Organisationsstruktur von Pro Helvetia ist auf eine zugleich speditive und sorgfältige Entscheidung über Subventionsgesuche ausgelegt und entsprechend schlank gehalten. Mit geeigneten Kontroll- und Steuerungsprozessen sowie dem internen Kontrollsystem IKS kann ein allfälliges operatives Schadensrisiko frühzeitig erkannt und abgewendet werden. Für das strategische Reporting gegenüber dem Eigner setzt die Stiftung die seit 2016 gültigen Indikatoren zur Bemessung der Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates für die Periode 2016–2020 ein. Gemäss diesen ist Pro Helvetia bei der Umsetzung ihrer Vorgaben auf Kurs. Als Folge der von der EFK 2018 formulierten Empfehlungen bezüglich Indikatoren und Evaluationen ist ein Konzept in Entwicklung, das die Frage der Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse von Evaluationen beinhaltet und auch als Grundlage für das GS-EDI dient, um die künftigen Indikatoren in der Berichterstattung zuhanden des Bundesrates zu überprüfen. Dieses wird ab der Berichterstattung für das Jahr 2021 (neue Kulturbotschaft 2021–2024) angewendet.

Administrationskosten

Die Berechnung der gesamten Administrationskosten erfolgt gemäss dem anerkannten ZEW-Standard; ihr Anteil ist mit 12,8 Prozent (2018: 11,8 %) unter der strategischen Vorgabe des Bundesrates von 15 Prozent geblieben. Der leichte Rückgang der Gesuchszahl (-144 Gesuche bzw. -2,62 %) ist u.a. auf eine verbesserte Informationspolitik im Vorfeld der Gesuchstellung zurückzuführen.

Ergebnis der Jahresrechnung 2019

Die Jahresrechnung erfolgt wie bereits im Vorjahr in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER (insbesondere FER 21). Den geringfügigen operativen Gewinn von rund 230'000 Franken weist Pro Helvetia als Non-Profit-Organisation nach FER 21 dem Freien Kapital zu, weshalb ein ausgeglichenes Ergebnis präsentiert wird. Über die Dauer der Finanzierungsperiode 2016–2020 ist ebenfalls ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten. Die statuarische Revision wird von der durch den Bundesrat für die Jahre 2017 bis 2019 gewählten Treuhandernehmung OBT AG, Zürich, durchgeführt. Seit 2017 erfolgt die ordentliche Revision nach Artikel 727 OR.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

*Personalpolitik, Arbeitsbedingungen;
Personalentwicklung*

Die Personalpolitik von Pro Helvetia gründet auf Respekt, Vertrauen und sozialer Verantwortung; sie setzt Engagement, Entwicklung und Leistungsbereitschaft ins Zentrum der verschiedenen Tätigkeiten. Bei der Weiterentwicklung der personalpolitischen Grundlagen (GAV, Personalverordnung, Richtlinien etc.) wurde mit den Sozialpartnern, dem Personalausschuss und dem Kader ein konstruktiver Dialog gepflegt. 2019 hat Pro Helvetia ein neues Lohnsystem ausgearbeitet, welches per 1.1.2020 implementiert wird. Für 31 Mitarbeitende hat dies eine Anpassung der Lohnklasse zur Folge, da für einen Teil der Funktionen die interne Lohngerechtigkeit nicht gewährleistet war. Als Konsequenz kommt es zu Lohnanpassungen sowohl nach oben wie auch nach unten. Die geplanten Gehaltserhöhungen werden bis 2024 ca. CHF 200'000 betragen.

Pro Helvetia legt grossen Wert auf Weiterbildungs- und weitere Personalentwicklungsmassnahmen und hat 2019 ein internes Weiterbildungskonzept entwickelt. Sie bot 2019 zudem neun (2018: sechs) Praktikumsplätze an und hat im Administrationsbereich einen KV-Lernenden ausgebildet.

Die überdurchschnittlich hohe Teilzeirate (bis 89 Stellenprozente) von 76,4 Prozent (2018: 74,6 %), verbunden mit der Möglichkeit, mobil zu arbeiten, fördert die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit. Diese flexiblen Arbeitsbedingungen erhöhen die Arbeitsplatzattraktivität, insbesondere auch für Mitarbeitende aus anderen Sprachregionen des Landes.

Diversität der Mitarbeitenden

Eine breite Diversität ihrer Belegschaft hat für Pro Helvetia als nationale Stiftung einen hohen Stellenwert. Im Berichtsjahr 2019 wurden die Vorgaben des Bundes bezüglich Mehrsprachigkeit und Geschlechterverteilung erreicht, auch in Führungspositionen. Auf Stufe Geschäftsleitung beträgt der Anteil Frauen und Männer je 50 Prozent; in den weiteren Führungspositionen besteht ebenfalls praktisch Parität (47 % Frauen [2018:46,6 %], 53 % Männer [2018: 53,4]). 12 Prozent (2018: 11 %) der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle in Zürich sind italienischer und 19,5 Prozent (2018: 21,9 %) französischer und 1,5 Prozent romanischer Muttersprache. Der Personalbestand der gesamten Stiftung betrug 2019 78,9 (2018: 77,2) Vollzeitstellen. Die Löhne der Mitarbeitenden wurden 2019 über LOGIB evaluiert. Aktuell verdienen Frauen bei Pro Helvetia bei gleicher Funktion ca. 0,5 Prozent mehr als Männer.

Die Sanierungsarbeiten der denkmalgeschützten Liegenschaft Hirschengraben 22 durch die Stadt Zürich wurden im Oktober 2019 erfolgreich abgeschlossen. Das Erdgeschoss ist nun barrierefrei zugänglich, ebenso kann ein Arbeitsplatz für behinderte Menschen eingerichtet werden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Kooperative, subsidiäre Förderpolitik

Im Inland tauschte sich Pro Helvetia 2019 regelmässig mit dem Bundesamt für Kultur (BAK) über gemeinsame kulturpolitische Themen aus und arbeitete eng mit den verschiedenen Akteuren des Bundes zusammen. Ebenso wirkte die Stiftung aktiv am «Nationalen Kulturdialog» mit, nahm Einsitz in den Arbeitsgruppen «Literaturförderung», «Tanzförderung», «Kulturelle Teilhabe» und «Soziale Sicherheit der Kulturschaffenden». Sie nutzte ihre Auftritte bei den städtischen und kantonalen Kulturbeauftragtenkonferenzen KBK und SKK, um gemeinsame Anliegen einzubringen bzw. Massnahmen zu koordinieren. Für die Entwicklung und Umsetzung ihrer Fördermassnahmen arbeitete die Stiftung regelmässig mit öffentlichen und privaten Kulturförderern, Berufsverbänden, Interessengemeinschaften, weiteren Bundesstellen sowie mit privaten Unternehmen zusammen.

Aktivitäten im Ausland

Im Ausland stimmte sich die Stiftung 2019 regelmässig u. a. mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) ab. Die Synergien mit Präsenz Schweiz und dem Aussennetz des EDA nutzte Pro Helvetia z.B. anlässlich von «Les Rencontres de la photographie d'Arles» oder der Prager Quadriennale. In regelmässigem Austausch stand Pro Helvetia mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) im Rahmen ihres Mandats zur Umsetzung des regionalen Kulturprogramms für das südliche Afrika. Bewährte Partnerschaften mit swissnex San Francisco und Switzerland Global Enterprise nutzte die Stiftung 2019 insbesondere im Bereich der Pilotförderung von Design und Interaktiven Medien.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Treuhandunternehmung OBT AG hat die Jahresrechnung 2019 der Pro Helvetia geprüft und mit Bericht vom 14.2.2020 für ordnungsgemäss befunden. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Stiftungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2019 mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2019 zu genehmigen, den Revisionsbericht der OBT zur Kenntnis zu nehmen und den Stiftungsrat für das Geschäftsjahr 2019 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 24.04.2020 den Geschäftsbericht der Stiftung Pro Helvetia mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2019 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Stiftungsrates der Pro Helvetia über die Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates 2019 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Stiftungsrates für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Swissmedic

Internet: www.swissmedic.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Stéphane Rossini (Präsident), Lukas Engelberger, Olivier Guillod, Reto Obrist, Marie-Denise Schaller, Vincenza Trivigno, Giovan Maria Zanini

Direktor: Raimund T. Bruhin

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Die Swissmedic ist gut in die neue Strategieperiode 2019 bis 2022 gestartet. Auf operativer Ebene erfolgte die Umsetzung des am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen revidierten Heilmittelgesetzes weitgehend problemlos, Prozesse und Systeme waren angepasst und bereit.

Die Swissmedic leistete auf internationaler Ebene in zahlreichen Gremien einen Beitrag zur Entwicklung der Regulierungs- und Qualitätsstandards. Im Bereich der Zulassung und Marktüberwachung wurde die Zusammenarbeit mit anderen Heilmittelbehörden kontinuierlich ausgebaut.

Der Vorgabewert von 95 Prozent Fristeinholung wurde in allen Bereichen erreicht oder übertroffen. Für die Zulassung von innovativen Arzneimitteln und Indikationserweiterungen konnten die Bearbeitungsfristen um rund 10 Prozent verkürzt werden.

Die Swissmedic schliesst das Berichtsjahr 2019 wie bereits das Jahr 2018 mit einem Gewinn ab. 2019 betrug dieser 26 Millionen Franken. Haupterlös bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben und Verfahrensgebühren (CHF 97,5 Mio.). Die Erhöhung der Reserven auf bis zu einem Jahresbudget ist im Heilmittelgesetz (HMG) vorgesehen. Falls diese Höhe erreicht wird, müssen die Abgaben und Gebühren gesenkt werden. Zur Finanzierung der Ersatzanschaffung für die IT Infrastruktur ab 2021 müssen die Reserven weiter geäuft werden. Der grösste Aufwandsposten ist der Personalaufwand in der Höhe von 63,8 Millionen Franken.

Der Frauenanteil in der Belegschaft betrug 57,7 Prozent (2018: 58,3 %) und in den Kaderfunktionen 41,1 Prozent (2018: 36,8 %). Per 2019 waren 82,3 Prozent der Mitarbeitenden deutscher Muttersprache (2018: 82,7 %) und 12,5 Prozent französischer Muttersprache (unverändert). Der Anteil italienischsprachiger Mitarbeitenden hat erneut leicht zugenommen (2019 5,2 %, 2018: 4,8 %).

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	112,1	92,3
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	26,0	11,6
Reserven (Mio. CHF)	24,5	12,8
Bilanzsumme (Mio. CHF)	132,7	102,2
Eigenkapitalquote in % ¹	29,3	20,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	358,1	350,0

Institutspezifische Kennzahlen

Anzahl Gesuche Zulassung	17 924 ²	13 397
Fristeinholung Zulassung (%)	99	99
Anzahl Bewilligungen	4 246	4 028
Anzahl Vigilanzmeldungen Arzneimittel	18 553 ³	15 337
Anzahl publizierter Sicherheitsmeldungen Medizinprodukte	722	634
Anzahl eröffnete Verfahren Strafrecht	84	41
Techn. Deckungsgrad Publica in %	109,1	101,5
Ökonom. Deckungsgrad Publica in %	92,6	85,5

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	14,2	14,0
Gebühren und Abgaben (Mio. CHF)	97,5	77,8

¹ Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk Swissmedic werden direkt im Eigenkapital erfasst.

² Seit 01.01.2019: Gleiche Struktur der Änderungsgesuche wie in der EU; damit verbunden neue Zählweise der Gesuche

³ Zahlen 2019 beinhalten neu auch die follow-up Meldungen

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Ein substantieller Beitrag zur Entwicklung der internationalen Standards ist geleistet und relevante Standards sind umgesetzt.

Die Swissmedic hat sich im Berichtsjahr in einer Vielzahl internationaler Organisationen und Gremien aktiv an der Weiterentwicklung von globalen Standards beteiligt.

Wichtige Themen im Rahmen dieser internationalen Mitarbeit waren u.a. Vigilance Standards im Bereich der Arzneimittelsicherheit, Anforderungen an Generika, Biosimilars und Impfstoffe sowie regulatorische Herausforderungen im Zusammenhang mit Forschungsergebnissen, die sich auf Big Data und Real World Data abstützen.

Im Bereich der Medizinprodukte standen harmonisierte Vorgaben und die Erarbeitung von technischen Standards für die Implementierung der neuen EU-Regulierung im Fokus der Aktivitäten. Die Ergebnisse wurden und werden direkt bei der Swissmedic internen Vorbereitung für den Vollzug der neuen Regulierung berücksichtigt.

Die Umsetzung von internationalen Standards in die Wegleitungen von Swissmedic erfolgte wie geplant.

Abstützung auf Begutachtungsergebnisse anderer Behörden und arbeitsteilige Begutachtung sind intensiv genutzt.

Die Zahl der Gesuche, die in Anwendung von Artikel 13 HMG (Abstützung auf Begutachtungsergebnisse anderer Behörden) bearbeitet wurden, hat gegenüber dem Vorjahr um 70 Prozent zugenommen. Das mit dem revidierten HMG eingeführte vereinfachte Verfahren nach Artikel 14 (langjährige Zulassung im Ausland) wurde bereits im ersten Jahr aktiv genutzt (23 Gesuche).

Im Rahmen der Initiative New Active Substance Work Sharing Initiative (NASWSI) des Consortiums Australien, Kanada, Singapur und der Schweiz (ACSS) beteiligte sich die Swissmedic erstmals an einer trilateralen Arbeitsteilung zusammen mit der Therapeutic Goods Administration Australien (TGA) und Health Canada (HC). Dabei wird die Begutachtung und der Peer Review für die Zulassung der neuen aktiven Substanz (NAS) aufgeteilt. Weitere Gesuche für eine arbeitsteilige Begutachtung sind in Bearbeitung oder befinden sich in der Vorabklärung.

Im Dezember 2019 unterzeichneten das Ministry of Food and Drug Safety der Republik Korea und die Swissmedic ein Abkommen im Bereich der Guten Herstellungspraxis (GMP). Das Abkommen legt fest, dass sich die Behörden gegenseitig auf die GMP Zertifikate und Inspektionsberichte abstützen können.

Die Swissmedic hat sich in den letzten Jahren gezielt mit Partnerbehörden vernetzt und nun mit nahezu allen international anerkannten Heilmittelbehörden mit vergleichbarem Standard Vereinbarungen oder Memoranda of Understanding zum Informationsaustausch abgeschlossen.

Im Bereich der Medizinprodukte konnte 2019 die gute Zusammenarbeit mit den EU Partnerbehörden fortgesetzt und bei neuen Arbeitsgruppen zur Implementierung der neuen Regulierung gezielt ausgebaut werden.

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist vertrauenswürdig und aktuell.

Die Swissmedic Webseite verzeichnete im Berichtsjahr steigende Nutzerzahlen.

Im Berichtsjahr wurde eine Stakeholder Umfrage durchgeführt, die Resultate liegen vor und zeigen den Handlungsbedarf für die Planung und Umsetzung von weiteren Massnahmen im Bereich der Kommunikation auf: Aufbau eines direkten Austauschs mit Fach- und Medizinalpersonen, Ausbau der Möglichkeiten für Scientific Advice und generell noch transparentere und verständliche Kommunikation. Der Einsatz von Social Media wurde konkretisiert, eine personelle Verstärkung in diesem Bereich ist geplant. Die Erstellung einer laienverständlichen Publikation über Tätigkeiten von Swissmedic (Magazin) als Ergänzung zum Geschäftsbericht erfolgt wie geplant (Publikation im Frühsommer 2020).

Seit 1. Januar 2019 publiziert Swissmedic Kurzfassungen der öffentlich zugänglichen Evaluationsberichte (Swiss Public Assessment Report oder abgekürzt SwissPAR). Diese sollen Zulassungsentscheide für ein breites Publikum nachvollziehbar und transparent machen sowie den Zugang zu relevanten Informationen über Arzneimittel erweitern.

Die Arbeitsgruppe Patienten- und Konsumentenorganisationen traf sich zu drei Sitzungen. Zentrale Themen waren die Änderungen aus der HMG-Revision, die Verschärfung der Regulierung der Medizinprodukte sowie der Beitrag der Arbeitsgruppe bei der Erstellung der Patienteninformation.

Swissmedic intensiviert den Austausch mit nationalen Entscheidungsträgern im Gesundheitsbereich.

Im März 2019 fand das Jahrestreffen zwischen Swissmedic und der Kantonsapothekervereinigung statt. Themen waren u.a. die Revision des Medizinprodukterechts mit Fokus auf die Auswirkungen auf die Kantone, aktuelle Marktüberwachungsfälle, die Umteilung der Arzneimittel in neue Abgabekategorien und Vollzugsfragen (u.a. Dokumentationspflicht der Apothekerinnen und Apotheker).

Im Oktober 2019 organisierte die Swissmedic den ersten Roundtable Innovation zum Thema «Innovative methods and technologies in clinical trials». Vertreterinnen und Vertreter der ETH Zürich und des Universitätsspitals Zürich, der Pharmaindustrie und der Behörden diskutierten über Trends, technische Möglichkeiten und operative Fragestellungen.

Ein verstärkter Austausch mit Gesundheitspolitikerinnen und -politikern ist in Vorbereitung.

Die Geschäftsprozesse der Kernbereiche sind digitalisiert.

Im Rahmen einer Pilotanwendung evaluierte die Swissmedic im Berichtsjahr das Potenzial der Nutzung von Methoden der künstlichen Intelligenz zur Unterstützung der täglichen Arbeit am Beispiel der Überwachung von klinischen Versuchen. Dabei wurden öffentlich zugängliche Publikationen sowohl maschinell automatisiert als auch durch Swissmedic Fachpersonen nach relevanten Neben-

wirkungsinformationen analysiert. Die Ergebnisliste potentieller Signale wurde dabei maschinell wesentlich effizienter bei mindestens gleicher Qualität erarbeitet. Die Erkenntnisse fliessen in das Projekt zur Digitalisierung der Prozesse im Bereich der klinischen Versuche ein.

Zudem hat im Berichtsjahr die Vorbereitung für weitere Projekte zur Digitalisierung der Geschäftsprozesse begonnen.

Zeitkritische Prozesse sind beschleunigt.

Im Berichtsjahr konnten die Fristen bei der Bearbeitung von Gesuchen für neue aktive Substanzen und Indikationserweiterungen um ca. 10 Prozent reduziert werden.

Die Regulierungssysteme von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden gestärkt.

Die Swissmedic engagiert sich seit 2015 auf Basis des Memorandums of Understanding (MoU) mit der Bill und Melinda Gates Stiftung, dem Eidgenössischen Departement des Innern und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten in der Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Engagement wird mit Zustimmung des Bundesrates in der Strategieperiode 2019 bis 2022 weitergeführt.

Das erste von drei Projekten der Entwicklungszusammenarbeit fokussiert auf die Unterstützung der African Medicines Regulatory Harmonisation (AMRH) Initiative, dies in Zusammenarbeit mit der WHO. Die Swissmedic nimmt als Beobachterin und beratend an Treffen der Arbeitsgruppen und des Lenkungsausschusses teil und unterstützt mit verschiedenen Expertisen.

Das zweite Projekt ermöglicht den Einbezug von afrikanischen Zulassungsbehörden und der WHO in einen Begutachtungsprozess von Swissmedic zu Arzneimitteln für die Therapie von Krankheiten, die mehrheitlich Menschen im südlichen Afrika betreffen. Das sogenannte Marketing Authorization Procedure for Global Health Products (MAGHP) befindet sich in der Pilotphase, erste Erfahrungen konnten gesammelt werden.

Beim dritten Projekt bietet die Swissmedic Schulungsmöglichkeiten für Regulierungsbehörden in Ländern mit tiefem und mittlerem Einkommen an. Im 2019 führte die Swissmedic das Regulatory Training für Regulierungsbehörden zweimal durch. Weiter lud sie Experten aus afrikanischen Behörden zum Swissmedic Good Manufacturing Practice (GMP) Training ein und gab vier afrikanischen Inspektoren aus der Intergovernmental Authority on Development Region die Möglichkeit, zwei GMP-Inspektionen in der Schweiz zu begleiten.

2. Finanzielle Ziele

Allgemeine finanzielle Ziele

Die Erfolgsrechnung 2019 schliesst mit einem Gewinn von rund 26,0 Millionen Franken (2018: 11,6 Millionen) ab.

Knapp 87 Prozent des Ertrages von total rund 112,1 Millionen Franken stammen aus Verfahrensgebühren und Aufsichtsabgaben, der Bundesbeitrag macht knapp 13 Prozent aus. Die Ertragszunahme bei den Verfahrensgebühren und Aufsichtsabgaben von ca. 17,4 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr ist zu ca. 70 Prozent auf die per 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Anpassungen der Gebühren- und der Abgabeverordnung (kostendeckende Gebühren, neues Abgabemodell) und zu 30 Prozent auf einmalige Effekte (insbesondere einmalige, kostenpflichtige Erneuerungen der GMP-/GDP-Bewilligungen) zurückzuführen.

Der Betriebsaufwand von total 85,8 Millionen Franken hat gegenüber dem Vorjahr um knapp 7 Prozent zugenommen, blieb aber gut 4 Prozent oder 3,8 Millionen Franken unter dem Budget.

Das Eigenkapital, welches sich aus dem Gewinn/Verlust, den Reserven, dem Dotationskapital und den kumulierten versicherungsmathematischen Verlusten zusammensetzt, beträgt ca. 38,9 Millionen Franken (Vorjahr 21,3 Millionen).

Die Reserven werden angemessen erhöht.

Das Heilmittelgesetz schreibt in Artikel 79 vor, Reserven von maximal einem Jahresbudget zu bilden, damit künftige Investitionen finanziert oder allfällige Verluste gedeckt werden können.

Per Ende 2019 verfügt die Swissmedic über Reserven von ca. 24,5 Millionen Franken (Vorjahr 12,8 Millionen). Dies entspricht knapp 25 Prozent des Jahresbudgets 2019.

Ab 2021 wird die Swissmedic die IT Infrastruktur erneuern müssen (Erneuerung SAP und weitere Swissmedic Plattformen), mit zusätzlichen Kosten in der Grössenordnung von 15 bis 20 Millionen, verteilt über die nächsten fünf Jahre. Damit diese Ersatzinvestitionen finanziert werden können, sollen die Reserven weiter geöffnet werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Allgemeine personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Swissmedic konnte im Berichtsjahr mit wenigen Ausnahmen vakante Stellen rasch und mit qualifiziertem Personal besetzen. Per Ende 2019 waren 99 Prozent der Soll-Stellen besetzt. Die Fluktuationsrate (Kündigungen von Mitarbeitenden) betrug 4,1 Prozent. Erstmals arbeiteten mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden Teilzeit (Pensum bis 89 %).

Der Frauenanteil in der Belegschaft betrug 57,7 Prozent (2018: 58,3 %) und in den Kaderfunktionen 41,1 Prozent (2018: 36,8 %). Per 2019 waren 82,3 Prozent der Mitarbeitenden deutscher Muttersprache (2018: 82,7 %) und 12,5 Prozent französischer Muttersprache (unverändert). Der Anteil italienischsprachiger Mitarbeitenden hat erneut leicht zugenommen (2019 5,2 %, 2018: 4,8 %).

Swissmedic investiert konsequent in die Personalentwicklung und Weiterbildung, um die Unternehmensziele zu erreichen. Führungstraining, Wissensmanagement, Fachlaufbahnmodell und Talentmanagement sind wichtige Elemente der Personalentwicklung. Im Labor bietet die Swissmedic Lehrstellen für Biologie- und Chemielaboranten an (2019: 4). Im Berichtsjahr erhielt die Swissmedic vom Kanton die Bewilligung für die Ausbildung von KV-Lernenden, die Lehrstelle konnte aber auf den Sommer 2019 nicht mehr besetzt werden. Akademische Nachwuchskräfte können in verschiedenen Bereichen und Abteilungen Praktika absolvieren (2019: 4).

Gemäss Beschluss der Kassenkommission von PUBLICA wurden per Januar 2019 der technische Zinssatz und der Umwandlungssatz gesenkt. Mit zusätzlichen Massnahmen (Erhöhung Sparbeiträge Arbeitgeber und Einmaleinlagen) konnten die künftigen Renteneinbussen teilweise kompensiert werden. Das Vorsorgewerk Swissmedic weist per Ende 2019 einen Deckungsgrad von 109,1 Prozent auf.

Swissmedic verfügt jederzeit über die zur Auftragserfüllung erforderlichen Kompetenzen.

Im Bereich der Zulassung und Überwachung der Arzneimittel verfügt die Swissmedic aktuell über die erforderlichen Kompetenzen (Ist). Eine Erhebung der strategisch relevanten Soll-Kompetenzen im Berichtsjahr bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung in diesem Bereich.

Für die künftige Überwachung der Medizinprodukte wurden im Berichtsjahr die Kompetenzen gezielt erweitert.

Für den Auf- und Ausbau der digitalen Kompetenzen verfolgt die Swissmedic einen ganzheitlichen Ansatz mit den Dimensionen Mensch, Organisation und Technologie. Mit verschiedenen Veranstaltungen wurden die Mitarbeitenden im Berichtsjahr zum Thema digitale Transformation sensibilisiert. In einem Pilotversuch konnten konkrete Erfahrungen mit der Nutzung von Methoden der künstlichen Intelligenz zur Unterstützung der täglichen Arbeit gesammelt werden. Die ersten Erkenntnisse zu Nutzen und Akzeptanz waren positiv.

Die Ressourcen im Bereich der Medizinprodukte sind aufgebaut.

Im Berichtsjahr wurde der Personalbestand der Abteilung Medizinprodukte um 10 Vollzeitstellen erhöht. Alle Stellen konnten mit gut qualifizierten Mitarbeitenden besetzt werden. Die Aufbauorganisation wurde so angepasst, dass der weitere Ressourcen- und Kompetenzaufbau erfolgen kann.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Es bestehen keine finanziellen Kooperationen und Beteiligungen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidgenössische Finanzkontrolle) bestätigt, dass die Jahresrechnung der Swissmedic ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem Heilmittelgesetz entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts über die Erreichung der strategischen Ziele 2019, die Genehmigung des Geschäftsberichts mit der Jahresrechnung 2019 und die Kenntnisnahme des Revisionsberichts. Er beantragt dem Bundesrat im Weiteren, den Bilanzgewinn von 26,03 Mio. in Übereinstimmung mit Artikel 79 Heilmittelgesetz den Reserven zuzuweisen sowie dem Institutsrat Entlastung zu erteilen. Schliesslich wird beantragt, die Firma Ernst & Young AG, Bern, als externe Revisionsstelle für die Geschäftsjahre 2020 bis 2023 zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 19. Juni 2020 den Kurzbericht sowie den Geschäftsbericht von Swissmedic mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2019 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Institutsrats über die Erreichung der strategischen Ziele 2019 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Institutsrats für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt. Zudem wurde als externe Revisionsstelle für die Geschäftsjahre 2020 bis 2023 die Firma Ernst & Young AG, Bern, gewählt.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum IGE

Internet: www.ige.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: F. Hunziker-Blum (Präsident), B. Renggli (Vizepräsidentin), L. Amgwerd, R. Boutellier, Y. Bugmann, B. Hübscher Schmuki (ab 1.3.2019), S. Stalder, P. Walser, E. Zwick

Direktorin: Catherine Chammartin

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Das IGE erbringt primär *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*, seine Hauptaufgabe ist die Erteilung und Verwaltung von Marken, Patenten und Designs. Das IGE verfügt über keine strategischen Ziele des Bundesrates.

Die Eintragungsgesuche für Marken stiegen im Geschäftsjahr 2018/19 im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent, während die Markenverlängerungen um 5 Prozent zurückgingen. Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 7127 (Vorjahr 7304) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von nationalen Patenten und 121 695 (Vorjahr 111 172) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von europäischen Schutztiteln bezahlt. Die Patentverlängerungen sind die wichtigste Ertragsquelle des IGE. Aus ihnen werden gemäss Institutsgesetz auch die Kosten für hoheitliche und gemeinnützige Leistungen bestritten.

Im Bereich der *Ministerialaufgaben* wurde das Urheberrecht den technologischen Entwicklungen angepasst, um die Chancen der Digitalisierung besser nutzen zu können. Das Parlament verabschiedete am 27.9.2019 eine Teilrevision des Urheberrechtsgesetzes sowie am 21.6.2019 die Genehmigung zweier Abkommen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum.

Der Nationalrat nahm als Zweitrat am 12.12.2019 die Motion 19.3228 Hefti für ein zeitgemässes Schweizerpatent an. Damit wird der Bundesrat und somit das IGE beauftragt, einen Gesetzesentwurf (u.a.) zur Einführung eines vollgeprüften Patents vorzulegen.

Das IGE erzielte in seinem 23. Geschäftsjahr einen Gewinn von 7,1 Millionen Franken, der aus einem Nettoerlös von 62,9 Millionen Franken gegenüber einem Aufwand für Drittleistungen von 2,8 Millionen Franken, einem Betriebsaufwand von 52,8 Millionen Franken und einem negativen Finanzergebnis von 100 000.00 Franken resultiert.

Der durchschnittliche *Personalbestand* des IGE stieg auf 244 Vollzeitstellen (Vorjahr 240) an.

Die *Revisionsstelle* (EFK) erteilt das Testat zur geprüften Jahresrechnung 2018/19 ohne Einschränkung.

Kennzahlen	2018/19	2017/18
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	62,9	63,2
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	-2,0	15,4
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	0	0
Alle Reserven (Mio. CHF)	90,3	83,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	152,2	146,5
Eigenkapitalquote in %	41,1	44,1
Personalbestand (Vollzeitstellen) ¹⁾	244	240

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Markeneintragungen	14 763	14 238
Internat. Markenregistrierungen mit Schutzausdehnung Schweiz	16 840	15 631
Patenterteilung national	615	718
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz / Liechtenstein	136 472	107 728
Technischer Deckungsgrad PK in %	107,6	101,2
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	93,7	87,2

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	55,8	55,8

¹⁾ Jahresdurchschnitt

A. Zielerreichung 2019

1. Strategische Schwerpunkte

- *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*

Die primäre Aufgabe des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln (insbes. Marken, Patente und Designs). Für diese Dienstleistungen mit Monopolcharakter besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene,

welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende Verfahren umfassend vorgeben. Das dabei zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt direkt und allein von den Anmeldezahlen für Eintragungen, Verlängerungen und Registeränderungen ab, welche vom IGE nicht beeinflusst werden können. Die erhobenen Gebühren (die ohne den an die Europäische Patentorganisation weitergeleiteten Anteil aktuell 89 Prozent der Nettoeinnahmen des IGE ausmachen) sind in den zugrundeliegenden Spezialerlassen abschliessend festgelegt; die Höhe der einzelnen Gebühren unterliegt der Genehmigung durch den Bundesrat.

Der Geschäftsgang entwickelte sich im Geschäftsjahr 2018/19 wie folgt: Die Anzahl der Schweizer Markeneintragungsgesuche stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent auf 17 231 an (Vorjahr 17 109). 41 Prozent aller Gesuche gelangten in die vorgezogene Markenprüfung (dafür ist erforderlich, dass nur Waren- und Dienstleistungsbegriffe aus der Datenbank des IGE verwendet werden). Auf diesem Weg konnten 15 Prozent (Vorjahr 18 %) der Gesuche innerhalb weniger Tage eingetragen werden. Handelt es sich um einen offensichtlich unproblematischen Fall, wird die Marke sofort und ohne zusätzliche Gebühren eingetragen. Im Berichtsjahr wurden 14 763 Markeneintragungen verzeichnet (Vorjahr 14 238). Der Anteil der über das elektronische Portal eTrademark eingereichten Eintragungsgesuche blieb stabil bei 97 Prozent. Die Anzahl der Markenverlängerungen sank um 5 Prozent auf 10 914 (Vorjahr 11 519). Es wurden insgesamt 26 421 (Vorjahr 32 357) kostenlose Registermutationen (Übertragungen, Vertreteränderungen, Sitzverlegungen, Adress- oder Firmenänderungen usw.) vorgenommen.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 7127 (Vorjahr 7304) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von nationalen Patenten und 121 695 (Vorjahr 111 172) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von europäischen Schutztiteln bezahlt. Die Patentverlängerungen sind die wichtigste Ertragsquelle des IGE. Aus diesen Einnahmen werden gemäss Institutsgesetz auch die Kosten für hoheitliche und gemeinnützige Leistungen bestritten. Am 17.4.2019 verabschiedete der Bundesrat die geänderte Gebührenordnung des IGE. Ab 1.1.2020 wird die Aufrechterhaltung eines Patents bis zum 20. Jahr nach der Anmeldung neu 7060 Franken (vorher CHF 8500) kosten. Über die gesamte maximale Lebensdauer eines Patents von 20 Jahren sparen Patentinhaber somit 1440 Franken.

Das Berichtsjahr war geprägt durch einen Rückgang bei den neuen nationalen Designeintragungen. Die Eintragungen sanken auf 671 (Vorjahr 780). Die Teilnehmer an einer vom IGE durchgeführten Online-Umfrage beklagten Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Designrechten sowie ungenügende Information. Massnahmen im Bereich Information und Schulung wurden aufgegleist.

- *Ministerialaufgaben*

Um das Urheberrecht der technologischen Entwicklung anzupassen und die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen, verabschiedete das Parlament am 27.9.2019 eine Teilrevision des Urheberrechtsgesetzes sowie am 21.6.2019 die Genehmigung zweier Abkommen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum.

Der Nationalrat nahm als Zweitrat am 12.12.2019 die Motion 19.3228 Hefti, für ein zeitgemässes Schweizerpatent an. Damit wird der Bundesrat und somit das IGE beauftragt, einen Gesetzesentwurf (u.a.) zur Einführung eines vollgeprüften Patents vorzulegen.

Die Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über die Ursprungsbezeichnung und geografischen Angaben der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) kann nach dem Beitritt der EU ratifiziert werden. Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung über einen Beitritt der Schweiz zur Genfer Akte bis 20.9.2019 durchgeführt.

- *Freie Dienstleistungen*

Zum gesetzlichen Leistungsauftrag des IGE gehört auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen auf der Grundlage des Privatrechts.

Bei den Patent- und Technologierecherchen ging der Umsatz leicht zurück auf 5,19 Millionen Franken (Vorjahr 5,37 Millionen Franken). Die im Rahmen der Strategie für Patentinformationsdienstleistungen umgesetzten Massnahmen im Bereich Marketing, zur Stärkung des Patentexpertenteams und der Ausbau der Fähigkeiten im Bereich der strategischen Patentanalysen wurden fortgeführt. Das IGE hat im Berichtsjahr seine starke Position und seinen guten Ruf in diesen Bereichen konsolidiert.

2. Finanzielle Ziele

Im Geschäftsjahr 2018/19 erzielte das IGE einen Gewinn von 7,1 Millionen Franken. Der Betriebsgewinn von 7,1 Millionen Franken (Vorjahr: 7,7 Mio.) resultiert aus einem Nettoerlös von insgesamt 62,9 Millionen Franken (Vorjahr: 63,2 Mio.) gegenüber einem Aufwand für Drittleistungen von 2,8 Millionen Franken (Vorjahr: 3,1 Mio.), einem Betriebsaufwand von 52,8 Millionen Franken (Vorjahr: 52,3 Mio.) und einem negativen Finanzergebnis von 0,1 Millionen Franken (Vorjahr: 0,02 Mio.). Die Neubewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach den vom IGE angewandten International Financial Reporting Standards (IFRS) führt zu aktuariellen Verlusten von 9,1 Millionen Franken. Das negative Gesamtergebnis von 2 Millionen Franken vermindert das Eigenkapital per 30.6.2019 auf den Betrag von 62,6 Millionen Franken.

Die Gebühren von 55,8 Millionen Franken stellen mit einem Anteil von 89 Prozent vom Nettoerlös unverändert die weitaus wichtigste Erlösposition des IGE dar und verteilen sich auf die Schutzbereiche Patente von 30,8 Millionen Franken, Marken von 24,1 Millionen Franken und

Designs von 0,9 Millionen Franken. Während die Erlöse der Patente rund 1,8 Millionen Franken über dem Vorjahr liegen, wird bei den Erlösen im Schutzbereich Marken ein Umsatzrückgang von 1,7 Millionen Franken verzeichnet. Die Erträge aus Dienstleistungen von 5,9 Millionen Franken fallen im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Millionen Franken tiefer aus und liegen damit leicht über den Erwartungen.

Die Zunahme des Betriebsaufwandes von 0,4 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr ist vor allem durch die geplante Anhebung des Personalaufwands um 0,6 Millionen Franken auf 43,5 Millionen Franken begründet. Die zusätzlichen Ressourcen verstärken vor allem die Bereiche Patente, Recht & Internationales und Informatik.

Die Neubewertung der Vorsorgeverpflichtungen gemäss IFRS führen zu aktuariellen Verlusten von insgesamt 9,1 Millionen Franken. Diese setzen sich zusammen aus 14,1 Millionen Franken Verluste auf den Vorsorgeverpflichtungen infolge einer Reduktion des technischen Zinssatzes von 0,95 % auf 0,45 % sowie aus 5,0 Millionen Franken Gewinn auf dem Vorsorgevermögen. Die aktuariellen Verluste werden im sonstigen Ergebnis «Other Comprehensive Income» (OCI) erfolgsneutral sofort im Eigenkapital erfasst.

Das Eigenkapital setzt sich aus den Gewinnreserven von 90,3 Millionen Franken und den kumulierten versicherungsmathematischen Verlusten von 27,7 Millionen Franken zusammen. Das Budget 2019/20 und die mittelfristige Planung 2020/21 bis 2022/23 rechnen mit jährlichen positiven Abschlüssen. Die per 1.7.2019 in Kraft gesetzte Gebührensenkung wird den Aufbau des Eigenkapitals voraussichtlich bremsen. Die versicherungsmathematischen Verluste/Gewinne sind in der Planung nicht eingerechnet. Das IGE wendet seit dem 1.7.2019 den Standard IFRS 16 (Leasingverhältnisse) an. Dieser Standard verlangt, dass Leasingverträge bilanziert werden. Diese betreffen das Grundstück, auf dem das IGE sein Gebäude und Parkplätze erstellt hat. Dadurch resultiert ab dem Geschäftsjahr 2019/20 eine Erhöhung der Bilanzsumme um rund 20 Millionen Franken.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. e BPG in Verbindung mit Art. 8 IGEG untersteht das IGE nicht dem BPG. Es ist deshalb nicht direkt an die personalpolitischen Vorgaben des BPG (Art. 4) gebunden, verfolgt aber weitgehend gleichgerichtete Ziele.

Der durchschnittliche Personalbestand stieg von 240 auf 244 Vollzeitstellen an. An der jährlichen Direktionsklausur werden jeweils die über den aktuellen Grundbedarf hinausgehenden Stellen geprüft und nur bei gegebener Notwendigkeit erneut (befristet) bewilligt. Der Ausbau steht vor allem im Zusammenhang mit Massnahmen, um einen grösseren Mehrwert für unsere Kunden und Nutzer zu generieren, zum Beispiel indem eine markante Reduktion

der Behandlungsfristen im Markenbereich unter Erhalt bzw. Optimierung der Qualität erreicht wird. Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungsniveau des Personals konnte aufrechterhalten werden. 42,3 Prozent des Institutspersonals sind Frauen, 0,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Frauenanteil in Kaderpositionen sank leicht auf 30,0 Prozent (Vorjahr 35,1 %). Der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung stieg auf 43,0 Prozent an (Vorjahr 41,3 %). Die Zahl der Ausbildungsstellen für Lernende und Praktikanten (KV und Informatik) konnte auf 14 (Vorjahr 12) ausgebaut werden. Von Hochschulpraktika konnten 5 (Vorjahr 4) Personen profitieren.

Per 31.12.2019 betrug der Deckungsgrad des Vorsorgewerks IGE bei PUBLICA 107,6 Prozent (Art. 44 BVV2) bzw. 93,7 Prozent (ökonomischer Deckungsgrad). Nach einer Negativrendite auf dem Anlagevermögen von -3,5 Prozent im Jahr 2019 erzielte PUBLICA im Berichtsjahr eine Netto-Gesamtrendite von 9,2 Prozent. Dies ermöglichte eine Verzinsung der Altersguthaben und Guthaben aus freiwilligen Sparbeiträgen mit einem Zinssatz von 2 Prozent.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hielt im Prüfbericht vom 10.9.2019 zuhanden des Institutsrats fest, dass die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des IGE zum 30.6.2019 sowie dessen Ertragslage und Cashflows für das dann endende Jahr in Übereinstimmung mit den IFRS vermittelt und dem IGEG entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt. Am 29.10.2019 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht* 2018/19 der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Periode 1.7.2018 bis 30.6.2019 einstimmig.

C. Anträge an den Bundesrat

Der *Rechenschaftsbericht* der Direktorin nach Art. 5 Abs. 2 IGEG ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des IGE zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf, hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlastung des Institutsrates für das Jahr 2019 zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 16.4.2020 den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2019 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

Internet: www.metas.ch

Sitz: Köniz

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Matthias Kaiserswerth (Präsident), Ulrich W. Suter, Thierry J. L. Courvoisier, Tony Kaiser, Widmer Ursula

CEO: Philippe Richard

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS hat im Jahr 2019 die strategischen Ziele des Bundesrates erfüllt.

Seine fachlichen Ziele hat es erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Bei der Befragung seiner Schweizer Kunden lag die durchschnittliche Gesamtzufriedenheit auf einem sehr hohen Niveau. Mit seinen breiten technisch-wissenschaftlichen Kompetenzen in verschiedenen Fachbereichen ist das METAS ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutsam.

Die finanziellen Vorgaben wurden erfüllt. Der Selbstfinanzierungsgrad (Erlösanteil aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln) erreichte 55,7 Prozent und das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresergebnis von 1,6 Millionen Franken abgeschlossen. Weil im Berichtsjahr erneut versicherungsmathematische Verluste von 6,6 Millionen Franken direkt über das Eigenkapital verbucht werden mussten, beträgt das Eigenkapital per 31.12.2019 -13,9 Millionen Franken.

Bei den personal- und vorsorgepolitischen Zielen ist das METAS ebenfalls auf Kurs. Besonders hervorzuheben ist, dass sich das METAS mit seinem breiten Angebot an Lehrstellen bzw. Praktika für Hochschulabsolvierende weiterhin stark für die Berufsbildung und den Eintritt ins Berufsleben engagiert.

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	52,7	51,3
Jahresergebnis (Mio. CHF)	1,6	4,3
Bilanzsumme (Mio. CHF)	52,6	50,2
Eigenkapitalquote in %	-26,4	-17,7
Liquiditätsgrad II (Quick ratio)	4,8	4,0
Anlagedeckungsgrad I	-0,6	-0,4
Anlagedeckungsgrad II	2,0	1,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	197,2	187,6

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anteil Lernende (%)	7,5	7,7
Frauenanteil total (%)	17,8	18,9
Frauenanteil wiss.-techn. Personal (%)	11,0	13,0
Anzahl CMCs (Calibration and Measurement Capabilities) ¹⁾	403	395
Anteil Ausgaben F+E (%)	14,9	13,4
Vollzugsquote gesetzl. Messwesen ²⁾ (%)	95	94
Investitionsquote ³⁾ (%)	3,8	6,4
Techn./ökonom. Deckungsgrad Vorsorgewerk METAS PUBLICA (31.12.2019) (%)	105,1/ 87,6	99,9/ 82,4

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a-h und Abs. 3 und 4 EIMG (Mio. CHF)	24,3	24,0
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 5 EIMG (weit. zugewiesene Aufgaben; Mio. CHF)	7,5	7,5
Gebühren (Mio. CHF)	8,1	7,9
Drittmittel (ohne Forschung)	9,9	8,8

¹⁾ Von 403 CMCs, die am Jahresende bestehen, entfallen 21 (21) auf das designierte Institut IRA, 6 (6) auf das designierte Institut PMOD und 23 (23) auf das designierte Institut Roth+CO AG.

²⁾ Anzahl durchgeführte Eichungen zur Anzahl zur Eichung fälliger Messmittel.

³⁾ Nettoinvestitionen im Verhältnis zu den Anschaffungskosten des Anlagevermögens.

A. Zielerreichung 2016*

1. Strategische Schwerpunkte

Das METAS ist das nationale Metrologieinstitut der Schweiz. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der erforderlichen Genauigkeit messen kann. Weiter hat das METAS sicherzustellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und rechtskonform durchgeführt werden.

Diese fachlichen Ziele hat das METAS im Berichtsjahr erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Dank gut funktionierender internationaler Zusammenarbeit und Kooperationen können im Inland nicht angebotene metrologische Dienstleistungen von ausländischen Metrologieinstituten bezogen werden. Die geringe Zahl der Reklamationen im Verhältnis zur Zahl der ausgestellten Zertifikate (0,6 %) spricht für gute Kundenzufriedenheit. Das widerspiegelt sich auch bei den Ergebnissen einer Kundenumfrage, die das METAS im Spätsommer 2019 bei den Schweizer Kunden durchgeführt hat: Die durchschnittliche Gesamt-zufriedenheit liegt auf einem sehr hohen Niveau, gegenüber der letzten Umfrage von 2015 ist der Wert leicht gestiegen (4,49 Punkte auf einer Skala von 1 bis 5; 2015: 4,36). Am besten bewertet von allen Qualitätsdimensionen werden wie in früheren Umfragen die Mitarbeitenden (4,67 Punkte auf einer Skala von 1 bis 5; 2015: 4,62).

Gegenüber dem Vorjahr konnte das Volumen der Drittmittel (ohne Forschungsmittel) um gut eine Million Franken gesteigert werden von 8,8 Millionen auf 9,9 Millionen Franken. Der Bundesrat erachtet dies als ein Zeichen dafür, dass die Dienstleistungen des METAS einem Marktbedürfnis entsprechen. Angesichts des Schweizer Preisniveaus und des Kostendrucks ist es für das METAS weiterhin eine Herausforderung, sich auch in Zukunft im Wettbewerb mit anderen nationalen Metrologieinstituten zu positionieren. Der Bundesrat erwartet weiterhin, dass METAS eines der weltweit führenden nationalen Metrologieinstitute bleibt.

In der gesetzlichen Metrologie lagen die Schwergewichte der Tätigkeit auf Arbeiten zur Überprüfung der Eichfristen bei Messmitteln, der Rechtsanwendung und auf Revisionsarbeiten von verschiedenen Erlassen der Metrologie.

Das METAS berücksichtigt bei seiner Aufgabenerfüllung das internationale Umfeld, indem es sich mit anderen nationalen Metrologieinstituten vernetzt und mit diesen zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute EURAMET, und indem es in internationalen Organisationen und Verbänden mitwirkt.

Die Forschung des METAS findet zu einem grossen Teil über die Beteiligung an Projekten im Rahmen des Europäischen Metrologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramms statt (seit 2014: European Metrology Programme for Innovation and Research EMPIR; Teil des EU-Förderprogramms für Forschung und Innovation Horizon 2020). Das METAS konnte im Berichtsjahr erfolgreich an Projekt-ausschreibungen von EMPIR teilnehmen und sich eine Beteiligung von 1,1 Millionen Euro (Vorjahr: EUR 1,6 Mio.) sichern. Die Erfolgsrate von angenommenen Projektanträgen des METAS liegt mit 79,8 Prozent deutlich über der mittleren Erfolgsrate der an EMPIR teilnehmenden Institutionen von 58 Prozent und ist eine Auszeichnung für die Forschungsarbeit des METAS.

Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutsam. In EURAMET, der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute, nimmt das METAS eine aktive und gestaltende Rolle ein. Der Forschungsverantwortliche des METAS ist Mitglied des *Board of Directors*. Das METAS stellt den Vorsitzenden des Technischen Komitees *Electricity and Magnetism* und hat bis Mai 2019 auch denjenigen des Komitees *Metrology in Chemistry* gestellt. Der Leiter des Labors Optik leitet seit Juni 2019 als Präsident die *Commission Internationale de l'Éclairage* (CIE), die internationale Körperschaft für Normen und Standardisierung auf dem Gebiet der Lichttechnik und der Beleuchtung. Der stellvertretende Direktor des METAS hat den Vorsitz der WELMEC, der europäischen Vereinigung für gesetzliche Metrologie inne. Der Vizedirektor des METAS ist seit Oktober 2019 einer der Vizepräsidenten der *Organisation internationale de métrologie légale* (OIML). Der Direktor des METAS ist Mitglied des *Comité international des poids et mesures* (CIPM).

Das METAS unterstützt den Innovationsprozess und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit dem vorhandenen Expertenwissen und der metrologischen Infrastruktur sowie mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten in Zusammenarbeit mit Industriepartnern (namentlich im Rahmen von KTI-/Innosuisse-Projekten) gezielt.

Das METAS verfügt über ein breites technisch-wissenschaftliches Wissen. Das fundierte messtechnische Wissen ist für die Industrie nicht nur in Form von Kalibrier- und Messdienstleistungen nutzbar, sondern auch direkt für Produktentwicklungen oder Prozessoptimierungen. Aus diesem Grund ist das METAS nach Ansicht des Bundesrates in verschiedenen Bereichen ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Seit Januar 2013 ist das METAS beitragsberechtigte Forschungsinstitution bei Innosuisse (vormals Kommission für Technologie und Innovation KTI). Bisher wurden vierzehn Projektvorschläge (zwei im Jahr 2019) bewilligt.

2. Finanzielle Ziele

Das METAS hat die finanziellen Ziele erreicht. Die Vorgabe, mindestens 45 Prozent des Jahresbudgets aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln zu finanzieren, konnte es mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 55,7 Prozent (Vorjahr 58,1 %) erneut übertreffen. Der Selbstfinanzierungsgrad vor Berücksichtigung der Pensionskassenverpflichtungen gemäss dem Rechnungslegungsstandard IPSAS 39 beträgt 56,6 Prozent (Vorjahr 53,5%). Im Weiteren war das METAS, gestützt auf eine langfristige Investitionsplanung, in der Lage, im Berichtsjahr sämtliche Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln (Cash Flow) zu finanzieren. Die Erfolgsrechnung konnte mit einem Überschuss von 1,6 Millionen Franken (Vorjahr 4,3 Mio.) abgeschlossen werden. Der Gewinn wird dem Konto Gewinnvortrag gutgeschrieben. Er wird für die Verminderung des negativen Eigenkapitals verwendet. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2019 -13,9 Millionen Franken (per 31.12.2018: -8,9 Mio.). Im Berichtsjahr mussten versicherungsmathematische Verluste in der Höhe von 6,6 Millionen Franken direkt über das Eigenkapital verbucht werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erfüllt. Das METAS engagiert sich weiterhin stark für die Berufsbildung, was sich am vergleichsweise hohen Anteil der Lernenden in Bezug auf den Gesamtpersonalbestand zeigt (7,5 %). Sieben verschiedene Berufsausbildungen vorwiegend technischer Richtung werden am METAS angeboten. Auch 2019 konnten alle Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen. Während mehrerer Monate beschäftigte das METAS noch zwei dieser Lehrabgänger als junge Berufsleute weiter. Das METAS bietet zudem, insbesondere im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, auch eine Reihe von mehrmonatigen Praktika für Studierende von Hochschulen oder Universitäten an. Erfreulicherweise konnten bereits im Herbst 2019 alle offenen Lehrstellen für das kommende Jahr besetzt werden.

Der Personalbestand des METAS hat im Jahr 2019 um 5,1 Prozent zugenommen (von 187,6 auf 197,2 Vollzeitstellen). Der Grund für diese Zunahme ist auf die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit des METAS zurückzuführen: zum einen auf die Beteiligung an internationalen Forschungs- und Entwicklungsprojekten in der Metrologie, zum anderen auf Projekte zum Aufbau neuer Gebiete (wie z.B. Metrologie für labormedizinische Fragestellungen mit dem Schwerpunkt Nukleinsäuremetrologie), die durch den Institutsrat genehmigt worden sind. Bei den Stellen im Zusammenhang mit Projekten handelt es sich um befristete Stellen.

Am METAS sind vorwiegend technisch oder naturwissenschaftlich ausgebildete Mitarbeitende tätig. Eine personalpolitische Herausforderung stellt die Rekrutierung von

Frauen in diesen nach wie vor männerdominierten Berufsgruppen dar. Im Berichtsjahr ist der Frauenanteil insgesamt leicht gesunken (von 18,9 % auf 17,8 %), hingegen konnte der Anteil der Frauen im Kader gesteigert werden (von 18,6 % auf 19,4 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das METAS ist an keinen Kooperationen beteiligt und hat keine Beteiligung an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 19.2.2020 fest, dass die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2019 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard IPSAS und dem EIMG vermittelt. Das Testat wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat erstellt nach Artikel 8 Buchstabe g EIMG (SR 941.27) den Geschäftsbericht, mit dem er gleichzeitig über die Erreichung der strategischen Ziele rapportiert. Er hat dem Bundesrat diese Unterlagen zum Geschäftsjahr 2019 zusammen mit dem Antrag über die Gewinnverwendung und auf seine Entlastung zur Genehmigung und den Bericht der Revisionsstelle vom 19.2.2020 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 16.4.2020 den Jahresbericht des METAS für das Jahr 2019 genehmigt, dem Antrag über die Gewinnverwendung stattgegeben und den Mitgliedern des Institutsrats Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 27.11.2019 hat der Bundesrat die Mitglieder des Institutsrats für die neue Amtsperiode 2020-2023 gewählt: Von den bisherigen Mitgliedern wurden Dr. Matthias Kaiserswerth (Präsident), Prof. Dr. Thierry J. L. Courvoisier, Dr. Tony Kaiser und Dr. Ursula Widmer wiedergewählt (Prof. Dr. Ulrich W. Suter stand für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung); neu gewählt wurden PD Dr. Alessandra Curioni-Fontecedro, Dr. René Lenggenhager und Professor Dr. Sonia I. Seneviratne.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: www.rab-asr.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Wanda Eriksen-Grundbacher
(Präsidentin), Prof. Sabine Kilgus (Vizepräsidentin),
Prof. Conrad Meyer, Prof. Daniel Oyon, Viktor Balli

Direktor: Frank Schneider

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Die Umsetzung der strategischen Ziele für die Periode 2016-2019 verlief aus Sicht des Bundesrates im Jahr 2019 nach Plan.

Die *aufgaben- und unternehmensbezogenen* Ziele wurden erreicht. Die risikoorientierte Aufsicht über die aktuell 27 staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen verläuft in Übereinstimmung mit den definierten Aufsichtskonzepten. Dabei berücksichtigt die RAB langfristige Trends wie die fortschreitende Digitalisierung der Branche und reagiert auch auf kurzfristig aufkommende Aufsichtsthemen.

Die Zulassungswelle 2018/2019 für Revisionsunternehmen steht vor ihrem Abschluss und wurde mit temporären Mitarbeitenden bewältigt. Im Rahmen der Botschaft vom 20. November 2019 zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule schlägt der Bundesrat vor, dass die RAB künftig auch für die Zulassungen im Bereich der AHV-Prüfung zuständig sein soll.

Der Bundesrat hat 2017 gestützt auf einen Expertenbericht entschieden, dass im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht kein grundsätzlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Er will jedoch sieben Empfehlungen vertieft abklären lassen und so den aktuellen Rechtsrahmen gegebenenfalls optimieren. Zusätzlich hat er ein Postulat angenommen, wonach zu prüfen ist, ob bundesnahe Unternehmen als Gesellschaften des öffentlichen Interesses qualifiziert werden sollen; damit würden deren Revisionsstellen neu der Aufsicht der RAB unterstehen.

Im Bereich der internationalen Anerkennung hat die RAB mit der österreichischen Abschlussprüferaufsichtsbehörde eines weiteres Memorandum of Understanding (MoU) zur bilateralen Zusammenarbeit abgeschlossen. 2019 hat in der Schweiz zudem eine Joint Inspection mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde stattgefunden. Weiter wurde der Direktor der RAB zum Vorsitzenden (Chairman) des International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR) gewählt (2019-2021).

Die *finanziellen* Ziele der RAB wurden erreicht. Ebenso konnte die RAB ihre personal- und vorsorgepolitischen Ziele einhalten.

Kennzahlen	2019	2018
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	7,1	6,9
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0	0
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	0	0
Alle Reserven (Mio. CHF)	5,0	5,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	7,8	6,8
Eigenkapitalquote in %	64,2	73,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	26,4	26,4
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Gesamtzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	11 834	11 898
Anzahl staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen	27	29
Technischer Deckungsgrad PK in %	108,9	101,9
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	107,0	103,1
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	6,9	6,9

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz von 2005 (RAG; SR 221.302). Gestützt darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen und Prüfungsgesellschaften von Gesellschaften des öffentlichen Interesses und die Abwicklung der (inter-)nationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht. Die strategischen Ziele innerhalb dieses gesetzlichen Auftrages wer-

* Strategische Ziele: <https://www.rab-asr.ch/#/page/126>

den vom Verwaltungsrat der RAB erlassen und vom Bundesrat genehmigt. Die vorliegende Berichterstattung bezieht sich auf die strategischen Ziele 2016-2019.

Risikoorientierte Aufsicht (Ziel 1)

Im Bereich der Aufsicht steht unverändert die risikoorientierte Durchsetzung der gesetzlichen und berufsständischen Vorgaben für Revisionsdienstleistungen bei den aktuell 27 (Vorjahr: 29) staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen im Fokus. Die fünf grössten Revisionsunternehmen (sog. «Big-5»), die jeweils mehr als 50 Gesellschaften des öffentlichen Interesses prüfen, werden jährlich und alle übrigen Revisionsunternehmen je nach Tätigkeitsgebiet alle drei Jahre inspiziert.

2019 haben insgesamt 21 Überprüfungen (Vorjahr: 19) in Übereinstimmung mit den jeweiligen Aufsichtskonzepten stattgefunden, wovon eine zusammen mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) durchgeführt wurde. Eine weitere Überprüfung hat in der Form einer sog. ad hoc-Überprüfung stattgefunden (Vorjahr: 4), die vom üblichen Inspektionsrhythmus abweicht. Wo die RAB auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie mit dem betroffenen Unternehmen entsprechende Massnahmen vereinbart. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten wurden angemessene Sanktionen ausgesprochen.

Neben der konsequenten Ahndung von Verstössen sind auch präventive Massnahmen wirkungsvoll. Dazu gehört u.a. der laufende Kontakt mit den Verwaltungsräten bzw. Audit Committees der geprüften Unternehmen. Auch 2019 hat die RAB einen halbtägigen Workshop für Mitglieder von Audit Committees mit 50 Teilnehmenden (Vorjahr: 80) durchgeführt.

Die RAB begleitet weiterhin die Digitalisierung der Wirtschaftsprüfung. 2019 hat sie insbesondere den Einsatz von Software zur Datenanalyse (data analytic tools) begutachtet. Der Einsatz beschränkt sich aktuell auf Bereiche, wo standardisierte Quelldatensysteme bestehen (vorab SAP). Am häufigsten wurden die Tools zur Prüfung des Verkaufsprozesses (Umsatz) und des Beschaffungsprozesses eingesetzt. Die Kosten überwiegen den Nutzen derzeit noch, und Effizienzgewinne sind nur beschränkt zu beobachten.

Infrastruktur (Ziel 2)

Seit der Lancierung der neuen IT-Plattform 2018 hat die RAB 2019 vor allem das Zusammenspiel zwischen der IT und den internen Prozessen optimiert (z.B. Geschäftsverwaltung GEVER). Im Weiteren hat sie ihre IT-Systeme im Hinblick auf Cyber-Risiken überprüfen und eine Sensibilisierung der Mitarbeitenden für Phishing durchführen lassen. Der Verbesserungsbedarf wurde bereits umgesetzt.

Regulierung (Ziel 3)

Der Bundesrat hat 2017 den Expertenbericht von Peter Ochsner und Daniel Suter zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht zur Kenntnis genommen. Er ist zum Schluss gekommen, dass kein grundsätzlicher Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat will jedoch sieben Empfehlungen vertieft abklären lassen und so den aktuellen Rechtsrahmen gegebenenfalls optimieren. Entsprechende Arbeiten laufen derzeit unter der Federführung des Bundesamtes für Justiz (BJ).

Die Definition der «Gesellschaft des öffentlichen Interesses» erfasst aktuell börsennotierte Unternehmen und Finanzinstitute und ist damit aus Sicht der RAB nach wie vor zu eng ausgestaltet. Zumindest grosse Vorsorgeeinrichtungen sowie staatsnahe Unternehmen sollten ebenfalls als Gesellschaften des öffentlichen Interesses qualifiziert und folglich durch ein staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen geprüft werden. Der Bundesrat beantragt in diesem Zusammenhang die Annahme eines Postulats 19.4389 der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S), wonach zu prüfen ist, ob bundesnahe Unternehmen als Gesellschaften des öffentlichen Interesses zu behandeln sind.

Zulassung (Ziel 4)

Die Zulassung von Revisionsunternehmen ist im Gegensatz zur Zulassung von natürlichen Personen gesetzlich befristet und alle fünf Jahre zu erneuern. 2019 hat die Welle von Erneuerungsgesuchen ihre erwartete Fortsetzung gefunden und wurde mit temporären Mitarbeitenden aufgefangen. Bei rund 1 000 Unternehmen konnte die Zulassung erfolgreich um weitere fünf Jahren erneuert werden. Im Rahmen der auslaufenden Zulassungen entfaltet die Einführung der Pflicht zum Betrieb einer internen Qualitätssicherung von 2017 weiterhin Wirkung. Vor allem Unternehmen, die keine oder nur wenige Revisionen durchführen oder die vor einem Generationenwechsel stehen, haben auf die Zulassung verzichtet oder sich mit anderen Revisionsunternehmen zusammengeschlossen (-320).

Die RAB hat sich im Kontakt mit verschiedenen Behörden weiterhin dafür eingesetzt, dass (bisherige oder künftige) Spezialzulassungen im Revisionswesen durch die RAB auszusprechen sind. Im Rahmen der Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule hat der Bundesrat am 20. November 2019 vorgeschlagen, dass künftig die RAB für die Zulassungen im Bereich der AHV-Prüfung zuständig sein soll. Wie es mit den zulassungsähnlichen Vorgaben der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) für Revisionsstellen von Vorsorgeeinrichtungen weitergeht, wird sich im Rahmen der Überprüfung im Nachgang zum Expertenbericht Ochsner/Suter weisen (vgl. dazu Ziel 3).

Internationale Best Practices (Ziel 5)

Die wichtigsten Empfehlungen zur Organisation von Aufsichtsbehörden und zur Durchführung von Inspektionen werden vom «International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR)» und vom «EU Committee of European Audit Oversight Boards (CEAOB)» erarbeitet. Die RAB ist seit 2007 Mitglied der IFIAR und seit 2016 Beobachterin beim CEOAB. Sie berücksichtigt die Grundsätze der IFIAR und des CEOAB in ihrer Aufsichtstätigkeit.

Standardsetting (Ziel 6)

Die RAB hat auch 2019 aktiv am nationalen und internationalen Standardsetting des Berufsstandes teilgenommen und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte die notwendige Aufmerksamkeit erhalten.

Im Übrigen bleibt die RAB bei der Schaffung eigener Regularien zurückhaltend. 2019 hat sie lediglich ein Rundschreiben geringfügig nachgeführt. Neue Rundschreiben wurden keine erlassen.

Mehr Transparenz im Enforcement (Ziel 7)

Die RAB hat alle rechtskräftigen Gerichtsurteile, die für oder gegen sie ergangen sind, auf ihrer Homepage veröffentlicht. 2019 haben sich die zuständigen Gerichte in vier Urteilen mit der Praxis der RAB auseinandergesetzt. Diese Praxis wurde mit einer teilweisen Ausnahme (Verweis statt Zulassungsentzug) gutgeheissen.

2019 sind 36 Hinweise Dritter auf mögliche Normverstösse bei der RAB eingegangen (Vorjahr: 64). Davon betreffen 16 staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen (Vorjahr: 30).

Kooperation mit dem Ausland (Ziel 8)

Im Verhältnis zu den USA wurde 2019 eine Joint Inspection mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) in der Schweiz durchgeführt.

Die RAB arbeitet weiterhin auf eine möglichst vollständige gegenseitige Anerkennung und damit auf den Grundsatz der sog. Heimatstaatenaufsicht hin. Am 3. September 2019 hat die RAB mit der österreichischen Abschlussprüferaufsichtsbehörde (APAB) ein Memorandum of Understanding (MoU) zur Zusammenarbeit im Bereich der Revisionsaufsicht vereinbart.

2019 hat sich die RAB aktiv in internationale Gremien im Bereich der Revision eingebracht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten. Die RAB ist weiterhin im Board der IFIAR vertreten und stellt mit ihrem Direktor neu 2019 bis 2021 den Vorsitzenden (Chairman) der ganzen Organisation. Zudem steht die Enforcement Working Group der IFIAR weiterhin unter Schweizer Vorsitz. Im Juni 2019 hat in Zürich der Enforcement Workshop der IFIAR mit 73 Teilnehmenden aus 34 Jurisdiktionen stattgefunden. Die IFIAR hat für die RAB unverändert einen hohen Nutzen. Dazu zählen der direkte Kontakt mit den

globalen Revisionsnetzwerken, die Schulung in den Bereichen Inspektion und Enforcement, der Austausch von Wissen über das Marktumfeld im Revisionsbereich und die praktischen Erfahrungen in der unabhängigen Revisionsaufsicht.

2. Finanzielle Ziele

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder werden keine beansprucht. Das Budget für das Jahr 2019 wurde leicht unterschritten (CHF 7,1 Mio. statt 7,2 Mio.). Die vom Gesetz verlangte Reserve (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2019: CHF 5,0 Mio.) ist mit Blick auf die aktuellen Risiken angemessen. Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die RAB darf als attraktive Arbeitgeberin für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt gelten. Offene Stellen konnten schnell und vollwertig wiederbesetzt werden. Auf der vorsorgepolitischen Seite der Anstellungsverhältnisse orientiert sich die RAB am Bund.

Die altersmässige Chancengleichheit ist mit Blick auf die stete Zunahme des Durchschnittsalters (2015: 40,8 Jahre; 2019: 44,0 Jahre) sichergestellt. Mit Blick auf die Geschlechterverteilung verbleibt der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden relativ stabil bei rund einem Drittel, was sich auch aus der «Männerlastigkeit» in der Wirtschaftsprüfungsbranche ergibt. Der Frauenanteil wurde allerdings 2019 von 31,3 auf 34,4 Prozent gesteigert. Zudem stehen mit der Präsidentin und der Vizepräsidentin zwei Frauen an der Spitze des Verwaltungsrats. Die Lohngleichheit wird auf Grund der Grösse der Organisation jährlich in einer internen Lohnanalyse überprüft. Die Vielfalt des Personals ist mit 25,0 Prozent französisch- und italienisch-sprachigen Mitarbeitenden und 12,5 Prozent ausländischen Mitarbeitenden angemessen.

Im Einklang mit anderen öffentlich-rechtlichen und privaten Arbeitgebern verzichtet die RAB ab 2020 auch auf der Stufe der Geschäftsleitung auf die Ausrichtung von variablen Lohnbestandteilen.

Die Fluktuationsrate war 2019 mit 12,5 Prozent höher als im Vorjahr (2018: 3,2 %), wobei zwei Abgänge zeitlich beschränkte Arbeitsverhältnisse im Stundenlohn betreffen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 24.2.2020 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung 2019 nicht dem Gesetz entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2019 zu genehmigen, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen und die Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2019 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Anträgen des Verwaltungsrates am 16.4.2020 zugestimmt.

Im Weiteren hat der Bundesrat am 29.11.2019 den Verwaltungsrat in corpore für die Amtsperiode 2020-2023 wiedergewählt und hat am 6.12.2019 die vom Verwaltungsrat verabschiedeten strategischen Ziele 2020-2023 genehmigt.

Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB

Internet: www.ehb.swiss

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

EHB-Rat: Philippe Gnaegi (Präsident), Angelika Locher Schmid (Vizepräsidentin), Olivier Dinichert, Prof. Winfried Kronig, Amalia Mirante, Claude Pottier, Andri Rüesch, Claude-Alain Vuille, Amalia Zurkirchen

Direktor a.i.: Jean-Pierre Perdrizat

Ext. Revisionsstelle: BDO AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Über 13 800 Personen absolvierten 2019 eine Aus- oder Weiterbildung am EHB. Der Bachelor of Science in Berufsbildung wurde lanciert und im Master of Science in Berufsbildung waren 47 Studentinnen und Studenten immatrikuliert.

Die Sparte Forschung und Entwicklung führte insgesamt 44 Forschungsprojekte durch. Die Forscherinnen und Forscher traten in der Schweiz und im Ausland 90-mal an Kongressen oder wissenschaftlichen Tagungen auf und realisierten 155 Publikationen.

Am Zentrum für Berufsentwicklung waren insgesamt 232 Projekte in Arbeit.

Das EHB setzte weitere Massnahmen um, um die Akkreditierung als pädagogische Hochschule bis 2022 zu ermöglichen. Dazu gehören Projekte im Bereich der Qualitätssicherung, der Förderung der Mischprofile sowie der Unterrichtsentwicklung.

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele (bspw. Lohngleichheit, Vereinbarkeit Beruf und Familie) wurden erreicht. Der Gewinn von 1,8 Millionen Franken ist darauf zurückzuführen, dass noch nicht alle geplanten Massnahmen im Aktionsplan Digitalisierung, wofür das EHB einen Zusatzbeitrag von 3 Millionen erhielt, umgesetzt werden konnten.

2019 stand das EHB vor diversen Herausforderungen. Massnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans Digitalisierung für Berufsfachschulen haben sich aufgrund verschiedener Faktoren verzögert. Auch bei eigenen IT-Projekten des EHB kam es zu Verzögerungen; diese Defizite sind baldmöglichst zu schliessen. Zudem soll ein neues Studienkonzept an allen Standorten zu besserer Kundenzufriedenheit führen.

Der Bundesrat ist zum Schluss gelangt, dass das EHB die strategischen Ziele zu grossen Teilen erreicht hat. Das EHB ist in allen Landesteilen gut vertreten und pflegt die Nähe zur Arbeitswelt. Es trägt zur Weiterentwicklung der Berufsbildung bei und präsentiert Lösungsvorschläge zu den aktuellen Herausforderungen in der Berufsbildung. Die Begleitung der Berufsfachschulen in der digitalen Transformation ist besonders hervorzuheben.

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	49,0	46,8
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	1,8	0,5
Alle Reserven (Mio. CHF)	3,2	2,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	10,3	8,1
Eigenkapitalquote in %	48,7	39,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	175,7	169,7

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Abschlüsse: Diplome	207	214
Abschlüsse: Zertifikate	755	793
Abschlüsse: Zusatzausbildungen	289	278
Projekte Berufsentwicklung	232	191
Forschungsprojekte	44	40
Techn. Deckungsgrad PUBLICA	105,6	101,2
Ökonom. Deckungsgrad PUBLICA	89,3	83,3

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	42,0	39,4
Einnahmen: Dienstleistungen / Forschungsprojekte/ Gebühren (Mio. CHF)	6,9	7,1

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Das EHB nimmt seine Rolle als Expertenorganisation des Bundes für die Berufsbildung wahr und ist ein kompetenter und verlässlicher Ansprechpartner für die Verbundpartner.

Die Verbundpartnerbefragung ergab eine grundsätzlich positive Einschätzung des EHB. Die grösste Zustimmung erhielt die Aussage, dass die Angebote des EHB in der Berufsbildungspraxis verankert sind, gefolgt von den Aussagen, dass sich die Angebote auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, dass das EHB die massgebende

* Strategische Ziele: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2016/8541.pdf>

schweizerische Expertenorganisation für Berufsbildung ist und dass das EHB die Organisationen der Arbeitswelt kompetent bei der Weiterentwicklung der Berufe unterstützt.

Das EHB nahm an zahlreichen Fachtagungen teil oder organisierte solche, um seine Expertise zum Thema Berufsbildung teilen und weitergeben zu können.

Das EHB erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse, steht im Dialog mit der Gesellschaft und trägt zur nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bei.

Mit seinen Aus- und Weiterbildungslehrgängen sowie Dienstleistungen war das EHB in der ganzen Schweiz präsent. Es bot ein schweizweit harmonisiertes Angebot und berücksichtigte dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse der drei Sprachregionen.

Im EHB-Magazin «skilled» hat das EHB mit «Gender» und «Motivation» Themen aufgegriffen, die gesellschaftlich relevant sind. Sowohl Forschungsergebnisse als auch Praxisbeispiele konnten einem breiten Publikum bekannt gemacht werden.

Das EHB greift die Problemstellungen und Strömungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt frühzeitig auf und trägt mit Lösungsvorschlägen zur Weiterentwicklung der Berufsbildung bei.

Das Observatorium für die Berufsbildung (OBS EHB) vertiefte das Thema «Upskilling: Ausgestaltung, Förderung, Verwertung und individueller Nutzen der Berufsmaturität». Zudem wurden Ergebnisse der vierten Kosten-Nutzen-Studie publiziert. In der Studie wurden die Kosten und Nutzen für die häufigsten EFZ- und EBA-Berufe nach Betriebsgrösse, Lehrjahr und Branche berechnet sowie die Kosten und Nutzen für die Wirtschaft insgesamt geschätzt. Die Ergebnisse zeigen, dass es sich für die meisten Lehrbetriebe lohnt, Fachkräfte selbst auszubilden, statt diese extern zu rekrutieren.

Das EHB nimmt schweizweit eine führende Position im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungspersonen sowie der Berufsentwicklung und Berufsbildungsforschung ein.

Das EHB erzielte schweizweit einen Marktanteil von 53,5 Prozent bei den Diplomstudiengängen für Lehrpersonen der Berufsbildung und konnte damit seine führende Position weiter ausbauen. Im Vorjahr betrug der Marktanteil 52,5 Prozent.

Mit 44 laufenden Forschungsprojekten (2018: 40) und 155 Publikationen (2018: 155) ist das EHB der grösste Forschungsakteur im Bereich der Berufsbildung in der Schweiz.

Im Angebotskatalog des EHB bildete die Digitalisierung einen Schwerpunkt, insbesondere mit dem Programm transformation, dem neuen Bachelor of Science in Berufsbildung und dem CAS «Lernen digital».

Das EHB unterstützt die Strategie des Bundes für die internationale Berufsbildungszusammenarbeit und trägt

mit spezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten, mit seiner Forschung und mit seinen Dienstleistungen in der Berufsentwicklung zur Stärkung des dualen Modells der Berufsbildung im internationalen Kontext bei.

Das EHB konnte fünf neue Projekte akquirieren, sodass es seine Expertise in insgesamt elf internationale Projekte und Mandate in elf verschiedenen Ländern einbringen konnte (2018: 15 Projekte in 15 Ländern).

An Kursen der Swiss VET Academy nahmen insgesamt 62 Personen aus aller Welt teil. Experten aus allen Sparten bereicherten das Programm. Ebenso gehörten Besuche bei Unternehmen und einem überbetrieblichen Kurs zum Programm.

Die Leistungen des EHB im Dienst der Verbundpartnerschaft sind in der Berufsbildungspraxis verankert und von grosser Nähe zur Arbeitswelt gekennzeichnet.

Das EHB setzte die Förderung der digitalen Transformation in der Berufsbildung fort. Mittlerweile wurde der Digi-Check mit über 100 Berufsfachschulen in der ganzen Schweiz durchgeführt. Während die Berufsfachschulen in der Romandie und dem Tessin gut auf das Angebot reagierten, entsprach die Nachfrage in der Deutschschweiz nicht den Erwartungen.

Das EHB unterstützte Organisationen der Arbeitswelt bei der Entwicklung und Umsetzung von Berufsreformen und Berufsrevisionen in der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung. Für die Konzipierung des Qualifikationsverfahrens und die Aus- und Weiterbildung von Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten stellt das EHB kundenspezifische Angebote bereit.

Das EHB wirkt bei der Überprüfung seiner gesetzlichen Grundlagen mit und bereitet eine institutionelle Akkreditierung als Hochschule gemäss dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vor. Die Akkreditierung dient der Qualitätssicherung, der Anerkennung in der Hochschullandschaft und der Stärkung der Autonomie des EHB.

Die Arbeiten zur Vorbereitung der Akkreditierung als Pädagogische Hochschule wurden planmässig vorangetrieben. Im Mai hat die Hochschulleitung die Initiierung der institutionellen Akkreditierung zuhanden des Rats verabschiedet. Ende 2019 wurde das Akkreditierungsgesuch eingereicht.

Das EHB verfügt über ein angemessenes Risikomanagementsystem in Anlehnung an ISO 31000. Es meldet dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung die Risiken, die auf den Bund zukommen könnten. Zudem verfügt es über ein den internationalen Standards genügendes sowie effizientes und effektives Qualitätsmanagement.

Der EHB-Rat und die Hochschulleitung erheben die Risiken systematisch und bewerten sie im Hinblick auf Schadensausmass und Eintretenswahrscheinlichkeit. Auf Basis einer jährlich aktualisierten Übersicht werden die wichtigsten Risiken bearbeitet und soweit wie möglich eliminiert oder reduziert.

Nachdem das EHB 2018 das Label Committed to Excellence nach EFQM erfolgreich erneuern konnte, wurden weitere Schritte zur Qualitätssicherung und -entwicklung unternommen.

Das EHB fördert mit seinen Studiengängen, Kursen und Zusatzausbildungen die Qualität des Berufsbildungssystems und begünstigt das lebenslange Lernen der Berufsbildungsverantwortlichen. Es entwickelt und vermittelt praxisverankerte und wissenschaftsbasierte Erkenntnisse und Kompetenzen.

Die Entwicklung und Einführung des revidierten Ausbildungskonzepts konnten plangemäss umgesetzt werden. Die neuen Ausbildungen orientieren sich am Modell der Situationsdidaktik und werden damit noch praxisbezogener. Zukunftsszenarien der Berufsbildung – z. B. Digitalisierung, Diversität oder bilingualer Unterricht – werden explizit einbezogen.

Das EHB hat mit der Umsetzung seines neuen Konzepts für die Dozierendenforschung begonnen. Dabei sollen Dozierende für die Durchführung eines eigenen Forschungs- oder Entwicklungsprojekts oder für das Verfassen eines Lehrbuchs ein Zeitbudget und gegebenenfalls wissenschaftliche Unterstützung erhalten.

Das EHB qualifiziert Berufsbildungsverantwortliche, Prüfungsexpertinnen und -experten sowie Spezialistinnen und Spezialisten der Berufsbildung inhaltlich und didaktisch zweckmässig und bereitet sie auf die mit ihren Aufgaben verbundenen Herausforderungen vor.

Die Studierendenbefragung ergab gesamtschweizerisch einen Wert von 71,6 Prozent Gesamtzufriedenheit (2018: 67 %). Insbesondere in der Romandie war die Zufriedenheit der Studierenden tief. In einem Bericht der EFK gaben die Studierenden in der Romandie eine durchschnittliche Zufriedenheit von 3,3 auf einer Skala von eins bis sieben an. In der Weiterbildung erreichten die Testatrkurse einen Wert von 84,2 Prozent, bei den Kursen für Prüfungsexpertinnen und -experten lag die Zufriedenheit bei 90,1 Prozent.

Auf die schon länger eher tiefen Werte in der Ausbildung wurde reagiert (Zielwert: mind. 80 %). Seit Sommer gilt ein neues Studienkonzept.

Das EHB schafft mit seiner Forschung evidenzbasierte Grundlagen und bereitet bestehende Studien und Forschungsergebnisse auf. Es trägt so zur Steuerung und Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems auf allen Ebenen bei.

Es konnten zahlreiche Projekte akquiriert werden, darunter zwei im Nationalen Forschungsprogramm «Digitale Transformation». Das erste trägt den Titel «Im Herzen der Berufsbildung». Es ist ein Wissenstransferprojekt, das Einblicke in die berufliche Grundbildung geben soll. Das zweite untersucht, warum sich die langfristigen beruflichen Werdegänge von Personen mit beruflicher Grundbildung bezüglich der Mobilitäts- und Ein-

kommenschancen oder des Risikos prekärer Anstellungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit teilweise beträchtlich unterscheiden.

Das EHB sorgt aktiv für den Wissenstransfer in die Praxis der Berufsbildung und der Arbeitswelt.

Das EHB nutzt diverse Gelegenheiten, um die Forschungsergebnisse in die Praxis der Berufsbildung zu transferieren: Studiengänge des EHB, Lehrmaterialien für die Studiengänge, Beratungsmandate, Präsentationen an Tagungen und Artikel in Fachmagazinen. Die Zahl der Publikationen von EHB-Forschenden erreichte 2019 mit 155 Veröffentlichungen wiederum den hohen Stand des Vorjahrs.

Das EHB ist mit seinen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und dem Studiengang «Master of Science in Berufsbildung» in der Hochschullandschaft anerkannt.

Das EHB hielt an Kongressen 90 wissenschaftliche Präsentationen (2018: 96) und hat zudem 45 peer-reviewed Publikationen veröffentlicht (2018: 49).

Der Studiengang Master of Science in Berufsbildung zählte 47 immatrikulierte Studentinnen und Studenten (2018: 44 Studierende). Fünf Studierende schlossen ihren MSc erfolgreich ab.

Das EHB unterstützt die Verbundpartner bei der Neu- und Weiterentwicklung der Berufe unter Berücksichtigung von deren Bedürfnissen und bei einer gesamtschweizerisch harmonisierten und sprachregional verträglichen Umsetzung der Berufsbildung.

Die Gesamtzufriedenheit der Verbundpartner in den Projekten liegt weiterhin bei 100 Prozent. Das Zentrum für Berufsentwicklung unterstützte insgesamt 145 Berufe bei der Implementierung der Berufsreformen und –revisionen (2018: 112). Dazu kamen 30 Projekte in der höheren Berufsbildung und 37 transversale Projekte.

2. Finanzielle Ziele

Das EHB wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und setzt seine Ressourcen wirtschaftlich, effizient und effektiv ein. Es finanziert seine Tätigkeiten aus den gesetzlich vorgesehenen Finanzierungsquellen und erzielt über die Geltungsdauer der strategischen Ziele mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis. Zudem erhöht es den Zweit- und Drittmittelanteil der Sparte Forschung und Entwicklung auf 20 Prozent.

Die Jahresrechnung schloss mit einem Ertrag von 49 Millionen Franken, einem Aufwand von 47,2 Millionen und einem Gewinn von 1,8 Millionen Franken ab. Der Anteil der Zweit- und Drittmittel der Sparte Forschung und Entwicklung belief sich auf 26,3 Prozent (Zielvorgabe 20 %, 2018: 23,2 %).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das EHB betreibt eine vorausschauende, sozialverantwortliche, transparente und verlässliche Personalpolitik. Es fördert die Chancengleichheit, die persönliche

Entwicklung und die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das bestehende Personalentwicklungskonzept des EHB wurde weiterentwickelt und optimiert. Das Ziel ist, den bedarfsgerechten Einsatz der Mitarbeitenden zu fördern und – mit gesundheitsfördernden Arbeitsstrukturen – die langfristige Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Mitarbeitenden des EHB sicherzustellen.

Das EHB achtet bei seinen Vorgesetzten und Mitarbeitenden auf Integrität und fördert die hohe Fachkompetenz der Mitarbeitenden. Es betreibt aktive Nachwuchsförderung in der Berufsbildungsforschung und verfügt über angemessene Laufbahnmodelle. Es engagiert sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und hält den Anteil an Lernenden von mindestens 5 Prozent des Personalbestandes.

Die Personalentwicklung am EHB unterstützt die Professionalisierung der Führungskräfte und stärkt die Führungskultur. Gemäss Verbundpartnerumfrage wurden gegen aussen Probleme auf der Führungsebene wahrgenommen. Insbesondere die starke Fluktuation in Führungspositionen sowie deren Konsequenzen wurden bemängelt.

Das EHB versucht die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern, von Älteren und Jüngeren sowie Menschen unterschiedlicher Herkunft zu berücksichtigen. Ein besonderes Augenmerk galt den Jüngsten: Bewusst hat das EHB jungen Leuten, die es nicht immer einfach gehabt hatten, eine Chance geboten und sie als Lernende aufgenommen.

17,3 Prozent der Mitarbeitenden der Sparte F&E befanden sich im Nachwuchsförderprogramm. Das EHB bildete 19 Lernende aus, was einem Anteil von 8,4 Prozent des gesamten Personalbestandes entsprach (Zielwert: 5 %, 2018: 7,7 %).

Das EHB orientiert sich beim Leistungsniveau der Vorsorgepläne an jenem der Bundesverwaltung und verteilt die Lasten angemessen. Es informiert den Bundesrat bei einer sanierungsbedürftigen Unterdeckung der beruflichen Vorsorge über die vorgesehenen Massnahmen.

Die beim EHB gewählte Lösung orientiert sich an jener der Bundesverwaltung, unter Beachtung der Beitragsbandbreite gemäss Artikel 32g Absatz 1 des Bundespersonalgesetzes. Der Deckungsgrad für das Vorsorgewerk betrug Ende 2019 105,6 Prozent. Es besteht keine sanierungsbedürftige Unterdeckung der beruflichen Vorsorge.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das EHB kooperiert mit anderen Institutionen und arbeitet mit anderen Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche zusammen mit dem Ziel kundennaher, schweizweit harmonisierter Ausbildungsangebote. Es nutzt Synergien in der Forschung und fördert den Dialog mit anderen Hochschulen. Es

kooperiert zielgerichtet mit Praxispartnern, anderen Hochschulen und weiteren Forschungsinstitutionen.

Das EHB kooperiert mit verschiedenen Universitäten, pädagogischen Hochschulen und zahlreichen anderen Institutionen in der ganzen Schweiz. Die Ziele sind im Konzept «Kooperationen EHB mit anderen Anbietern für die Deutschschweiz» festgehalten. Langfristiges Ziel ist es, in Kooperation mit andern pädagogischen Hochschulen auch gemeinsame Studiengänge anzubieten.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung 2019 des EHB geprüft und diese mit Bericht vom 17.2.2020 für ordnungsgemäss befunden. Die Revisionsstelle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Das WBF legte dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2019 einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung sowie den Bericht des EHB-Rats über die Erreichung der strategischen Ziele und den Bericht der Revisionsstelle vom 17.2.2020 zur Kenntnisnahme vor.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Geschäftsbericht 2019 einschliesslich Jahresrechnung am 24.4.2020 genehmigt und den Mitgliedern des EHB-Rates Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Der Bundesrat genehmigte am 3. Juli 2019 den Wahlentscheid des EHB-Rates und ernannte Prof. Dr. Barbara Fontanellaz per 1. März 2020 zur neuen Direktorin des EHB. Am 27. November 2019 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zum neuen Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz). Per Ende 2019 ist Philippe Gnaegi, Präsident des EHB-Rats, zurückgetreten. Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2019 Adrian Wüthrich auf den 1. März 2020 zum neuen Präsidenten des EHB-Rats gewählt. Die weiteren Mitglieder des EHB-Rats wurden am 17.11.2019 für die Amtsperiode 2020 - 2023 wiedergewählt.

SIFEM AG

Internet: www.sifem.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Jörg Frieden (Präsident), Susanne Grossmann, Regine Aepli, Yulia Balandina Jaquier, Geoffrey Burns, Angela de Wolff, Kathryn Imboden

Geschäftsführerin: Obviam DFI AG, Bern

Ext. Revisionsstelle: BDO AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Die SIFEM hat sich gegenüber dem Vorjahr in beiden Zielkategorien gesteigert.

Die **finanziellen Ziele** wurden teilweise erreicht. Zwar konnte im Jahr 2019 ein Betriebsgewinn erzielt werden. Der Überschuss von 5,1 Millionen Franken nach Abzug der Betriebskosten von 10,9 Millionen Franken ist primär eine Folge des gegenüber 2018 deutlich verbesserten Anlageresultats von 16,0 Millionen Franken (2018: -12,5 Mio.). Er vermag den operativen Verlust aus dem Jahr 2018 (CHF -22,5 Mio.) allerdings nicht zu kompensieren, so dass unsicher ist, ob ein ausgeglichenes Betriebsergebnis kumuliert über die Jahre 2018-2020 erreicht werden kann.

Durch die vom Parlament bewilligte und im Mai 2018 vollzogene Umwandlung des Bundesdarlehens in Aktienkapital für die SIFEM konnten die kalkulatorischen Zinsen gänzlich eliminiert und Wechselkurseffekte in der Gesamtergebnisrechnung reduziert werden. Diese Effekte haben im Berichtsjahr 2019 erstmals ihre volle Wirkung entfaltet.

Erfreulich sind auch die Entwicklungsergebnisse und die vollständige Erreichung der Ziele im Rahmen der **strategischen Schwerpunkte**. Dank der Einhaltung beider Zielwerte zur Arbeitsplatzschaffung wurden in dieser Kategorie sämtliche Zielvorgaben erreicht oder übertroffen.

In der Einschätzung des Bundesrates ist die SIFEM per Ende 2019 gut unterwegs. Allerdings ist die globale Wirtschaftslage in hohem Masse angespannt und die Risiken und Herausforderungen in den Märkten, in welchen die SIFEM tätig ist, nehmen rasch zu. Sorge bereitet, dass die Corona-Pandemie die Produktion und globale Lieferketten unterbricht. Hinzu kommt die wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und des Unternehmenssektors in den ärmsten Ländern.

Für eine vollständige Erfüllung der Leistungsziele der SIFEM am Ende des laufenden Strategiezyklus sind weitere Anstrengungen notwendig. Der Bundesrat erwartet, dass die SIFEM ihre Bestrebungen intensiviert, damit alle Zielwerte über die gesamte Strategieperiode eingehalten werden können.

Kennzahlen	2019	2018
Finanzen¹ und Personal		
Operatives Betriebsergebnis (Mio. CHF)	5,1	-22,5
Gesamtergebnis (Mio. CHF)	-6,9	-17
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF) ²	-1,5	-7,3
Alle Reserven (Mio. CHF)	93,6	105,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	643,3	621,4
Eigenkapitalquote in %	97,7	97,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	0,2	0,2

Unternehmensspezifische Kennzahlen³

Rendite im mehrjährigen Durchschnitt - Internal Rate of Return (%)	6,0	6,3
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in	124	125
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	104,5	70,0
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	56,5	55,9
Gesamtvolumen Investitionsverpflichtungen (Mio. USD) - Total Active Commitments	839,0	782,0
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten, Mio. USD) - Residual Value	420,5	388,4

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0
Erhöhung Aktienkapital (Mio. CHF)	30	30

¹ Jahresabschluss basierend auf den *International Financial Reporting Standards*

² Gemäss Jahresabschluss nach Obligationenrecht

³ Die SIFEM verwendet den US-Dollar zur Messung der Investitionsleistung

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte

Hebelwirkung

Die SIFEM mobilisiert private Investitionen für die Zielländer und die begünstigten Unternehmen. Zu diesem Zweck trägt sie einen Teil der politischen oder kommerziellen Risiken und teilt umgekehrt die Risiken und Rückflüsse aus den Investitionen mit den privaten und institutionellen Investoren.

In der Periode 2018-2019 mobilisierte jeder von der SIFEM investierte US-Dollar private Investitionen im Umfang von 5 US-Dollar. Der Zielwert (ein Verhältnis von mindestens 1 zu 4) wurde übertroffen. Die Hebelwirkung liegt aber tiefer als im Vorjahr (USD 6) und unter dem Durchschnitt der Jahre 2014-2017 (USD 9,1).

Nachhaltigkeit

Sämtliche Finanzintermediäre, mit denen die SIFEM zusammenarbeitet, sind zur Einhaltung der Verantwortungsbewussten Investitionspolitik verpflichtet. Die SIFEM Portefeuille-Unternehmen als Kunden der Finanzintermediäre müssen national geltende Nachhaltigkeitsregularien einhalten und sollen darauf hinarbeiten, die relevanten internationalen Normen anzuwenden. Massgebend sind die Performance Standards on Environmental and Social Sustainability der IFC (Weltbank) oder daraus abgeleitete Kriterien. Hinsichtlich Einhaltung der Menschenrechte beziehen sich diese Leitlinien auf die Guiding Principles sowie auf die International Bill of Human Rights der UNO. Im Bereich der Arbeitsbedingungen gelten die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Die Überprüfung erfolgt sowohl im Vorfeld als auch während der Umsetzung der Investitionsprojekte durch ein umfassendes Monitoring. Im Jahr 2019 haben sämtliche Finanzintermediäre die Nachhaltigkeitsauflagen erfüllt. Es gab keine Risikofälle bzw. Missachtung der Vorgaben.

Insgesamt positive Entwicklungswirkung

Die SIFEM hat den Anspruch, dass alle Investitionen messbare Entwicklungseffekte erzielen. Zur Messung wird ein internes Rating-Tool verwendet, mit welchem die Investitionen bewertet und deren Entwicklungsleistung über die gesamte Investitionsperiode verfolgt wird. Vorgängig werden für jede Investition Richtwerte für die erwarteten Entwicklungseffekte definiert. Grossmehrheitlich (zu 82 %; 2018: 84 %) wird den ex-post beurteilten Investitionen eine «gute» oder «sehr gute» Entwicklungswirkung attestiert. Die leichte Abnahme gegenüber dem Vorjahr bewegt sich im Rahmen der über die Jahre beobachteten Fluktuation. Der Zielwert von 75 Prozent wird im Jahr 2019 gleichwohl übertroffen.

Zusätzlich werden für jede Investition ausgewählt Indikatoren erhoben, um bestimmte Entwicklungseffekte auf der Portefeuille-Ebene aggregiert zu messen und auszuweisen. Zu den wichtigsten Parametern zählen die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Beitrag zum Klimaschutz (vgl. unten) sowie ein höheres Steueraufkommen an den Investitionsstandorten. Zusammengenommen entrichteten die Firmen, in welche die SIFEM seit 2014 investiert hat, Steuern in der Höhe von 1,9 Milliarden US-Dollar (Vorjahr: 770 Mio.). Dieser massive Anstieg ist auf die Aufnahme einiger grösserer Unternehmen in das Portefeuille zurückzuführen. Dabei handelt es sich auch um bedeutende Steuerzahler.

Beschäftigungswirkung

Die SIFEM ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ein wichtiges Instrument für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Zielländern. Im Berichtsjahr hat die SIFEM anteilmässig 19 600 Stellen unterstützt (d.h. ohne Berücksichtigung des Beitrags von Ko-Investoren) gegenüber 9200 im Vorjahr. Der jährliche Stellenzuwachs in den Portefeuille-Unternehmen beträgt 8 Prozent (Vorjahr: 3 %). Damit wurden die Zielwerte (mindestens 10 000 neue Stellen pro Jahr; Nettozuwachs der Arbeitsstellen von mindestens 6 %) übertroffen. Die jährlichen Beschäftigungsergebnisse der SIFEM können beträchtlich variieren, wie der Vergleich mit dem Jahr 2018 zeigt, als erstmals beide Zielwerte verfehlt wurden. Diese Volatilität ist hauptsächlich auf Veränderungen in der Zusammensetzung des SIFEM-Portefeuilles zurückzuführen.

Die SIFEM fördert mit ihren Investitionen auch die Qualität der Beschäftigung. Unter anderem müssen alle Fondsmanager und Finanzinstitute gewährleisten, dass die Portefeuille-Unternehmen nationale Gesetze bezüglich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz einhalten und bestrebt sind, die Arbeitssicherheit über die national geltenden Grundanforderungen hinaus zu verbessern. Was die Personalentwicklung betrifft, so berichten 70 Prozent der Portefeuille-Unternehmen (2018: 80 %), dass sie Weiterbildungen für ihre Angestellten durchgeführt haben.

Investitionen zur Förderung der sozialen Inklusion und des Klimaschutzes

Die strategischen Ziele 2018-2020 verpflichten die SIFEM, einen Teil der Investitionen zu Gunsten von Projekten mit spezifischen, messbaren Zielen im Entwicklungs- und Sozialbereich zu tätigen, welche insbesondere ärmeren bzw. benachteiligten Bevölkerungsschichten den Zugang zu erschwinglichen Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und/oder mit innovativen Lösungen zur Erhaltung globaler öffentlicher Güter (Klima, Biodiversität etc.) beitragen. Im Jahr 2019 waren von den neuen Investitionsverpflichtungen 44 Prozent in dieser Kategorie angesiedelt (2018: 63 %). Mit durchschnittlich 53 Prozent (2018-2019) Neuinvestitionen zur Förderung der sozialen Inklusion und des Klimaschutzes ist die SIFEM auf Kurs, den für die Strategieperiode geltenden Zielwert (30 %) zu erreichen.

Gesamthaft ist die SIFEM bis heute Verpflichtungen von rund 120 Millionen Franken eingegangen, die zum Klimaschutz beitragen. Im Jahr 2019 wurden keine neuen Investitionen in diesem Bereich getätigt. Zwei geplante Klimaprojekte durchliefen jedoch das SIFEM-interne Genehmigungsverfahren, so dass das Ziel von mindestens drei Klimafinanzierungsinvestitionen am Ende des Strategiezyklus mit grösster Wahrscheinlichkeit erreicht wird.

Bei Klimaschutzprojekten ermittelt die SIFEM seit 2014 die eingesparten CO₂-Emissionen. Im Berichtsjahr haben solche Projekte 5470 Gigawattstunden mit erneuerbaren

Energieträgern produziert sowie rund 6,1 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermieden.

Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem der SIFEM erfüllt die Vorgaben des Obligationenrechts, und das Risikomanagement wurde von der Revisionsstelle als angemessen beurteilt.

Die SIFEM ist entsprechend ihrem Auftrag in schwierigen Märkten tätig und soll Risiken tragen, die der Privatsektor noch nicht allein übernehmen kann. Per Ende 2019 waren 42,9 Prozent (2018: 33,4 %) der Private Equity Fonds-Investitionen und 7,7 Prozent (2018: 4,5 %) der festverzinslichen Anlagen als Hochrisiko-Projekte klassifiziert. Das Gesamtrisiko des Portefeuilles hat sich somit gegenüber dem Vorjahr akzentuiert. Der Anstieg des Risikoprofils von Private-Equity-Fonds ist auf die schwierige Veräusserung von Beteiligungen zurückzuführen. Ausserdem war das ex-ante Risikoprofil der zwischen 2018 und 2019 genehmigten Investitionen auch im Bereich der festverzinslichen Anlagen höher als in der Vergangenheit. Die gemäss strategischen Ziel vorgegebenen Höchstanteile von 45 Prozent für Fonds-Investitionen und 20 Prozent für festverzinsliche Anlagen wurden aber nach wie vor eingehalten.

2. Finanzielle Ziele

Wirtschaftlichkeit

Die Betriebskosten der SIFEM und der mit der Geschäftsführung und dem Portefeuille-Management beauftragten Firma Obviam beliefen sich im Jahr 2019 auf 10,9 Millionen Franken (Vorjahr: 10,0 Mio.). Der Verwaltungskostenanteil entspricht 1,3 Prozent der aktiven Investitionsverpflichtungen (Vorjahr: 1,3 %) und liegt unter dem vom Bundesrat festgesetzten Höchstwert von 1,5 Prozent. Der nominelle Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist hälftig auf Wechselkurseffekte, zum anderen auf die vom Bundesrat gewährte Erhöhung der Entschädigung für den Verwaltungsrat sowie buchhalterische Effekte zurückzuführen.

Rechnungsergebnis

Für das Jahr 2019 weist die SIFEM ein positives Betriebsergebnis von 5,1 Millionen Franken (Vorjahr: Verlust von -22,5 Mio.) aus. Es ist das Resultat der guten Anlageperformance von 16,0 Millionen Franken (Vorjahr: -12,5 Mio.). Die positive Entwicklung der Anlagen ist insbesondere auf die festverzinslichen Instrumente zurückzuführen und nur am Rande auf eine grössere Investition, welche die Betriebsrechnung 2018 stark negativ beeinflusste. Wie im letztjährigen Bericht in Aussicht gestellt, hat die SIFEM mit dem Verkauf der Anteile an diesem Unternehmen begonnen, muss aber einen langwierigen Veräusserungsprozess einhalten.

Das Gesamtergebnis fiel im Jahr 2019 mit einem Verlust von -6,9 Millionen Franken (Vorjahr: -17,0 Mio.) negativ aus. Dies ist jedoch ausschliesslich Währungsdifferenzen

aus der Umrechnung von US-Dollar in die Berichtswährung (CHF) geschuldet.

Der Bundesrat nimmt die im Jahr 2019 erzielten finanziellen Fortschritte zur Kenntnis und fordert die SIFEM auf, geeignete Massnahmen zu treffen, damit ein positives Betriebsergebnis am Ende der Strategieperiode erreicht wird.

Rückflüsse

Die Investitionsrückflüsse beliefen sich im Jahr 2019 auf 56,5 Millionen US-Dollar (2018: 56 Mio.). Sie sind damit um 36 Prozent höher (Zielwert: 10%) als im Mittel der vorangegangenen Strategieperiode 2014-2017 (Durchschnittswert: 41,2 Mio.).

Investitionen

Im Jahr 2019 hat die SIFEM neue Investitionen im Umfang von 104,5 Millionen Franken getätigt. Bei den 9 erfolgten Investitionszusagen handelt es sich um 4 Beteiligungen an Risikokapitalfonds, die KMU und andere schnell wachsende Unternehmen in Afrika südlich der Sahara und in Südostasien bedienen, sowie 5 Darlehen an Finanzinstitute, die auf die Kreditvergabe an Mikro-, Klein- und mittlere Unternehmen in verschiedenen Märkten ausgerichtet sind. Zwei dieser Projekte zielen auf die am wenigsten entwickelten Länder in Afrika sowie Kambodscha. Erstmals erfolgten Investitionszusagen für Georgien, Kasachstan und die Philippinen. In einem Fall wurde zudem eine Lokalwährungslösung gewählt. Damit kann das Problem der Währungsinkongruenz von Unternehmen in Entwicklungsländern adressiert werden, die ihre Verbindlichkeiten oft in Hartwährung bedienen müssen, die Einnahmen aber in Lokalwährung generieren.

Die für Investitionsgesellschaften wie die SIFEM wichtigsten langfristigen Finanzkennzahlen sind die Rendite im mehrjährigen Durchschnitt (Internal Rate of Return) und der Wertmultiplikator (Total Value over Paid-In). Während der Wertmultiplikator mit 1,24 praktisch dem Vorjahreswert (1,25) entspricht, ist die Rendite auf 6,0 Prozent (Vorjahr: 6,3 %) zurückgegangen. Der Rückgang der Rendite widerspiegelt eine Korrektur der Bewertungen bestimmter Anlagen sowie die Zunahme neuer Operationen, deren Rentabilität sich erst über die Zeit zeigt. Die vom Bundesrat vorgegebenen Zielwerte über das gesamte Portefeuille hinweg (Rendite grösser als 3 %, Wertmultiplikator grösser als 1,15) werden aber weiterhin übertroffen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Abgesehen vom Verwaltungsrat beschäftigt die SIFEM lediglich eine teilzeitlich angestellte Verwaltungsratssekretärin. Die Geschäftsführung der SIFEM erfolgt durch die Firma Obviam mit Sitz in Bern im Mandatsverhältnis. Dementsprechend ist die Pensionskassenlösung Sache des Mandatsträgers.

Der Verwaltungsrat hat überprüft und bestätigt, dass Obviam die Vorgaben des Bundesrates betreffend Personalpolitik, Anstellungsbedingungen, Arbeitsumfeld und Führungspraxis, sowie auch die Entschädigungsregeln im Zusammenhang mit dem SIFEM-Mandat einhält.

- Genehmigung der Obergrenze der Vergütung für den Verwaltungsrat der SIFEM (einschliesslich berufliche Vorsorge) von 325 800 Franken, davon Vergütung für den Präsidenten von 54 000 Franken, für das Geschäftsjahr 2021.

B. Bericht der Revisionsstelle

Mit Bericht vom 5. März 2020 bestätigt die Revisionsstelle, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden und der Jahresabschluss gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Die Jahreszahlen 2019 entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem existiert und der Verwaltungsrat angemessene periodische Risikobewertungen durchführt. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an die Generalversammlung

Der Verwaltungsrat hat der Generalversammlung 2020 die nachfolgenden Anträge gestellt. **N.B.:** Gemäss SIFEM-Statuten beziehen sich die Anträge zu den Geschäftszahlen auf den Abschluss nach *obligationenrechtlichen* Vorgaben. Aufgrund dieser Rechnungslegung weist die SIFEM im Berichtsjahr einen Gesamtverlust von -1,5 Millionen Franken aus. Der statutarische Abschluss ist jedoch nicht vergleichbar mit der Rechnung gemäss IFRS (s. Ziffer A.2 des Berichts), wonach die SIFEM im Jahr 2019 ein negatives Gesamtergebnis von -6,9 Millionen Franken erzielt hat.

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung des Lageberichts und der Jahresrechnung 2019;
- Übertragung des Jahresverlustes von -1,5 Millionen Franken auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2019;
- Wahl von 7 Mitgliedern des Verwaltungsrates für eine Amtsperiode von drei Jahren;
- Wahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für ein Jahr;
- Anpassung von Art. 17 der Statuten zur Umsetzung einer Beschränkung der Amtszeit für Mitglieder des Verwaltungsrates von maximal 12 Jahren;
- Streichung von Art. 4 Abs. 5 der Statuten betreffend Inhaberaktien als Folge des Bundesgesetzes vom 21. Juni 2019 zur Umsetzung von Empfehlungen des Globalen Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke (AS 2019 3161; BBL 2019 279);
- Kapitalerhöhung ausgehend von 584 444 010 Franken auf 614 444 010 Franken, liberiert durch eine Bareinlage von 30 000 000 Franken;

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 22. April 2020 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM zuzustimmen.

Identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51 %

Verwaltungsrat: Manfred Bötsch (Präsident), Hans Wyss (Vizepräsident, Bundesvertreter BLV), Adrian Aebi (Bundesvertreter BLW), Philipp Allemann, Pirmin Aregger, Corinne Bähler, Peter Bosshard, Meinrad Pfister, Matthias Schelling und Stefan Schlüchter

Geschäftsführer: Christian Beglinger

Ext. Revisionsstelle: Gfeller + Partner AG, Langenthal

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Am 1. Juni 2018 hat der Bundesrat erstmals strategische Ziele für die Periode 2019-2022 festgelegt. Eigengespräche wurden vom GS-WBF organisiert und zwei Mal durchgeführt. Der Verwaltungsrat wird neu von Manfred Bötsch präsiert. Nach der Einsetzung eines Beirates für Heimtiere wird ein solcher für Nutztiere vorbereitet. Die Weiterentwicklung der Governance-Regeln bleibt nach Ansicht des Bundesrates weiterhin ein wichtiges Thema.

Die Rechnungslegung zur finanziellen Aufsicht und Steuerung erfolgt neu nach dem Standard von Swiss GAAP FER. Zur transparenten Trennung der gebührenfinanzierten Leistungen von den Leistungen der Identitas am Markt wird die Rechnung zusätzlich nach Sparten dargestellt. Den Sparten wurden zudem die in der Vergangenheit erwirtschafteten Reserven zugeteilt.

Die Mitarbeitenden waren stark belastet, was sie in einer Umfrage mit einer verminderten Zufriedenheit am Arbeitsplatz ausgedrückt haben. Die Rekrutierung qualifizierter Fachleute ist zur Daueraufgabe geworden. Die Vielfalt und Vielzahl der Projekte und Aufträge haben zu Effizienz-, Kapazitäts- und vereinzelt zu Qualitätsproblemen geführt. Die ISO-Zertifikate 20000, 27001 und 18295 wurden nach bestandenerm, externem Audit bestätigt.

Das Projekt zur Einführung der Einzeltierrückverfolgbarkeit von Schafen und Ziegen lief terminlich planmässig ab. Inhaltlich werden die bestehenden Lücken schrittweise geschlossen. Der Abschluss der Entwicklungsarbeiten an der neu gebauten Fleischkontrolldatenbank FLEKO+ und die Überführung in den Pilotbetrieb waren wichtige Projekt-Meilensteine. Die Datenbank für das elektronische Begleitdokument für Schweine ist fertiggestellt und die Arbeiten zu den dazugehörigen mobilen Apps starteten. Mehrere private Projekte, die auf den Daten der Hundedatenbank Amicus aufbauen, konnten umgesetzt werden. Weiterentwickelt wurde die lesefreundliche Darstellung von statistischen Tierdaten im Internet.

Identitas hat mit 85 Vollzeitstellen einen Gesamtumsatz von 14 Millionen Franken erzielt. Die Senkung der Gebühren im Tierverkehr wie auch Mehraufwände bei Projekten haben zu einem operativen Verlust von 1,7 Millionen Franken geführt, der wiederum wie geplant die Gewinnreserven reduziert.

Kennzahlen ¹⁾	2019	2018
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	14,0	16,0
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	-1,7	-2,1
Einbehaltene Gewinne (Mio. CHF)	13,3	15,0
Bilanzsumme (Mio. CHF) ²⁾	31,3	31,7
Eigenkapitalquote in %	43,3	48,2
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	85,0	82,7
Entschädigung Bund (Mio. CHF) ⁴⁾	8,3	8,2
Gebührenumsatz Tierverkehr Nutztiere (Mio. CHF) ⁴⁾	0,0	0,0
Gebührenumsatz Hunderegistration (Mio. CHF) ⁵⁾	1,0	1,0
Spartenergebnis Grundauftrag Bund (Mio. CHF) ⁶⁾	-1,9	n/a
Spartenergebnis Grundauftrag Kantone (Mio. CHF) ⁷⁾	-0,5	n/a

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Umsatz pro FTE (TCHF)	165	194
Reingewinn pro FTE (TCHF)	-20	-26
Rentabilität des Eigenkapitals in %	-12,3	-14,1
Technischer Deckungsgrad PK in % ⁸⁾	111,2	102,9

¹⁾ Die Berichterstattung der Identitas im Block Kennzahlen wird ab vorliegendem Bericht nach Swiss GAAP FER ausgewiesen. Die Anträge an die Aktionärsversammlung basieren auf dem revidierten handelsrechtlichen Abschluss.

²⁾ Treuhänderische Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Schweiz. Eidgenossenschaft und weiteren Kunden werden ausschliesslich in der Bilanz ausgewiesen. Saldiert gleichen sich diese Werte aus, führen aber aufgrund der Bruttodarstellung zu einer um 13,9 Millionen Franken (VJ 12,9 Millionen Franken) höheren Bilanzsumme.

³⁾ Jahresdurchschnitt.

⁴⁾ Identitas weist im Umsatz keine Gebühreneinnahmen Tierverkehr Nutztiere aus. Der Bund hat mittels Vertrags die Identitas mit dem Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und weiteren damit verbundenen Systemen beauftragt und entschädigt die Leistungen nach Aufwand oder pauschal; die Gebühren werden beim BLW vereinnahmt.

⁵⁾ Die Einnahmen im Rahmen der Entwicklung und des Betriebs der nationalen Hundedatenbank AMICUS haben Gebührencharakter.

⁶⁾ Leistungen im Tierverkehrsbereich, für welche der Bund Gebühren einnimmt.

⁷⁾ Leistungen im Bereich Hunderegistration, für welche Identitas Einnahmen mit Gebührencharakter hat.

⁸⁾ Für 2019: provisorische Deklaration der Vorsorgeeinrichtung.

A. Zielerreichung 2019¹

1. Strategische Schwerpunkte

Krisenbereitschaft

Die Verfügbarkeit der Systeme und Daten sowie die Erreichbarkeit wurden durch Umsetzung und Überprüfung eines Business Continuity Management verbessert. Die betriebenen Lösungen waren in der überwachten Zeit zu durchschnittlich 99,99 Prozent verfügbar. Die Erbringung von Supportleistungen ausserhalb der Bürozeit in Krisensituationen soll im Leistungsauftrag ab 2022 eingeplant werden.

Dienstleisterin für den Bund

Zur Koordination der Ansprüche des Bundes wie auch der privaten Nutzer wurden für die relevanten Applikationen Change Control Boards etabliert. Diese fokussieren auf fachliche Prüfung, Koordination, Priorisierung und termingerechte Umsetzung. Die termingerechte Umsetzung der geplanten Erweiterungen wurde nicht immer erreicht. Verstärkte Koordination und verbesserte Planung sind eingeleitet. Darauf gestützt erwartet der Bundesrat Verbesserungen.

Dienstleisterin für Dritte

Identitas erbringt für verschiedene Anspruchsgruppen im Umfeld der Nutz- und Heimtierregistration zusätzliche Dienstleistungen. Die Leistungen stehen im Zusammenhang mit den angestammten Tätigkeiten der Tierregistrierung und des Tierverkehrs und dienen der Rückverfolgbarkeit und der Lebensmittelsicherheit.

Innovation, hochstehende Dienstleistungen, neueste technologische Entwicklung, Reduktion des administrativen Aufwands

Initiativen wie ein elektronischer Tierpass, eine Studie zur tierärztlichen Versorgung, bildbasierte Analysen zum Nutzen im Tierverkehr, einem elektronischen Tierdossier, dem Herkunftsnachweis Milch basierend auf öffentlichen Daten, der Nutzung der Blockchain Technologie im Zusammenhang mit dem Tierverkehr und der Digitalisierung der Meldung von Geburten und Bewegungen auf Basis elektronischer Ohrmarken wurden ausgelöst und sind bereits teilweise abgeschlossen. Erkenntnisse aus den Studien können bei der Umsetzung von Anforderungen als Lösungsvariante mitberücksichtigt werden.

2. Finanzielle Ziele

Abwicklung der Dienstleistungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen

Organisation, Prozesse und Preisgestaltung erfolgen nach üblichen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Der geplante Abbau nicht betriebsnotwendiger Reserven wurde

durch eine verminderte Entschädigung bei gleichbleibenden Leistungen im Hauptauftrag ausgelöst.

Das BLW hat am Ende des Geschäftsjahrs das ausgebaute Buchhaltungssystem der Identitas geprüft und einige Empfehlungen formuliert. Diese sollen schrittweise bearbeitet werden.

Kostendeckende Gebühren

In der Spartenrechnung werden Erlöse und Kosten der gebührenfinanzierten Aufträge der Identitas von den Erlösen und Kosten der Tätigkeiten der Identitas am Markt getrennt.

Die Sparten werden nach der Art der Finanzierung und nach dem rechtlichen Status der Auftraggeber gebildet. Die zwei gebührenfinanzierten Leistungen mit Monopolcharakter, der Betrieb der TVD «Grundauftrag Bund» und der Betrieb von Amicus «Grundauftrag Kantone», bilden je eine Sparte. Die übrigen Leistungen für den Bund werden in der Sparte «Übrige Bund» dargestellt. Alle übrigen Leistungen werden in der Sparte «Übrige» zusammengefasst.

Die Sparte Grundauftrag Bund weist im Berichtsjahr ein Spartenverlust von 1,9 Millionen Franken aus, was den Erwartungen entspricht. Aus der Gebührensenkung per 1. Januar 2019 stehen dem Bund weniger Mittel zur Entschädigung der Leistungen zur Verfügung. Die vertraglich vereinbarten Leistungen wurden aufgrund der Gebührensenkung somit durch eine geringere Entschädigung abgegolten.

Im Eigenkapitalnachweis nach Swiss GAAP FER werden die einbehaltenen Gewinne nach Sparten ausgewiesen. Die Zuweisung der Spartenreserven wurden vom Verwaltungsrat durchgeführt.

Betriebsergebnis

In der Sparte «Grundauftrag Bund» erwirtschaftet Identitas einen Verlust von 1,9 Millionen Franken (vgl. oben). Die Sparte «Grundauftrag Kantone» weist einen Verlust von 0,5 Millionen Franken aus. Die Preise für die Registrierungen werden ab dem Geschäftsjahr 2020 erhöht, so dass mindestens ein positiver Liquiditätszufluss erwirtschaftet werden kann. Bei der Sparte «Übrige Bund» handelt es sich insbesondere um Leistungen im Rahmen eines Ausbauprojekts im Tierverkehr. Leistungen, welche nicht einberechnet waren, und die Kosten im Verhältnis zum Projektfortschritt, haben zu Kostenüberschreitungen geführt. Im Geschäftsjahr 2020 wird der Verlust durch besseren Projektfortschritt reduziert. Die Sparte «Übriges» erwirtschaftet ein positives Ergebnis.

Kostendeckende Preise bei Leistungen am Markt

Bei den Leistungen am Markt steht Identitas insbesondere bei Lieferungen von Software aber auch bei übrigen Dienstleistungen in Konkurrenz mit anderen Anbietern. Identitas konnte sowohl aus Preis- wie auch aus Kapazitätsgründen

¹ Strategische Ziele: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2018/3821.pdf>

nicht allen Anforderungen entsprechen. Die offenen, vom Bund lizenzierten Schnittstellen der Applikationen erlauben es auch anderen Anbietern, Leistungen auf Basis der Tierverkehrsdatenbank zu entwickeln. Dies wird durch Marktbegleiter rege gemacht.

Maximaler Umsatzanteil

Der Anteil der Sparten am Gesamtumsatz ist bei der Sparte «Grundauftrag Bund» 44 Prozent, bei der Sparte «Grundauftrag Kantone» 8 Prozent, bei der Sparte «Übrige Bund» 13 Prozent und bei der Sparte «Übrige» 35 Prozent. Der maximale Anteil an Leistungen gegenüber Dritten von 40 Prozent des Gesamtumsatzes wird mit dem effektiven Anteil von 35 Prozent nicht überschritten.

Gewinnverwendung

Aufgrund des Verlustes von 1,7 Millionen Franken beantragt der Verwaltungsrat, auf eine Dividende zu verzichten.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Attraktiver Arbeitgeber

Die durchgeführte Umfrage bei den Mitarbeitenden stellt eine hohe Belastung am Arbeitsplatz fest. Der sehr gute Rücklauf dokumentiert jedoch das Interesse der Befragten an ihrer Unternehmung. Eine hohe Arbeitsbelastung, Einschränkung durch Prozesse und eine allgemeine Unzufriedenheit mit den Leistungsergebnissen führen zur sinkenden Zufriedenheit und einer Reduktion des Net Promotor Scores auf 13 Prozent (VJ 33 %). Damit wurde der Zielwert von mindestens 35 Prozent verfehlt.

Vermehrte, konsequente Planung der Kapazitäten sowie die Prüfung und Umsetzung von Prozessanpassungen sind als Massnahmen eingeleitet.

Das Büro für Gleichstellung hat die Identitas im Berichtsjahr geprüft. Identitas hält die Lohngleichheit ein.

Einhaltung der Gesamtvergütung

Die von der Aktionärsversammlung freigegebenen, maximalen Gesamtvergütungen für Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2019 werden nicht überschritten. Der Nachweis wird in der revidierten Jahresrechnung erbracht.

Frauenanteil

Die Gesamtbelegschaft der Identitas weist einen Frauenanteil von 41,5 Prozent aus. Der Frauenanteil in der Geschäftsleitung ist 25 Prozent, im Verwaltungsrat 10 Prozent.

Mit der Reduktion der Anzahl Verwaltungsräte und den Anträgen für die Gesamterneuerungswahlen ist der Frauenanteil im Verwaltungsrat auf Zielkurs.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Beteiligung Barto AG

Identitas hält an der Barto AG eine Beteiligung von 34,5 Prozent. Diese Beteiligung wurde im Vorjahr auf den Nennwert der Aktien wertberichtigt. Die Barto AG entwickelt eine Plattform für das Management von Landwirtschaftsbetrieben. Identitas AG stellt zwei Vertreter im Verwaltungsrat.

B. Bericht der Revisionsstelle

Jahresrechnung nach Handelsrecht

Nach Beurteilung der Revisionsstelle entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2019 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Jahresrechnung nach Swiss GAAP FER

Beim Review (keine Prüfung) sind die Wirtschaftsprüfer nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen sie schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt.

C. Anträge an die Aktionärsversammlung

Anträge des Verwaltungsrats an die ordentliche Aktionärsversammlung (AV) vom 14. Mai 2020:

- Genehmigung des Geschäftsberichts 2019
- Genehmigung der Jahresrechnung nach Handelsrecht 2019 inklusive Bericht der Revisionsstelle sowie Kenntnisnahme der finanziellen Berichterstattung 2019
- Verwendung des Bilanzgewinns 2019 (TCHF):

- Bilanzgewinn zur Verfügung der AV	2'832
- Dividende 0 %	0
- Vortrag auf die Rechnung 2020	2'832
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats
- Statutenanpassung. Der Verwaltungsrat beantragt:
 - die Anpassungen der Paragraphen 2, 14, 22, 23, 24, 25, 27, 29, 36, 38, 39, 40, 41 [neu] und 42.
 - die Kompetenzdelegation für eine a.o. Generalversammlung (GV) an die Sekretärin des Verwaltungsrats zur Einberufung und Durchführung einer a.o. GV mit Stimmrechtsvertretung aller Aktionäre mit dem einzigen Traktandum der notariell beglaubigten Statutenanpassung.
- Wahlen. Der Verwaltungsrat beantragt für die Amtsperiode 2020 bis 2022 (neu 2 Jahre gemäss vorangehender Statutenanpassung) die Wahl von:
 - Manfred Bötsch zum Präsidenten des Verwaltungsrats
 - Corinne Bähler, Peter Bosshard, Heinrich Bucher, Andrea Leute, Matthias Schelling und Katharina Stärk als Verwaltungsräte
 - Gfeller + Partner AG, Langenthal, als Revisionsstelle.

- Festlegung der Obergrenze Gesamtvergütung für den Verwaltungsrat (Honorar, Nebenleistungen und berufliche Vorsorge) und die Geschäftsleitung (Entlohnung, Nebenleistung und berufliche Vorsorge) für das Jahr 2021:
 - 40'000 CHF für den Verwaltungsratspräsidenten
 - 50'000 CHF für die übrigen Verwaltungsräte (exkl. Verwaltungsratspräsident sowie Bundesvertreterinnen und Bundesvertreter)
 - 0 CHF für die Bundesvertreterinnen und Bundesvertreter
 - 15'000 CHF für die Beiräte
 - 960'000 CHF für die Geschäftsleitung.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 22. April 2020 das WBF ermächtigt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Aktionärsversammlung der Identitas AG vom 14. Mai 2020 zuzustimmen.

Innosuisse (Schweizerische Agentur für Innovationsförderung)

Internet: www.innosuisse.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: André Kudelski (Präsident), Luciana Vaccaro (Vizepräsidentin), Edouard Bugnion, Thierry Calame, Trudi Haemmerli, Marco Illy, Nicola Thibaudeau

Geschäftsführerin: Annalise Eggimann

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Innosuisse ist die Agentur des Bundes zur Förderung wissenschaftsbasierter Innovation im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft. Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse bei der Umsetzung der strategischen Ziele* gut auf Kurs.

- Der Übergang zur öffentlich-rechtlichen Anstalt hat zu grundlegenden Anpassungen bei der Governance und den Prozessen geführt. Die anfangs spürbare Verunsicherung bei den Akteuren im Innovationssystem gegenüber der neu aufgestellten Förderorganisation hat sich im Verlaufe des zweiten Geschäftsjahres gelegt.
- Nach dem Einbruch der Projektförderung 2018 hat sich das Fördergeschäft 2019 wieder normalisiert. Auch die Evaluationsdauer eines Gesuchs entspricht dem Ziel, wonach Gesuchsteller innerhalb von 6-8 Wochen nach Eingabe einen Entscheid erhalten.
- Der Bundesrat stellt fest, dass der Anteil der bewilligten Gesuche wiederum gestiegen ist. Er erwartet, dass die Innosuisse diesen Anteil nicht zulasten der Qualität erhöht.
- Auf nationaler Ebene wurde die Zusammenarbeit mit dem SNF sowie kantonalen und regionalen Akteuren weiter konkretisiert und intensiviert. Die Integration der vom SBFJ übertragenen internationalen Aufgaben in die Organisation erfolgte reibungslos.
- Verzögerungen sind bei den Strategiearbeiten zu verzeichnen. Der Bundesrat erwartet, dass die Innosuisse das Drittmittelkonzept und die Strategie zur grenzüberschreitenden Innovationsförderung rasch vorantreibt.
- Aufgrund der tiefen Verpflichtungen aus dem Vorjahr und der Anfang 2019 noch tiefen Gesuchzahlen wurde der Kredit 2019 trotz Zusprachen in der ursprünglich budgetierten Höhe nicht ausgeschöpft. Der Grund liegt hauptsächlich im zeitlichen Auseinanderfallen von Verpflichtungen und Zahlungen. Gegenüber dem Voranschlag 2019 wurden 35,1 Millionen nicht beansprucht. Innosuisse weist im Geschäftsjahr 2019 einen Verlust von 7,1 Millionen aus. Nach Abbau des Gewinnvortrags per 1.1.2019 und der Bewertungsreserven beträgt das Gesamtergebnis 2,7 Millionen, das den gesetzlichen Reserven zugewiesen werden soll.

Kennzahlen	2019	2018
------------	------	------

Finanzen und Personal

Ertrag (Mio. CHF)	223	232.8
Fördermittel (Mio. CHF)	212	175
Funktionskosten (Mio. CHF)	18.1	16.2
Jahresergebnis (Mio. CHF)	-7.4	41.5
Alle Reserven (Mio. CHF)	23	1
Bilanzsumme (Mio. CHF)	58.6	51.1
Eigenkapitalquote in %	44	68
Personalbestand (Vollzeitstellen)	58	47.3

Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen

Innovationsprojekte (Anzahl eingegangene Gesuche)	808	488
Bewilligungsquote (in Prozenten)	60	56
Startup-Coachings (Anzahl bewilligte Gesuche)	355	212
Unternehmertum (Anzahl Kurs-Teilnehmende)	3576	3668
NTN (bewilligte Innovationsprojekte via NTN)	92	53
Bewilligungsquote (in Prozenten)	70	58
Mentoring (Anzahl bewilligte Gesuche)	545	508
Förderprogramm Energie (SCCER) (bewilligte Gesuche)	50	38
Deckungsgrad nach BVV 2 in %	kA	99.9
Ökonomischer Deckungsgrad in %	kA	82.2

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	221.1	231.1
Mietbeitrag (Mio. CHF)	0.6	0.6
Drittmittel aus europäischen Organisationen (Mio. CHF)	0.1	0.1
Drittmittel (Mio. CHF)	0	0

A. Zielerreichung 2019

1. Strategische Schwerpunkte

Förderung von Innovationsprojekten

Nach dem Einbruch bei der Projektförderung 2018 hat sich das Fördergeschäft im Berichtsjahr wieder normalisiert. Sowohl in Bezug auf die Anzahl eingegangener wie auch bewilligter Gesuche sowie die Höhe der Zusprachen (165 Millionen) werden wieder mit dem letzten Geschäftsjahr der KTI vergleichbare Werte erzielt. Auch die Evaluationsdauer eines Gesuchs entspricht dem vorgegebenen Ziel, wonach Gesuchsteller innerhalb von 6-8 Wochen nach Eingabe einen Entscheid erhalten.

Wie bisher hat auch im Geschäftsjahr etwas mehr als die Hälfte der involvierten Umsetzungspartner zum ersten Mal bei Innosuisse ein Gesuch eingereicht. Gut vier Fünftel aller Umsetzungspartner sind KMU mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Bei mehr als der Hälfte aller Projekte ist der Forschungspartner eine Fachhochschule.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung im zweiten Geschäftsjahr der Innosuisse bei der Projektförderung erfreulich. Allerdings ist die Bewilligungsquote im Auge zu behalten, da sie nicht zu Lasten der Qualität erfolgen darf.

Start-up und Unterstützung Unternehmertum

Die Instrumente zur Unterstützung des Unternehmertums wurden weiter ausgebaut und haben erneut an Beliebtheit gewonnen. Im Start-up-Coaching hat sich die Nachfrage seit Ablösung der KTI mittlerweile verdoppelt. 2019 hat Innosuisse insgesamt 60 Coaches akkreditiert (davon 17 Frauen). Um die Anzahl Frauen zu erhöhen wurde eine Akkreditierung von ausschliesslich weiblichen regulären Coaches lanciert. Über die verschiedenen Coachingangebote begleitet Innosuisse insgesamt rund 500 Start-ups. Die angebotenen Sensibilisierungs- und Ausbildungskurse im Bereich Unternehmertum wurden weitergeführt und von fast 3600 Teilnehmenden besucht.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse bei der Umsetzung des strategischen Ziels im Bereich Start-up und Unternehmertum gut auf Kurs. Der Bundesrat begrüsst, dass die bisher nur leicht erhöhte Beteiligung von Frauen mittels gezielter Massnahmen adressiert wird.

Wissens- und Technologietransfer (WTT)

2019 wurden zehn Nationale Thematische Netzwerke (NTN) gefördert, die die Kooperation zwischen Forschenden und Unternehmen stimulieren. Dadurch konnten 132 neue Innovationsprojekte angestossen werden (2018: 92). Die Bewilligungsquote dieser Projekte von 70 Prozent deutet darauf hin, dass sich die NTN-Aktivitäten positiv auf die Bewilligungsquote der Gesuche im Rahmen der ordentlichen Projektförderung auswirkt.

Weiter wurde 2019 die Ausschreibung der neuen NTN-Generation lanciert (NTN Innovation Booster), der den beteiligten Akteuren ermöglichen soll, entstandene Ideen direkt zu testen. Ergänzend bewilligte Innosuisse 41 Thematische Fachveranstaltungen (TFV) in aktuellen Themengebieten, in deren Rahmen sich wichtige Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft austauschen können.

2018-19 wurden 20 Innovationsmentorinnen und -mentoren akkreditiert, welche alle Sprachregionen und wesentlichen Innovationsthemen abdecken. Acht der akkreditierten Personen arbeiten gleichzeitig an einem regionalen Innovationsförderzentrum, was die Zusammenarbeit der Innosuisse mit diesen Zentren erleichtert und gleichzeitig den KMU ein ganzheitliches Angebot ermöglicht. Die Nachfrage nach Innovationsmentoring bewegte sich mit 579 Gesuchen von 343 KMU mehr als 10 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse bei der Umsetzung des strategischen Ziels im Wissens- und Technologietransfer gut auf Kurs.

Förderprogramm «Energie»

Gründung und Aufbau der SCCER sind bis Ende 2020 abgeschlossen. Insgesamt waren Ende 2019 über 1'300 Forschende in den Swiss Competence Centers for Energy Research (SCCER) tätig respektive rund 880 Vollzeitäquivalenten (FTE). Die involvierten Forschungsinstitutionen mussten bei der Gesuchseingabe bestätigen, dass sie die aufgebauten Forschungskapazitäten nach 2020 erhalten werden. Sie werden 2020 darlegen müssen, wie sie diese Absicht konkret umsetzen werden.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse bei der Umsetzung des strategischen Ziels zum Förderprogramm Energie auf Kurs.

Zusammenarbeit mit dem SNF

Beim Förderprogramm BRIDGE sind aus den bisher geförderten 91 „Proof of Concept“-Projekten 39 Startups hervorgegangen. Die Bewilligungsquote liegt budgetbedingt bei den „Proof of Concept“-Projekten bei 25 Prozent und bei den «vorwettbewerblichen Projekten» bei 13 Prozent (2018: 12%).

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse bei der Umsetzung des Sonderprogramms Bridge gut auf Kurs.

Nachwuchsförderung

Mit der laufenden Revision des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 2012 (FIGG; SR 420.1) sollen die Fördermöglichkeiten für Innovationstalente optimiert und bedarfsgerechter ausgestaltet werden. Innosuisse wird die konzeptionellen Vorarbeiten zur Lancierung des neuen Programms aufnehmen, sobald sich die Konturen der neuen gesetzlichen Lösung hinreichend abzeichnen beginnen.

Der Bundesrat ist mit dem Vorgehen der Innosuisse einverstanden, weshalb auf die Weiterverfolgung des Ziels verzichtet wird.

Unterstützung KMU im Zuge der «Digitalisierung»

Innosuisse lancierte im Rahmen des Aktionsplanes Digitalisierung das Impulsprogramm «Fertigungstechnologie», wofür sie mit zusätzlichen Mitteln im Umfang von 13.5 Millionen Franken (2019) ausgestattet wurde. Die rund 45 bewilligten Projekte umfassen alle Förderbereiche, von «additiv gefertigten hydraulischen Ventilen für Roboteranwendungen unter rauen Bedingungen» über das «3D-Drucken von Polymeren für die Medizintechnik», bis hin zur «Digitalisierung von Wertschöpfungsketten in der Maschinenindustrie» und Blockchain-Anwendungen im Dienstleistungsbereich. Dies bestätigt die gute Dynamik der KMU in Bezug auf die Digitalisierung. Zusätzlich wurden einige Projekte gefördert, um innovative Lösungen zur Erhöhung der Resilienz und der IT-Security zu erarbeiten (Cyber Sicherheit).

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse bei der Umsetzung des strategischen Ziels im Bereich Digitalisierung sehr gut auf Kurs. Er begrüsst ausdrücklich die Aktivitäten im Bereich Cyber Sicherheit, welche zur Umsetzung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) für die Jahre 2018-2022 beitragen.

Strategieentwicklung

Aufbauend auf den im Jahr 2018 initiierten Arbeiten wurden die Bestrebungen fortgeführt, das Förderinstrumentarium noch wirksamer und flexibler auszugestalten. Die Erkenntnisse sind in die laufende Revision des FIG eingeflossen.

Verzögerungen sind bei den Strategie- und Konzeptarbeiten zu verzeichnen.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse im Bereich Strategieentwicklung noch nicht vollständig auf Kurs. Er erwartet, dass die Innosuisse das Drittmittelkonzept und die Strategie zur grenzüberschreitenden Innovationsförderung rasch vorantreibt.

Unternehmensbezogene Ziele

Die Innosuisse ist mit den ihr vom Gesetzgeber vorgegebenen Strukturen grundsätzlich richtig aufgestellt, um ihre Aufgaben effizient und wirkungsvoll zu erfüllen. Gewisse Optimierungen sind möglich und mit der Revision des FIG respektive des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2016 über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (SAFIG; SR 420.2) vorgesehen.

Für die Akzeptanz der Fördertätigkeit der Innosuisse von besonderem Gewicht ist das Vertrauen in die Qualität der Beurteilung der Fördervorhaben durch die Expertinnen und Experten. Der Innovationsrat hat diesem Aspekt im Berichtsjahr besondere Aufmerksamkeit geschenkt und erste Schritte für eine systematische Qualitätssicherung der Expertengutachten in die Wege geleitet.

Von zentraler Bedeutung für wirtschaftliche und effiziente Gesuchprozesse ist ein leistungsfähiges, verlässliches und auf die Bedürfnisse des Nutzenden abgestimmtes IT-System. Das heutige System wird schrittweise durch eine neue Lösung ersetzt.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse beim institutionellen Wechsel zur öffentlich-rechtlichen Anstalt und den damit einhergehenden grundlegenden Anpassungen in der Organisation gut auf Kurs.

2. Finanzielle Ziele

Der Bund ist – abgesehen von kleinen Drittmittelträgen aus Europäischen Organisationen – die alleinige Finanzierungsquelle der Innosuisse.

Die Funktionskosten werden für die Strategieperiode 2018-2020 um rund einen Viertel und damit klar unter dem in den strategischen Zielen vorgegebenen Höchstwert von 72,4 Millionen Franken zu liegen kommen. Dies weist einerseits auf eine wirtschaftliche und wirksame Verwendung der vorhandenen Ressourcen hin und ist teilweise auch bedingt durch die anfänglich tiefen Gesuchzahlen. Es zeigt aber auch auf, dass die notwendigen personellen Ressourcen während der Aufbauphase der Organisation nicht rasch genug aufgebaut werden konnten.

Der Verwaltungsrat hat sich 2019 intensiv mit der Frage der Drittmittelbeschaffung auseinandergesetzt und Lösungsansätze skizziert. Nach Diskussion mit dem WBF sind noch vertiefte Abklärungen notwendig.

Im Berichtsjahr verfügte Innosuisse über ein überdurchschnittliches Förderbudget. Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Das Parlament hat für die Digitalisierung zusätzliche Mittel gesprochen (13,5 Mio.), die Übertragung der internationalen Innovationsaufgaben durch das SBFI (14.7 Mio.), die Reserven (22,2 Mio.) und den ausnahmsweise gewährten Gewinnvortrag (11,5 Mio.). Aufgrund der tiefen Verpflichtungen aus dem Vorjahr und der Anfang 2019 noch tiefen Gesuchzahlen konnte die Innosuisse trotz Zusprachen in der ursprünglich budgetierten Höhe den Voranschlagskredit 2019 nicht ausschöpfen. Gegenüber dem Voranschlag 2019 wurden 35,1 Millionen des Förderbudgets nicht beansprucht.

In der Folge weist Innosuisse im Geschäftsjahr 2019 einen Verlust von 7,1 Millionen Franken aus. Nach Berücksichtigung des Gewinnvortrags per 1.1.2019 und der Bewertungsreserven beträgt das Ergebnis 2.7 Millionen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Innosuisse beschäftigt 2019 69 Personen (58 Vollzeitstellen FTE). Die Personalpolitik der Innosuisse basiert auf der Personalpolitik des Bundes.

Innosuisse hat im Herbst 2019 wieder eine Personalbefragung durchgeführt. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden hat sich im Vergleich zur letzten Umfrage (2017 in der

Transformationsphase von der KTI zu Innosuisse) deutlich verbessert (2019: 75 von 100; 2017: 65 von 100) und liegt nun teilweise bereits leicht über dem Durchschnitt des Gesamtergebnisses 2017 der Bundesverwaltung. Dennoch war weiterhin eine hohe Fluktuation (10 %) zu verzeichnen. Die aufgezeigten Verbesserungspotenziale und die Unterschiede in den einzelnen Abteilungen werden durch die Geschäftsleitung analysiert und in konkrete Handlungsmaßnahmen überführt.

Die Konsolidierung und Optimierung des Fördergeschäfts hat die Innosuisse und insbesondere die Geschäftsstelle und den Innovationsrat 2019 nochmals stark gefordert. Um das Förderangebot nachhaltig sichern und proaktiv gestalten zu können, sieht Innosuisse zumindest temporär nochmals einen punktuellen Ressourcenausbau vor.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse beim Personal- und vorsorgepolitischen Ziel grundsätzlich gut auf Kurs. Allerdings ist die starke Zunahme bei den Sabbatical-Konten im Auge zu behalten. Um die Mitarbeitenden zu entlasten, sind entsprechende Massnahmen (bspw. Ressourcenausbau innerhalb des Budgets der Funktionskosten) zu prüfen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Integration ins nationale Fördersystem

SNF und Innosuisse haben ihre Zusammenarbeit sowohl auf institutioneller wie auch auf operativer Ebene weiter gestärkt. Über gemeinsame Veranstaltungen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und den Kantonen, einen Austausch im Rahmen verschiedener Workshops mit den Vertreterinnen und Vertretern der Regionalen Innovationssystemen (RIS) sowie die Akkreditierung von Innosuisse-Mentoren, die gleichzeitig an einer regionalen Innovationsförderinstitution tätig sind, wurde die Zusammenarbeit zwischen der Innosuisse und den kantonalen und regionalen Akteuren weiter intensiviert.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse bei der Integration ins nationale Fördersystem sehr gut auf Kurs. Er begrüsst namentlich die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Regionalen Innovationssystemen (RIS) im Interesse der KMU.

Internationaler Bereich

Die Integration der vom SBFI übertragenen internationalen Aufgaben in die Organisation erfolgte reibungslos. Im Rahmen der Partnerschaftsprogramme mit der Europäischen Union (Eurostars, AAL, ECSEL) wurden die für 2019 gesteckten Ziele gar übertroffen.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Innosuisse im Internationalen Bereich gut auf Kurs. Der Bundesrat erwartet, dass die ausstehende Strategie im Bereich grenzüberschreitender Innovationsförderung 2020 finalisiert wird.

Beteiligungsstrategie

Der Verwaltungsrat hat sich mit der Frage einer allfälligen Beteiligung an nicht gewinnorientierten privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Rechtsträgern auseinandergesetzt und dabei entschieden, in der laufenden Beitragsperiode vorerst nicht aktiv nach entsprechenden Beteiligungen zu suchen. Sollten wider Erwarten noch in der laufenden Beitragsperiode interessante Beteiligungsmöglichkeiten an die Innosuisse herangetragen werden, wird sie dem WBF ihre Absichten rechtzeitig kommunizieren. Der Bundesrat kann die Beweggründe der Innosuisse nachvollziehen, weshalb das entsprechende Ziel gestrichen wird.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die Jahresrechnung der Innosuisse für das Geschäftsjahr 2019 geprüft und empfiehlt mit Bericht vom 20. Februar 2020 diese zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat der Innosuisse beantragt dem Bundesrat, den Bericht der Innosuisse über die Erreichung der strategischen Ziele im Jahr 2019 zur Kenntnis zu nehmen, den Geschäftsbericht (Lagebericht und Jahresrechnung) zu genehmigen und den Verwaltungsrat Entlastung zu erteilen. Weiter beantragt er, 2.7 Millionen den freien Reserven zuzuweisen (bis zur maximal zulässigen Höhe von CHF 25.6 Millionen resp. 10 % des Jahresbudgets nach Art. 19 Abs. 2 SAFIG).

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 22.4.2020 vom Bericht der Innosuisse über die Erreichung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2019 Kenntnis genommen, den Geschäftsbericht der Innosuisse (Lagebericht und Rechnung) für das Geschäftsjahr 2019 genehmigt, vom Bericht der Revisionsstelle der Innosuisse (EFK) für das Geschäftsjahr 2019 Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Verwaltungsrats der Innosuisse für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Weiter hat er beschlossen, den Gewinn von 2,7 Millionen Franken den gesetzlichen Reserven zuzuweisen.

Schliesslich hat er eine Anpassung der strategischen Ziele 2018-2020 vom 8. Dezember 2017 respektive die Streichung des Ziels 2.2. lit. f («Nachwuchsförderung») und des Ziels 3 lit. c («Beteiligung an nichtgewinnorientierten Rechtsträgern») beschlossen.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

Internet: www.ensi.ch

Sitz: Brugg

Rechtsform: Anstalt des Bundes

ENSI-Rat: Anne Eckhardt (Präsidentin), Monica Duca Widmer (Vizepräsidentin vom 1.1.2019 bis 31.7.2019), Martin Zimmermann (Vizepräsident vom 1.9.2020 bis 31.12.2020), Andreas Abegg (ENSI-Rat Mitglied seit 1.9.2019), Jacques Giovanola, Oskar Grözinger

Direktor: Hans Wanner

Externe Revisionsstelle: KPMG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2019 in Kürze

Das ENSI ist verantwortlich für die Aufsicht über die Sicherheit der Kernanlagen in der Schweiz. Es erfüllt diese Aufgabe selbstständig und unabhängig. Dementsprechend legt der ENSI-Rat als internes Aufsichts- und Strategieorgan des ENSI die strategischen Ziele für das ENSI in einem Leistungsauftrag fest. Der ENSI-Rat beurteilt die Erreichung der strategischen Ziele im Rahmen des Geschäfts- und Tätigkeitsberichts (TGB).

Gemäss TGB 2019 hat das ENSI die für das Jahr 2019 gesetzten Ziele erreicht. Diese betrafen die folgenden Tätigkeiten: Anlagenbegutachtung und Betriebsüberwachung; Strahlenschutz, Sicherung und Notfallorganisation; Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg; Sachplan geologische Tiefenlager; internationale Tätigkeiten; Forschung; Information der Öffentlichkeit und Qualitätssicherung. Das ENSI erzielte ein positives Betriebsergebnis und verfügte über ausreichende finanzielle Reserven. Es erbrachte seine Leistungen auf wirtschaftliche Weise.

Im TGB 2019 hält der ENSI-Rat fest, dass im Berichtsjahr die nukleare Sicherheit der Schweizer Kernanlagen jederzeit gewährleistet war. Es waren keine sicherheitstechnisch schwerwiegenden Vorkommnisse zu verzeichnen. Insbesondere die Entwicklung der Vorkommnisse, welche auf menschliche und organisatorische Faktoren zurückzuführen sind, müssen weiterhin genau beobachtet werden. Dies betrifft insbesondere das Kernkraftwerk Leibstadt, bei welchem das ENSI auch 2019 spezifische Aufsichtsmaßnahmen ergreifen musste. Im November 2019 nahm die Notfallorganisation des ENSI an der Sicherheitsverbundübung (SVU) und an der Gesamtnotfallübung (GNU) STYLOS teil. Die Notfallorganisation des ENSI verfügt über das notwendige qualifizierte Fachpersonal und über die erforderliche Infrastruktur für Messungen, Berechnungen und Modellierungen. Die erste Phase der Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg bewegte sich innerhalb eines genau definierten Rechtsrahmens und verlief planmässig.

Der Bundesrat ist, gestützt auf den TGB des ENSI-Rates und auf die unabhängige Expertenmeinung der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS), zum Schluss gelangt, dass das ENSI im Jahr 2019 seinem gesetzlichen Auftrag in korrekter und wirksamer Weise nachgekommen ist.

Der Bundesrat hat den TGB genehmigt und den Mitgliedern des ENSI-Rates Entlastung erteilt.

Kennzahlen	2019	2018
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	59,3	56,6
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF) ¹⁾	4,4	2,3
Bilanzsumme (Mio. CHF)	40,7	38,1
Eigenkapitalquote in % ²⁾	-10,6	26,8
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	138,4	136,4

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Inspektionen in Kernanlagen	469	454
Radioaktivitätsmessungen	164	151
Wissenschaftliche Publikationen	26	14
Kostendeckungsgrad in %	103,5	102,5
Gemeinkostenanteil in % ⁴⁾	23,2	21,3
Technischer Deckungsgrad PUBLICA in %	105,9	101,0
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA in %	88,2	84,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2,3	2,6
Gebühren (Mio. CHF)	57	54

¹⁾ Ende 2019 erfolgte die Verbuchung der Veränderung der Rückstellung für Vorsorgeverpflichtungen in Anlehnung an den Rechnungslegungsstandard des Bundes. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde deshalb auch der Wert von 2018 angepasst.

²⁾ Als Folge der Veränderung der Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen resultierte ein negatives Eigenkapital. Es beläuft sich auf -4,3 Mio. CHF (Vorjahr: 10,2 Mio. CHF).

³⁾ Im Jahresdurchschnitt

⁴⁾ Anteil der internen Stunden im Verhältnis zu den geleisteten Stunden.

A. Zielerreichung 2019*

1. Strategische Schwerpunkte des Leistungsauftrags 2016 – 2019

Die Aufsicht des ENSI gewährleistet, dass die Sicherheit in den schweizerischen Kernanlagen im internationalen Vergleich auf einem hohen Stand ist.

Im Berichtsjahr wurde der Betrieb der Schweizer Kernanlagen mit 490 Inspektionen (2018: 454 Inspektionen) überwacht, wovon 430 die fünf Kernkraftwerke betrafen. Die Zahl der meldepflichtigen Vorkommnisse liegt mit 36 Meldungen im Bereich des langjährigen Mittelwertes. Ein meldepflichtiges Vorkommnis wurde der INES-Stufe 1 (Anomalie) zugeordnet, die übrigen der INES-Stufe 0 (Ereignis mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung).

Im Jahr 2019 wurden die Schweizer Kernkraftwerke sicher betrieben. Allerdings ist wie bereits im Vorjahr festzustellen, dass etliche der aufgetretenen Vorkommnisse auf menschliche und organisatorische Faktoren zurückzuführen sind. Dies gilt insbesondere für das Kernkraftwerk Leibstadt, bei dem zu Beginn des Berichtsjahres ein Vorkommnis auftrat, das spezifische Massnahmen des ENSI erforderte.

Die Abgaben radioaktiver Stoffe an die Umwelt via Abwasser und Abluft aus den Kernanlagen in der Schweiz lagen 2019 wieder weit unter den bewilligten Werten. Die durch den Betrieb der Kernanlagen zusätzlich verursachte Dosis für die Bevölkerung in der Umgebung von Kernanlagen blieb auch im Berichtsjahr auf einem sehr tiefen Niveau. Sie betrug in der unmittelbaren Umgebung weniger als 0,1 Prozent der mittleren jährlichen Strahlendosis der Bevölkerung in der Schweiz. Das ENSI hat im Berichtsjahr keine unerlaubten Abgaben radioaktiver Stoffe aus den Anlagen festgestellt.

Beim beruflich strahlenexponierten Personal bewegte sich die mittlere Individualdosis im Berichtsjahr mit 0,5 mSv im tiefen Bereich. Zum Vergleich dazu beträgt die mittlere jährliche Strahlendosis der Schweizer Bevölkerung 5,8 mSv. Die höchste Individualdosis lag bei 8,8 mSv, womit der Grenzwert für beruflich strahlenexponierte Personen von 20 mSv pro Jahr eingehalten wurde. Während der Revisionsarbeiten wird in den Kernkraftwerken eine Vielzahl an Fremdpersonal eingesetzt. Der Arbeitsmarkt für erfahrenes und qualifiziertes Personal bleibt weiterhin angespannt. Im Hinblick auf die damit verbundenen Herausforderungen führte das ENSI mit allen Betreibern Aufsichtsgespräche und inspizierte, ob während der Revisionsarbeiten ausreichend qualifiziertes Strahlenschutzpersonal eingesetzt wurde. Die Auswertung der Inspektionen des ENSI zeigte, dass die fokussierten Massnahmen der Betreiber eine positive Wirkung hatten und dem Thema die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Die Notfallbereitschaft der Kernanlagenbetreiber wurde vom ENSI mit Notfallübungen inspiziert. Die Notfallorganisation des ENSI nahm zudem sowohl an der Sicherheitsverbundübung (SVU) 2019 des Bundes als auch an der Gesamtnotfallübung (GNU) STYLOS teil.

Die Vorgaben des ENSI für die Ausserbetriebnahme und Stilllegung von Kernkraftwerken liegen vor und die erforderlichen Ressourcen und Kompetenzen sind vorhanden.

Das ENSI hat sich im Jahr 2019 auf der Grundlage internationaler Erfahrungen und Vorgaben sowie der Erfahrungen mit den Stilllegungsprojekten von Forschungsreaktoren auf die Aufsicht nach der Einstellung des Leistungsbetriebs des KKM vorbereitet. Die Aufsicht über die Etablierung des technischen Nachbetriebs ist für das ENSI eine mit der Aufsicht über Anlageänderungen während der Betriebszeit vergleichbare Tätigkeit. Obschon nach der Ausserbetriebnahme das Gefährdungspotenzial der Anlage abnimmt, steht für das ENSI auch während der Stilllegung die Gewährleistung der nuklearen Sicherheit und Sicherung an oberster Stelle.

Das ENSI nimmt die Aufsicht über die Entsorgung der radioaktiven Abfälle mit hoher Fachkompetenz vorausschauend und proaktiv wahr.

Das ENSI hat die Richtlinie ENSI-G03 «Geologische Tiefenlager» grundlegend überarbeitet und den neuen Entwurf im September 2019 in die öffentliche Anhörung gegeben. Die Neuausgabe der Richtlinie ENSI-G03 soll im Jahr 2020 in Kraft treten. Die Richtlinie beinhaltet die Konkretisierung der Auslegungsgrundsätze für geologische Tiefenlager gemäss Artikel 11 Absatz 3 Kernenergieverordnung sowie die Anforderungen an den Nachweis der Betriebs- und Langzeitsicherheit. In der Neuausgabe der Richtlinie wird die Aktualisierung internationaler Empfehlungen der IAEA und der WENRA berücksichtigt. Sondierbohrungen der Nagra im Rahmen der erdwissenschaftlichen Untersuchungen gemäss Sachplan geologische Tiefenlager wurden nach Begutachtung der jeweiligen Arbeitsprogramme vom ENSI freigegeben und deren Umsetzung wurde beaufsichtigt.

Das ENSI verfügt im Bereich der Sicherung über die notwendigen Kompetenzen und Ressourcen.

Im Bereich der nuklearen Sicherung beschäftigte sich das ENSI im Berichtsjahr mit der Komplettierung des ENSI-Regelwerks unter Berücksichtigung der Empfehlungen der International Physical Protection Advisory Service (IPPAS)-Mission zur nuklearen Sicherheit aus dem Jahre 2018. Die klassifizierte Richtlinie ENSI-G22 «IT-Sicherheit in Kernanlagen» wurde fertiggestellt und verabschiedet. Diese neu erarbeitete Richtlinie stellt in administrativer, organisatorischer und technischer Hinsicht Anforderungen an die IT-Sicherheit. Das ENSI konnte sich vergewissern, dass sich die physische Sicherung in den Kernanlagen auf einem sehr hohen Niveau befindet. Bezüglich IT-Sicherheit ist im Berichtsjahr eine Zunahme der Auf-

sichtstätigkeiten zu verzeichnen: Die Wichtigkeit der Einhaltung der IT-Sicherheitsanforderungen beim Einsatz von programmierbaren Systemen in der Leittechnik ist akzeptierter Alltag geworden. Die Themen der nuklearen Sicherung und IT-Sicherheit als auch die entsprechenden Erfahrungen aus der Aufsichtstätigkeit diesbezüglich wurden bei Fachgesprächen mit Behörden anderer europäischer Länder und anlässlich Fachtagungen der IAEA eingebracht. Insbesondere hinsichtlich IT-Sicherheit ist die fachtechnische Expertise des ENSI international allgemein anerkannt.

Das ENSI informiert seine Anspruchsgruppen verständlich, fundiert und zeitgerecht.

Die Aufsichtstätigkeit des ENSI ist mit einer gesetzlich verankerten Kommunikationspflicht verbunden. Das ENSI hat im Jahr 2019 die Öffentlichkeit proaktiv über alle zweckdienlichen Kanäle informiert und den Dialog mit den Anspruchsgruppen gepflegt. Insbesondere informierte das ENSI im Berichtsjahr über die tiefgreifende Überprüfung der Sicherheitskultur im Kernkraftwerk Leibstadt. Die Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg wurde medial intensiv begleitet. Im Aufsichts-, und Strahlenschutzbericht sowie im Erfahrungs- und Forschungsbericht gab das ENSI detailliert über seine Aufsichtstätigkeit Auskunft. In den Sitzungen des Technischen Forums Kernkraft (TFK) nahmen das ENSI und die Beaufsichtigten Stellung zu Aufsichtsthemen, an denen des Technischen Forums Sicherheit (TFS) wurden Fragen zum Sachplan geologische Tiefenlager geklärt.

Das ENSI stärkt seine Position als wirkungsvolle, unabhängige Aufsichtsbehörde weiter und fällt seine Aufsichtsentscheide konsequent und nachvollziehbar.

Anfang 2018 trat das neue Reglement «Interne Revision» in Kraft. Die Interne Revision (IR) ist in der Erfüllung ihrer fachlichen Aufgaben selbständig und unabhängig. Ihre Aufgaben und Organisation sind im «Reglement Interne Revision» festgehalten. Sie ist eine Stabsfunktion, deren Leiter fachlich direkt dem Vorsitzenden des Audit-Ausschusses des ENSI-Rates unterstellt ist. Administrativ ist der Leiter IR der Geschäftsleitung des ENSI unterstellt.

Im Jahr 2019 wurden acht interne Audits durchgeführt. Überprüft wurden dabei die Prozesse «Informatik», «Grundlagen der Aufsicht», «Finanzen & Controlling», «Beschaffung», «Inspektion», «Strahlenmessung», «Revision» sowie «Systemmanagement». Die Audits der erstgenannten vier Prozesse waren Prüfungen mit einem erweiterten Umfang. Es wurden insgesamt 17 Massnahmen definiert, davon wurden 9 Massnahmen bis Ende 2019 bereits umgesetzt. Die Umsetzung der übrigen Massnahmen ist auf das Jahr 2020 terminiert.

2. Finanzielle Ziele

Das ENSI finanziert sich primär über Gebühren, die bei den Betreibern der Kernanlagen erhoben werden. Darüber hinaus erhält das ENSI Abgeltungen des Bundes für

Leistungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit stehen (z. B. Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung an Gesetzen und Verordnungen, Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen) sowie einen Beitrag an die regulatorische Sicherheitsforschung. Diese machten im Berichtsjahr 4,0 Prozent des Betriebsertrages (Vorjahr: 4,8 Prozent) aus. Die Forschungsbeiträge des Bundes (rund 2 Mio. CHF) tragen zu einer unabhängigen und glaubwürdigen Aufsicht des ENSI bei.

Die Leistungen des ENSI sollen auf wirtschaftliche Weise erbracht werden. Gemäss der Beurteilung des ENSI-Rates ist das der Fall. Der verrechnete Stundensatz der ENSI-Mitarbeitenden wurde 2019 trotz Lohnerhöhungen auf dem Stand des Vorjahres bei 134 Franken belassen. Der Kostendeckungsgrad hat die interne Zielvorgabe von 105 Prozent nicht erreicht (103,5 Prozent). Der Anteil der Gemeinkosten-Stunden ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen, auf 23,2 Prozent (Vorjahr: 21,3 Prozent). Damit liegt er unter der vom ENSI-Rat gesetzten oberen Limite von 25 Prozent.

Die Jahresrechnung des ENSI wird nach den „International Financial Reporting Standards for Small and Medium-sized Entities (IFRS for SMEs)“ erstellt. Für die Jahresrechnung 2019 wurde vom ENSI-Rat eine Anpassung der Rechnungslegungsmethode in Anlehnung an den Standard des Bundes beschlossen. Eine derartige Anpassung ist gemäss IFRS for SMEs explizit erlaubt. Neu werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste der Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen über das sonstige Ergebnis im Eigenkapital verbucht. Dadurch kann die Äufnung der Reserven des ENSI offengelegt werden. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen angepasst.

Die Jahresrechnung 2019 des ENSI schloss – bei einem Umsatz von 59,3 Millionen Franken – mit einem Gewinn von 4,4 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 2,3 Mio.) und einem Gesamtergebnis von -14.4 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 0,5 Mio.) ab. Die starke Schwankung des Gesamtergebnisses ist auf die Erhöhung der Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen zurückzuführen. Der Rückstellungsbedarf stieg wegen des tiefen Zinsniveaus um über 16 Millionen Franken. Hauptursache dafür war der für die Berechnung benötigte Diskontierungszinssatz. Dieser musste von 0,8 Prozent auf 0 Prozent gesenkt werden. Diese Senkung hatte auch einen starken Einfluss auf die Bilanzposition «kumulierte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste» und führte per Ende 2019 zu einem negativen Eigenkapital. Da es sich aber um eine berechnete Grösse handelt, die durch demografische und wirtschaftliche Veränderungen beeinflusst wird, hat sie auf die Vermögenslage des ENSI keinen Einfluss. Zudem decken Gebühren und Aufsichtsabgaben die ordentliche Aufsichtstätigkeit. Ende 2019 resultierte daraus ein Gewinn von 2 Millionen Franken.

Die Reserven des ENSI beliefen sich Ende 2019 auf 33,8 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 31,5 Mio.). Das ENSI verfügt über die zur Aufgabenerfüllung notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen finanziellen Reserven.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das ENSI verfügt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen. Im Berichtsjahr ist der Personalbestand mit durchschnittlich 138,4 Vollzeitstellen gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen (+2,0 Vollzeitstellen), was sich durch die Besetzung von Vakanzten und die überlappende Besetzung bei anstehenden pensionsbedingten Abgängen erklärt. 36 Prozent der Beschäftigten stammt aus dem Ausland. Die Anstellungsbedingungen des ENSI sind fortschrittlich und wettbewerbsfähig.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Als unabhängige Anstalt steht das ENSI in keinem Bindungsverhältnis zu anderen Organisationen oder Körperschaften. Es pflegt aber einen intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Akteuren auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit, sowohl im Inland (z. B. Paul Scherrer Institut, KNS, Universitäten) als auch im Ausland (andere Aufsichtsbehörden, WENRA, IAEA, CNS, Nuklearenergieagentur der OECD, Expertengruppe Reaktorsicherheit u. v. a.).

B. Bericht der Revisionsstelle

Nach der Beurteilung der Revisionsstelle (KPMG AG) vermittelt die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2019 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IFRS for SMEs und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Revisionsstelle hat dem Bundesrat die Genehmigung der Jahresrechnung empfohlen.

C. Stellungnahme der Kommission für Nukleare Sicherheit KNS

Im Auftrag des UVEK hat die KNS zum Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates 2019 Stellung genommen. Nach Auffassung der KNS hat der ENSI-Rat seine gesetzliche Aufsichtspflicht gegenüber dem ENSI wahrgenommen. Die KNS hat dem Bundesrat die Genehmigung des Tätigkeits- und Geschäftsberichts und die Entlastung der Mitglieder des ENSI-Rates empfohlen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates, den Bericht der Revisionsstelle sowie die Stellungnahme der KNS ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass das ENSI im Jahr 2019 seine Aufgaben

in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen erfüllt hat.

Der Bundesrat hat am 1.7.2020 den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates genehmigt und den Mitgliedern des ENSI-Rates für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.